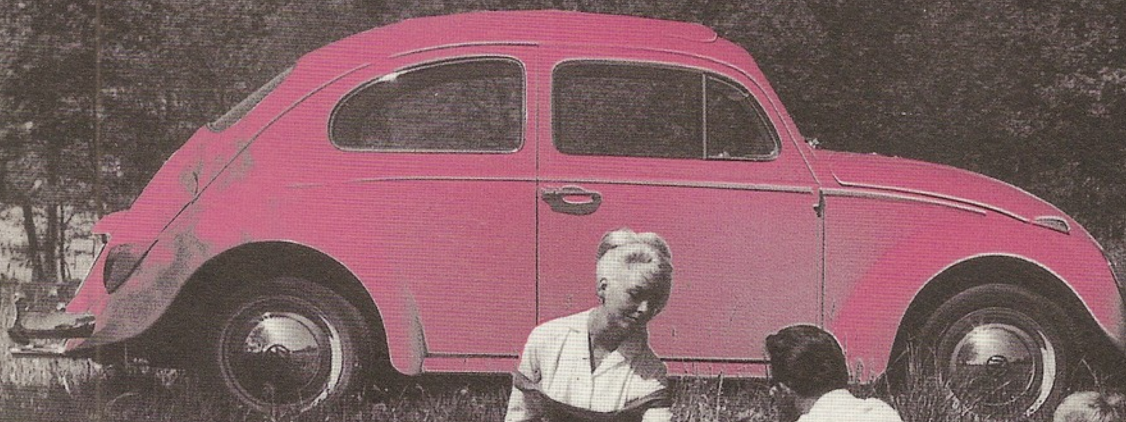
5/95 (Nr.56) 16.Jg. 7.-DM E9860F

SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit



"Zukunftsfähiges Deutschland"

Chronik der Flüchtlingspolitik • "Jud" Süss Oppenheimer • Chiapas • Subkultur

Impressum:

Schwarzer Faden, PF 1159
D-71117 Grafenau
Tel. 07033-44273, Fax 07033-45264

Einzelpreis: 7.-DM
ABO (5 Nrn.): 30.-DM
Postgiro Stuttgart: Kto. W. Haug,
Ktonr. 57463-703, BLZ 600 100 70

Erscheinungsweise: 5 x jährlich
Auflage: 3000
Verlag/Herausgeber:
Wolfgang Haug, Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS-Nr. 701
Postzeitungsdienstnr. E 9860 F
V.i.S.d.P.: Herbert Sachs, Köln

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz & Vertrieb: Trotzdem-Verlag, Grafenau
Druck & Weiterverarbeitung: Druckcooperative, Karlsruhe

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitschrift. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht. Das Redaktionskollektiv besteht derzeit aus 8 Menschen aus Frankfurt, Karlsruhe, Köln, Stuttgart und Grafenau. Des weiteren finden jährlich Treffen einer erweiterten Redaktion statt. Bei Interesse Kontakt aufnehmen!

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, Internationalismus, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und einer Kultur- und Medienkritik von unten. Eingesandte Artikel, Photos, Graphiken etc. sind erwünscht!

Technologie: Wir wünschen uns die Artikel auf 3 1/2-Zoll-Disketten. Am besten im Textverarbeitungsprogramm Word od. Word-Windows auf MAC- oder DOS-Basis.

Anzeigenpreise (zzgl. 15% MWST):

Kleinanzeige:	20.-	DM
halbe Spalte (5,4x 13,5cm):	150.-	DM
ganze Spalte (5,4x27 cm):	300.-	DM
1/4-Seite (8,5x 13 cm):	250.-	DM
1/2-A-4-Seite:	450.-	DM
1 A-4-Seite:	1000.-	DM

Dauerkunden erhalten 30% Rabatt!

Foto: Wolfgang Müller

Wir wollen dem SF mehr Akzeptanz verschaffen. Dazu gehören gelegentliche Anzeigen, Veranstaltungen etc. Wer kann, spende für den "Pressefonds" des SF. Wir werden wieder eine Liste der SpenderInnen in jeder Nummer veröffentlichen. Merci!

Mtl. Dauerspenden für die Verbreitung anarchistischen Gedankenguts:

N.H., Nürnberg 25.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.S., Detmold 5.-; A.R., Paderborn 10.-; F.-J. M., Dortmund 10.-; V.S., Groß-Umstadt 20.-; U.S., Thedinghausen 15.-;

Gesamtstand (Februar: 110.-)

Spenden für den Pressefonds des Schwarzen Fadens:

U.K., Oldenburg 50.-; H.F., Weil am Rhein 34.-; R.L., Dresden 20.-; K.-E.N., Euskirchen 100.-; K.G., Tübingen 10.-; O.K., Idar-Oberstein 50.-; K.D., Essen 5.-; U.S, Freiburg 100.-; S.G., Coburg 20.-;

Gesamt: 389.-

Danke!

Inhalt Nr. 56

....

Redaktions- und Anzeigenschluß: SF-57 (1/96): 1.2.96

Bereits vorliegende Beiträge für SF 1/96 (Nr.57):

- *Interview mit Dimitri Roussopoulos (Black Rose Verlag, Montréal) von Wolfgang Haug und Andi Ries*
- *Gruppe TERZ: Techno - Substanz und Überbau*
- *Dieter Nelles: Die anarchistische Jugend in Wuppertal 1929-1945, Teil 1*

Splitting Image

"Cooperate Identity" ist das Bild das sich Unternehmen gegenüber der Öffentlichkeit geben.Es gehört laut führender Marketingexperten zu den wesentlichen Aspekten, die ein Unternehmen für den Verkauf seiner Produkte benötigt. Gewisse Attribute einer "cooperate identity" sind in der westlichen Welt allgemeingültig, dazu gehört z.B. ein ökologisches Bewußtsein und ein kooperativer Führungsstil. Oftmals scheint es der Fall zu sein, daß sobald gegen grundlegende Verhaltensweisen verstossen wird, der moralische Markt zum Vorschein kommt und den Sünder bestraft, wie es zuletzt dem Shell- Konzern mit seiner Ölplattform erging, die er einfach in der Nordsee versenken wollte und damit das Meer verunreinigt und sogar Meereslebewesen gefährdet hätte. Dies, und das wird der eigentliche Skandal sein, alles zu einem Zeitpunkt als sich das Unternehmen mit einer Werbekampagne als vorbildlicher Umweltschützer hervortun wollte.

Dieser Skandal muß dem Vorstand der Shell Nigeria wohl im Hinterkopf gewesen sein als sie ihr Milliarden Investitionsprogramm für die Erdölgewinnung in Nigeria, wenige Tage nach der Hinrichtung von Ken Saro Wiwa und acht weiteren Oppositionellen, gegenüber der westlichen Presse als ein Beitrag des Umweltschutzes und der Verbesserung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung rechtfertigten.Es sei keinesfalls als ein Signal an die nigerianische Militärregierung zu verstehen, daß der Konzern die Vorgehensweise der Regierung gegen die Opposition toleriere. Shell Nigeria hätte ohnehin keinen Einfluß auf die Regierung und den Menschen in der Erdölregion sei der gegenwärtige Zustand nicht länger als nötig zuzumuten. Die Lebensbedingungen sind tatsächlich unerträglich. "Das Trinkwasser ist wegen des sauren Regens verseucht, das Ackerland unfruchtbar, der Fischbestand ausgestorben. Pipelines führen über Äcker, Gasflammen brennen unweit der Dorfgrenzen. Noch heute sind die Folgen einer Explosion im Jahre 1970 spürbar als wochenlang auf die Felder der Ogoni und in die Sümpfe floß, in denen sie fischten; wenn das seit damals verkrustete Öl bei Sonnenschein schmilzt vergiften frei werdende Chemikalien Luft und Trinkwasser."(1) Seit 1958 beutet Shell die Ölfelder an der nigerianischen Küste aus. Der ökologische Zustand der Region ist wesentlich von dem Konzern verursacht und jahrzehntelang aufrecht erhalten worden. Erst im Jahre 1993 wurden die ökologischen Auswirkungen der Erdölförderung von dem Konzern problematisiert, aus Furcht vor einer Anti-Shell-Kampagne in den Industrieländern:"Eine geänderte Öffentlichkeitsarbeit sollte Ölverluste - 40Prozent aller seiner weltweiten Pannen hat Shell in Nigeria zu verzeichnen (200 Pannen jährlich im Nigerdelta) - nicht als Folge von Betriebsunfällen oder Materialfehlern darstellen, sondern auf Sabotageakte zurückführen. (...) Der Eindruck wiederum, Shell habe Pipelines nahe bei Ogoni Dörfern verlegt, sollte laut Shell Öffentlichkeitsarbeit der Interpretation weichen, daß sich diese «Gemeinden auf das Land in der Nähe von Pipelines ausgedehnt» haben." (1) Diese Politik der "cooperate identity" ist bis zum heutigen Tag unverändert. In einer bundesweit geschalteten Anzeigenkampagne hat der Shell Konzern die extensive Landwirtschaft für das ökologische Desaster in Nigeria verantwortlich gemacht.

Der "ökologischen Rechtfertigung" für die Milliardeninvestion gleich ist der Verweis, daß Shell keinen Einfluß auf die Regierung hätte. Angesichts der ökonomischen Stellung der Erdölförderung in der nigerianischen Wirtschaft, ca. 90% der Exporteinnahmen und annähernd 80% der Steuereinnahmen bezieht Nigeria aus dem Ölgeschäft, und dem Umstand, daß Shell der engagierteste Konzern ist, sind schon Zweifel angebracht. Sie mehren sich, wenn ein Mayor der Sondereingreiftruppe, Paul Okuntimo, in einem Memorandum im Mai 1994 verlauten läßt, daß die Polizei in Ogoni wirkungslos bliebe und "Operationen von Shell unmöglich sind, sofern keine militärischen Operationen stattfinden." (1) Er war nicht der einzige der sich Sorgen um die Zukunft von Shell machte. Anfang 1993 zog Shell aufgrund der Unruhen seinen Mitarbeiterstab aus der Ogoniregion ab. Mit dem Mutterkonzern wurde das weitere Vorgehen besprochen und im "März 1993 trafen sich drei führende Shell- Angestellte mit nigerianischen Polizei- und Armeeangehörigen, sowie dem nigerianischen Botschafter in London um den Umgang mit der internationalen Kritik abzusprechen; die nigerianische Seite versprach Shell Hilfe bei einem Werbefilm, der die Kritik an der Ölförderung entkräften sollte. Später warnte Shell den nigerianischen Botschafter vor Personen, die als Touristen getarnt im Auftrag von Menschenrechtsorganisationen unterwegs seien...".(1) Sobald es um den Ruf des Unternehmens ging war der Einfluß von Shell auf die nigerianische Regierung offensichtlich vorhanden. Daß dieser Einfluß auch in der Auseinandersetzung zwischen der Militärregierung und der Opposition vorhanden war, hat der Bruder des hingerichteten Ken Saro-Wiwa, Owen Wiwa, Mitte November 1995 deutlich gemacht.Ihm sei bei einem Geheimtreffen zwischen ihm und dem Chef von Shell Nigeria, das Angebot unterbreitet worden, daß Shell ein Gnadenersuch für Ken Saro-Wiwa einreichen würde, falls die Ogoni den Protest gegen den Konzern einstellen würden, berichtete Owen Wiwa in London nach seiner Flucht aus Nigeria. Auch der Prozeß gegen Ken Saro-Wiwa blieb nicht ohne Beteiligung des Konzerns. Zwei Zeugen der Anklage beschuldigen den Shell- Konzern die finanziellen Mittel für ihre Falschaussagen bereitgestellt zu haben. (ARD-Weltspiegel, 26.11.95). Die Beschuldigungen, die in Deutschland gegenüber Shell erhoben werden, daß der Konzern tatenlos die Hinrichtungen zugelassen hätte, sind eine Verharmlosung der tatsächlichen Vorgänge. Shell Nigeria, wie auch der Mutterkonzern, hatte und hat eine aktive Rolle in der Politik Nigerias inne.

"Der Westen macht sich Sorgen um das Leben von Elefanten und stoppt die Ausfuhr von Elfenbein. Aber es kümmert niemanden, wenn Menschen sterben."(Ken Saro-Wiwa) Die Hoffnung des Konzerns, daß der Ausspruch Ken Saro-Wiwas, ewig Gültigkeit behält ist trügerisch. Irgendwann wird dieses "Splitting Image" der westlichen Gesellschaft aufgebrochen und Konzerne, die aktiv an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind ebenso behandeln, wie jene, die Ölplattformen in der Nordsee versenken wollen. Die Hinrichtung Ken Saro-Wiwa wird immer Teil der "cooperate identity" von Shell bleiben, ebenso wie der Sturz Allendes in Chile Teil von ITT ist.

Just in Time to kill a multi. *ar*

"Zukunftsfähiges Deutschland"
Ein Technokratenmärchen

Fit, schlank und mit gutem Gewissen- Das "Wuppertaler Institut" präsentiert den Kapitalismus fürs 21. Jahrhundert

von Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)

Beruhigungspille "Nachhaltigkeit"

Neue kulturelle Leitbilder entfalten, neue politische Strategien zur öko-sozialen Gestaltung der Produktions- und Lebensweise in Deutschland entwerfen - dies ist der Anspruch, welchen die AutorInnen der Studie des "Wuppertal Instituts" (WI) formulieren. Ein Hinweis vorab: Die Zitate im folgenden Text beziehen sich soweit nicht anders vermerkt - auf den vorläufigen und internen Endbericht, da weder die auftraggebenden Organisationen BUND und Misereor, noch das WI selbst auf Anfrage dazu bereit waren, uns die offizielle Endfassung vorab auszuhändigen und wir uns daher die Studie anderweitig beschaffen mußten; aufgrund dieser unkooperativen Haltung sehen wir uns auch nicht dazu verpflichtet, der im internen Bericht beigefügten Bitte um vertrauliche Handhabung ("*vertraulich - bitte nicht zitieren*") Folge zu leisten.



Wir wollen mit unserer Stellungnahme deutlich machen, daß es in der hiesigen internationalistisch orientierten Szene auch kritische Stimmen zum Leitbild "nachhaltige Entwicklung" ("sustainable development") gibt. Schon auf den ersten Blick stellt sich die Frage, was an diesem Leitbild und speziell der Studie des WI eigentlich so neu und weiterführend sein soll. Die verschiedenen Wendeszenarien in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen (Energie, Verkehr, Dezentralisierung des sozialen Zusammenlebens etc.) gehen auf die Alternativbewegung der 70er-Jahre zurück; *"Gut leben statt viel haben"* (215) kennen wir bereits aus Erich Fromms Schrift "Haben oder Sein" aus den 50er Jahren. Dies bereits stimmt uns gegenüber der Studie skeptisch. Wer jahrzehntelange Diskussionen und den damit einhergehenden Widerstand sozialer Bewegungen schlicht ignoriert, wird auch nicht aus deren Erfolgen und Fehlern lernen und folglich auch keine besseren Alternativen entwickeln können.

Während wir hier zusammensitzen um solche und andere Argumente gegen die auch in der hiesigen Solidaritätsbewegung durchaus verbreitete, "sustainability"-Euphorie zu formulieren, entlädt sich aufgrund eines 'bedauerlichen Zwischenfalls' bei der BASF ein Gemisch aus deren Giftküche über Ludwigshafen; erst drei Stunden später, nachdem es vielen Menschen schon ganz anders geworden ist, erfolgt die offizielle 'Warnung' des Chemiegiganten. Dieselbe Chemieindustrie, die z.B. über den Dachverband VCI in doppelseitigen Werbeanzeigen ihre 'Nachhaltigkeit' beteuert, hat inzwischen- so lesen wir in der Zeitung (z.B. taz vom 10.10.95) - eine 'Standortdebatte' entfacht, um auch die *derzeit* gültigen gesetzlichen Umweltstandards loszuwerden.

Mit Erfolg: Ins Trinkwasser dürfen nun wieder mehr Schadstoffe und auch das Gesetz zur Regelung der Abwasserabgabe - das erste Gesetz, mit dem durch finanzielle Anreize eine Schadstoffverminderung angestrebt wurde - ist gekippt; die Abwassereinleitung wird wieder billiger. Während wir uns also am Diskurs der Nachhaltigkeitsideologen kritisch abarbeiten, geht der vielleicht letzte Amoklauf des Rentabilitätsprinzips unvermindert weiter - mit umweltfreundlich-nachhaltigem Image selbstverständlich.

Die im Nachhaltigkeitsdiskurs suggerierte Hoffnung auf zivilisatorische Bändigung des Kapitalismus ist angesichts globaler Zerstörungsszenarien und fehlender herrschaftskritischer Alternativen verführerisch, gewiß. *"Die Studie will im besten Sinne des Wortes Mut zur Zukunftsgestaltung machen"* (5); *"Die wesentlichen Quellen für eine zukunftsfähige Gesellschaft sind die Stimulierung menschlicher Fähigkeiten und ein Frieden mit der Natur"* (3) - das klingt hoffnungsvoller als unsere These, daß innerhalb des gegenwärtigen Weltsystems eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Lebensweise schlicht nicht realisierbar ist und dieses - sollen die globalen Probleme gelöst werden - von daher überwunden werden muß. Viele mögen unserer nachfolgenden Kritik daher zwar im Stillen zustimmen, sich aber dennoch weiter an den reformpolitschen Strohhalm "Nachhaltigkeit" klammern. Die subjektive Einsicht in die Bedrohung allen Lebens auf diesem Planeten durch die herrschende Ordnung macht erstmal Angst. Je mehr wir uns mit der ökosozialen Lage der Menschheit befassen, je mehr wir darüber wissen, umso größer wird die Angst und um so schwieriger wird die Suche nach durchsetzbaren kulturellen Alternativen. 'Angst ist ein schlechter Ratgeber', heißt es. Aber wer Angst hat, lebt noch, ist hellwach und kann nach Auswegen suchen. Wir können derart wachen Menschen allerdings kein elegantes Alternativkonzept zur "Nachhaltigkeit" liefern, sondern lediglich unsere diesbezügliche 'Suchrichtung' umreißen. Das Selber-Denken und Handeln können und wollen wir den LeserInnen nicht abnehmen.

Eine neue "Zukunftsdebatte"?

"Zukunft" ist das Zauberwort des Wupperal-Instituts (WI). *"Die Schieflage der Zukunftsdebatte besteht in ihrer einseitigen Ausrichtung auf Technologien. Wettbewerbsfähigkeit und Weltwirtschaft"* (3). Der gegenwärtigen Umwelt- und Entwicklungsdebatte fehle es an zivilisatorischen Utopien und kulturellen Leitbildern, die vermeintlich Berge versetzen können: " *Andere solche Leitgedanken haben in anderen Zusammenhängen (Wirtschafts-) Wunder bewirkt, wie etwa der Wiederaufbau nach dem zweiten Weltkrieg"* (243). Und so gälte es auch heute wieder, "neue Wohlstandsmodelle" (4) zu entwerfen, welche nicht mehr zu Lasten der Natur und der Länder des Südens gehen. Die AutorInnen lavieren in der Begründung dieser Forderung ständig hin und her zwischen Appellen an den Eigennutz" (deutsche Standortsicherung durch "ökologische Effizienzrevolution") und an ethische Prinzipien (gleiche Lebenschancen für alle Menschen und kommende Generationen). "Eigennutz" und Ethik sollen also Hand in Hand gehen - was gut für 'Deutschland' ist, ist künftig auch wieder gut für die Welt. 'Wir



Deutsche' werden demnach künftig in einem ökologischen High-Tech-Paradies leben, dessen Wohlstand mit einem deutlich geringeren Verbrauch an natürlichen "Ressourcen" produziert wird und wo 'uns' niemand mehr nachsagen kann, daß wir auf Kosten anderer leben. Um die Vision dieser schönen, neuen Welt zu verbreiten, scheuen die AutorInnen vor keiner Peinlichkeit und Selbstwidersprüchlichkeit zurück. Ein Beispiel ist der Verkehrssektor: obgleich die Studie durchaus eindrucksvoll belegt, daß bereits vom Flächenverbrauch her gesehen der Privat-PKW ein ökologisch unverantwortliches Verkehrsmittel darstellt, sucht man die Forderung nach dessen schlichter Abschaffung vergeblich - dies könnte ja Automobilindustrie und die Autofetischisten unter den Politikern und Wirtschaftsführern verschrecken. Anstatt also diese einzig ökologisch schlüssige, wenngleich realpolitsch derzeit nicht durchsetzbare Forderung zu erheben, werden die geneigten LeserInnen mit Werbesprüchen abgespeist: "*Im Design behutsam motorisierter Fahrzeuge und Antriebsaggregate findet so die Utopie des 21. Jahrhunderts ihren technischen Ausdruck, mit Eleganz in der Lage zu sein, innerhalb von Grenzen zu leben*" (133); Und: "*Technik und Design der neuen Automobilgeneration wird die Aspirationen einer Gesellschaft widerspiegeln, die ihren Ehrgeiz darin setzt, Maßhalten mit Intelligenz und Ästhetik zu verbinden*" (134). Wir haben verstanden.

Ein anspruchsvolles Programm, aber...

Die Studie geht von der Ökologischen Problematik aus, will dabei aber ökonomische, soziale und politische Aspekte von Beginn an miteinbeziehen. In einem ersten Schritt seien "ökologische Schutzziele" (3) zu formulieren um dann in einem zweiten Schritt kulturelle "Leitbilder" (4) und realpolitische Maßnahmenkataloge zu erstellen. Die Vorrangstellung der Ökonomie für die gesellschaftliche Entwicklung wird in Frage gestellt: "*Aus Deutschland ist ein 'Standort' geworden, in dem Leben, Arbeiten und Haushalten zunehmend mit den Augen eines imaginären investitionswilligen Unternehmens betrachtet werden*" (1). Die "*Stimmung im Lande* [sei] *kälter geworden*" (2); ein neuer "Wirtschaftsfundamentalismus" (1) breite sich aus, in dessen Kontext "*der schwarze Peter jeweils den 'anderen' zugespielt wird: Arbeitslosen, Alten, Frauen, Umweltschützern und Ländern des Südens*" (3). Die angestrebte "Zukunftsdebatte" solle diesen Vorrang der Ökonomie zugunsten einer "ganzheitlichen" Betrachtung der "Wechselwirkung" (7) zwischen ökologischen, sozialen, politischen und ökonomischen Prozessen in Frage stellen.

Ein anspruchsvolles Programm, das sicherlich immer nur ansatzweise realisierbar ist. Unsere Kritik an der Studie bezieht sich von daher auch nicht so sehr auf Details, als vielmehr auf die Herangehensweise des WI, die jede Auseinandersetzung mit den Ursachen und Bedingungen unserer gegenwärtigen Wirtschafts- und Lebensweise vermissen läßt. Warum hat 'unsere' vermeintliche "Marktwirtschaft" denn überhaupt die gegenwärtige öko-soziale Krise hervorgerufen? Was ist der Nährboden für die Ausbreitung wirtschaftsfundamentalistischer Einstellungen? Wenn "ökologische Schutzziele" erreichbar sind, warum werden sie dann nicht schon längst umgesetzt? Die 'Umweltkrise' ist hierzulande schließlich seit über zwanzig Jahren in der öffentlichen Diskussion. Diese 'Warum-Fragen' verlangen nach einer Analyse der ökonomischen Funktionsprinzipien der Gesellschaft, ihrer Herrschaftsstrukturen und ihrer kulturellen Prinzipien. Es sind genau diese Fragen, die vom WI tabuisiert werden.

Tabuwort Kapitalismus

Beispiel Ökonomie: der Vorrang der Ökonomie in der Gesellschaft, die Kommerzialisierung des sozialen Lebens, die natur- und menschenvernichtende Logik unserer Produktions- und Lebensweise - das alles wird in der Kritik der politischen Ökonomie bereits seit Marx analysiert und kritisiert. Dieses Wirtschaftssystem hat seither auch einen Namen: Kapitalismus. Das aber ist in der Studie des WI *das* Tabuword schlechthin. Vielleicht wollte man Politiker und Wirtschaftsführer als Adressaten der Studie mit diesem Begriff nicht verschrecken. Dies könnte dann eventuell als notwendiger (?) Opportunismus und somit vielleicht als Frage des Geschmacks durchgehen, wenn sich die Studie zumindest von der Sache her auf der Höhe der entsprechenden Diskussion bewegen würde; stattdessen aber wird sie von einer durchaus platten Marktwirtschaftsideologie durchzogen. Geschähe dies nicht bewußt und geplant, so erschiene es manchmal schon kabarettreif, wie sich die AutorInnen zum vermeintlichen Wechselspiel von Angebot und Nachfrage 'kritisch' verhalten und dabei staunend 150 Jahre alte Erkenntnisse neu entdecken:" *Es gibt sogar ein Angebot, welches sich seine Nachfrage schafft, einen gemachten Trend*" (175). Oder: "*In diesem Fall ist Konsum nicht mehr eine Funktion der menschlichen Bedürfnisse, sondern eine Funktion der Produktion*" (217). Heute kann wirklich jedeR wissen, daß der Antrieb kapitalistischer Produktion im Profitstreben liegt und nicht im Wunsche, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Bis in die heile Welt des WI scheint diese Trivialität allerdings noch nicht durchgedrungen zu sein, hier produziert die Industrie noch für 'uns alle': "*Das Selbstverständnis und die Funktion der Industrie als Bindeglied zwischen Ökosphäre und Bedürfnisbefriedigung muß sich wandeln... Ziel sollte es sein, den Schwerpunkt vom reinen Versorgen hin zum Umsorgen zu verschieben*": (281). Oder wie es ein großer deutscher Industriekonzern in seiner Werbung formuliert:" Wir gehören zur Familie". vom Paternalisums dieser Vision des 'großen Bruders Industrie', der die Menschen umsorgt, einmal ganz abgesehen, leben die AutorInnen zudem im Glauben, daß Manager locker davon überzeugt werden können, das Profit- und Effizienzmotive künftig doch nicht mehr so in den Vordergrund zu stellen und stattdessen die Nützlichkeit der Waren stärker zu berücksichtigen: "*Das Management formuliert Ziele einer ökologischen Produktpolitik...Im Vordergrund steht die Qualität des Produkts - und nicht nur die Effizienz der Leistungserstellung*" (169). Na prima, dann wird ja alles gut!

Lobbyismus

Wenn eine derartige, stellenweise zunächst unglaublich naive anmutende Analyse von einem Forschungsinstitut mit dem Gestus der "Wissenschaftlich-

keit" und des "Expertentums" vorgetragen wird, dann drängt sich der Verdacht auf, daß hier ganz andere als die proklamierten Ziele verfolgt werden. Es fehlt der Studie nicht einfach nur "wissenschaftlicher Sachverstand", sondern hier wird durchaus bewußt Ideologie produziert. Und dies ist auch der eigentliche Kern unserer Kritik: Die vom WI initiierte "Zukunftsdebatte" ist ein ideologisches Scheingefecht, das nichts zur Lösung gegenwärtiger ökosozialer Probleme beiträgt. Ziel der Studie ist vielmehr die Politikberatung der auftraggebenden "Nicht-Regierungs-Organisationen" (NGOs) BUND und Misereor, die beim WI Orientierungen für ihre Lobbypolitik nachgefragt und vertragsgemäß erhalten haben. Solche Organisationen können mit gesellschaftskritischen Analysen des patriarchalen Weltkapitalismus nunmal nichts anfangen, sie wollen "politikfähig" sein. Im Klartext heißt dies, daß sie nur solche Forderungen an die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger herantragen, die deren Macht- und Herrschaftsinteressen, bzw. ihr Profitstreben nicht in Frage stellen. So etwas nennt man dann wohl 'Realpolitik'.

Weil nicht wahr sein kann, was nicht wahr sein darf, hat eine schonungslose Benennung von Verantwortlichkeiten für die gegenwärtige Bedrohung allen Lebens auf diesem Planeten in einer solchen Form von 'Politikberatung' keine Chance. Eine problemorientierte Studie müßte nach Ursachen forschen und Verursacher beim Namen nennen. Das aber wären *nicht* gleichermaßen 'wir alle', sondern das wären in erster Linie multinationale Konzerne, Banken, Regierungen, Militär und Wissenschaft. Die vom WI vorgenommene komplette Ausklammerung dieser Akteure und die Fixierung auf die privaten Haushalte erklärt sich aus dem Politikverständnis der auftraggebenden NGO's, welche neben der Lobbyarbeit ja stets auch um Handlungsempfehlungen für den Alltag bemüht sind: wer den Hausmüll sortiert und für die 'Dritte Welt' spendet, hat zumindest *das Gefühl*, etwas für 'Umwelt' und soziale Gerechtigkeit zu tun.

Sind die VerbraucherInnen schuld?

"Der hier gewählte Ansatz ist nachfrageorientiert. Das bedeutet nicht, daß wir die angebotsseitige Dynamik unterschätzen oder daß bestehende Verantwortlichkeiten der Wirtschaft und der Politik... vernachlässigt werden sollen" (251).Doch, genau das bedeutet es! Insoweit in der Studie überhaupt von Wirtschaft die Rede ist, wird diese nach "*wichtigen Sektoren wie Energie, Verkehr, Landwirtschaft und (teilweise) Industrie*", anstatt z.B. nach Besitzverhältnissen oder nach volkswirtschaftlicher Funktion (Investitions-/ Konsumgüterproduktion etc.) gegliedert. Mit der löblichen Ausnahme einer knappen Analyse der EG-Agrarpolitk (329 ff) findet sich in der ganzen Studie kein einziger Bezug auf die Macht wirtschaftlicher Interessenverbände, den Monopolisierungsgrad bestimmter Wirtschaftssektoren sowie deren unterschiedliches Maß an Weltmarktorien-

tierung und -integration. Auf diese Weise werden "bestehende Verantwortlichkeiten der Wirtschaft und der Politik" entgegen den Beteuerungen der AutorInnen in der Tat systematisch unter den Teppich gekehrt, da gar nicht danach gefragt wird, wer wo unter welchen Bedingungen und mit welchen Zielen agiert.

Diese Strategie setzt sich in der Fixierung der Studie auf die Verantwortung der privaten Haushalte fort. So wird z.B. der Verbrauch von Energie- und Material in Deutschland untersucht, wobei deren 'letzte Verwendung' zum Maßstab gemacht wird:"'*Güter der letzten Verwendung' sind Produkte und Dienstleistungen am Ende des Wirtschaftsprozesses, die dem privaten oder dem Staatsverbrauch zugeführt, exportiert, in Produktionsanlagen investiert oder dem Vorrat zugeführt/entnommen werden*" (45). Hätte sich das WI bei seinen Berechnungen wenigstens konsequent an diese, ihrerseits wiederum durchaus nicht unproblematische Definition der 'letzten Verwendung' gehalten, so bliebe im vorgelegten Zahlenmaterial noch ansatzweise erkennbar, welcher Anteil des hierzulande verbrauchten natürlichen Reichtums von Staat und Wirtschaft vernutzt, und was demgegenüber in der Tat dem privaten Endverbrauch zugeführt wird. Wünschenswert wäre dabei selbstverständlich eine genauere Aufschlüsselung etwa des Staatsverbrauchs - wieviel verbraucht z.B. das Militär, wieviel der Polizeiapparat? Solche Zahlen könnten - ganz im Sinne des weiter unten zu diskutierenden "Leitbildes Entschleunigen" - verdeutlichen, wieviel natürlicher Reichtum in diesem Lande einfach für die Aufrechterhaltung des Systems ver(sch)wendet wird, ohne daß dabei 'Bedürfnisse' befriedigt würden. Stattdessen aber gehen die AutorInnen ohne Begründung davon aus, daß der komplette Material- und Energieverbrauch schon irgendwie "menschlichen Bedarfsfeldern" zugerechnet werden könne:

"*Die Einzelheiten des Berechnungs- und Zuordnungs-Verfahrens können hier nicht aufgeführt werden. Wir zeigen deshalb lediglich das Ergebnis der Zurechnung auf die Bedarfsfelder Wohnen, Ernährung, Bekleidung, Gesundheit, Bildung, Freizeit gesellschaftliches Zusammenleben und Sonstiges*" (45f.)

Mit diesem Taschenspielertrick wird suggeriert, daß der Verbrauch von Staat und Wirtschaft letztlich nur deswegen erfolgt, damit 'wir alle' ein Dach überm Kopf, genug zu essen und Spaß in der Freizeit haben. Staat und Wirtschaft wollen stets nur unser Bestes, und dafür ist ihnen kein "Energieeinsatz" zu hoch.

Nun bedarf es nur noch einer weiteren kleinen Unseriösität um das Bild abzurunden: die rein fiktive Zurechnung des gesamten Verbrauchs an natürlichem Reichtum auf "menschlicher Bedarfsfelder" wird nun einfach ganz den privaten Haushalten zugeschustert. Dies zeigt die Überschrift von Kapitel 5.3 in aller Eindeutigkeit: "*Am Anfang war die Endnachfrage: private Haushalte 2010*". Oder: "*Die Material-Inputs der Wirtschaftsbereiche wurden dann... der letzten Verwendung - speziell dem privaten Endverbrauch - zugerechnet.*"(58) Erneut also der gleiche Taschenspielertrick: aus der 'letzten Verwendung' wird - simsalabim - die private Endnachfrage. Staat und Wirtschaft verbrauchen nun scheinbar gar nichts mehr. Es ist dies ein rein ideologisches Zuordnungsverfahren, welches durch eine bereits in der Kategorie 'Güter der letzten Verwendung' liegende Borniertheit noch verstärkt wird. Die an diesem Maßstab orientierten Berechnungen reduzieren den weltmarktvermittelten Warentausch nämlich auf rein quantitativ bestimmte Material- und Energiemengen, wodurch der qualitative völlig unterschiedliche Charakter von bundesdeutschen Importen und Exporten statistisch unsichtbar gemacht wird. Wenn die BRD z.B. Militärgerät exportiert, um Cash zu machen und gleichzeitig ihre Herrschaftsinteressen woanders besser abzusichern, darf sie nach dem Modell des WI all den Stahl, die Energie, alle die strategischen Rohstoffe und bei der Produktion anfallenden Abfälle als Negativposten buchen - und dafür z.B. mehr andere Rohstoffe importieren, ohne dadurch das Qualitätssiegel 'Nachhaltigkeit' zu verlieren. Die Stoff- und Energiemengen, die bewegt werden, um High-Tech-Ware für den Weltmarkt zu produzieren, tauchen so in der 'nationalen Umweltbilanz' der BRD gar nicht auf- es kaufen ja die anderen. Der gesamte 'nationale Sektor', der für den Weltmarkt produziert,

wird so in der Berechnung unsichtbar gemacht.

Diese Ausblendung des Staats- und Wirtschaftsverbrauchs samt der Zurechnung des vernutzten natürlichen Reichtums auf "menschliche Bedarfsfelder" und "private Haushalte" soll nur eine einzige Botschaft transportieren: Schuld an Material- und Energieverschwendung ist nicht die kapitalistische Produktionsweise, schuld sind die VerbraucherInnen!

Politische Handlungsempfehlungen haben sich folglich auf sie zu konzentrieren; die Menschen sind somit auch weiterhin Objekte, nicht Subjekte der Politik. Der dahinter erkennbar werdende Wunsch nach dirigistischer Verplanung von Menschen durch die Politik würde jeden realsozialistischen Planwirtschaftsideologen vor Neid erblassen lassen: "*Entsprechend könnte und sollte die Haushaltsgröße wieder zunehmen. Familien, neue Partnerschaften und andere Lebensformen... prägen nach unseren Vorschlägen stärker das Bild als eine zunehmende Anzahl von Single-Haushalten. Wir gehen deshalb von einer Stabilisierung einer Haushaltsgröße von durchschnittlich 2,4 Personen... bis zum Jahre 2010 aus*" (258; Hervorhebung durch die VerfasserInnen). Und das in nur drei Fünf-Jahres-Plänen - wirklich atemberaubend!

Entschleunigung als Rechtfertigungsideologie, Dualwirtschaft als Gesellschaftsmodell

Also nur eine handwerklich bemerkenswert schlecht verfertigte Studie, die völlig unreflektiert einem unverträglichen Gemisch von Marktwirtschafts- und Planungsideologie aufsitzt? Was aber wäre dann daran für uns so interessant, wieso setzen wir uns damit überhaupt auseinander? Ein wesentlicher Grund hierfür ist, daß das WI in seiner Studie zwar vielversprechende patriarchats- und kaptialismuskritische Perspektiven aufnimmt, dabei aber instrumentalisiert. Dies soll hier am Beispiel der Darstellung des bereits kurz angesprochenen **"Leitbilds Entschleunigung"** verdeutlicht werden, mit dem die AutorInnen aufzeigen, wie wir immer mehr Zeit und Energie für die zum Selbstzweck gewordenen Aufrechterhaltung des Systems verwenden müssen: "*Und viele Menschen geben über ihre Ausgabe für den Verkehr und ihre Steuer, welche Infrastrukturen, Krankenhäuser und Polizei unterhält, sage und schreibe ein Viertel ihrer werktätigen Lebenszeit dran, um das ganze System im Gang zu halten*" (128). Die umfassende soziale, räumliche und zeitliche Mobilisierung werde kontraproduktiv, was am Verkehrswesen demonstriert wird:

"*Höhere Geschwindigkeit führt zu Zeitersparnis, das ist wahr, aber ein Blick in die Geschichte des Transportwesens lehrt, daß Zeitgewinne schnell wieder in weitere Entfernungen und/oder in eine höhere Dichte an Erledigungen umgesetzt werden. Und umgekehrt: größere Entfernungen und mehr Erledigungen verlangen wiederum nach schnelleren Geschwindigkeiten, die ihrerseits Entfernungen und/oder Erledigungen zunehmen lassen. Eine Spirale also, bei der sich nicht nur mit jeder Runde der technische und soziale Aufwand erhöht, sondern auch den jeweils erreichten Vorsprung an Schnelligkeit und Ortswechsel dahinschmelzen läßt, weil alle Teilnehmer sich in diesem Spiel Zug um Zug wieder im Niveau angleichen*" (128).

Die räumliche Mobilität von Menschen ist hier nur ein Beispiel unter vielen, der EG- oder gar weltweite Transport so alltäglicher Güter wie eines Joghurts wäre ein anderes. Die Studie zeigt bezüglich dieser zerstörerischen Dynamik ein vergleichsweises hohes Maß an Problembewußtsein:

"*Mit der Mobilität der einen ist gleichzeitig die Immobilität der anderen gewachsen. Beschleunigt werden in erster Linie berufstätige Männer im Alter von 20-60 Jahren mit ausreichendem Einkommen, verlangsamt aber Frauen, Heranwachsende und alte Menschen. Mit anderen Worten: Schnellverkehre vertiefen die in einer erwerbszentrierte Gesellschaft angelegte Spaltung zwischen den 'produktiven' und den 'nichtproduktiven' Teilen der Bevölkerung. ... Denn die Infrastrukturen der schnellen Distanzüberwindung sind auf die Erfordernisse der Erwerbsökonomie hin ausgelegt*" (130).

Es ist demnach die Erwerbsökonomie, welche unsere Kultur in "produktive" und "unproduktive" Arbeiten spaltet,

diese Arbeitsfelder nach patriarchalen Kriterien geschlechtsspezifisch zuordnet und die Menschen in einen zerstörerischen 'schneller-größer-besser' -Lebensrhytmus hineintreibt. Was also läge näher als eine Fundamentalkritik dieser Art 'gesellschaftlicher Arbeitsteilung'? Wieso fordert die Studie nicht die Aufhebung solch künstlicher Trennungslinien und Diskriminierungen? Dies wäre jedenfalls die Perspektive einer grundsätzlichen Patriarchats- und Kaptialismuskritik, wie sie beispielsweise in der feministischen Subsistenzperspektive von MIES, v. WERLHOF und BENNHOLDT-THOMSEN vertreten wird. Stattdessen plädieren die AutorInnen für eine 'Dualwirtschaft', in der ein weltmarktorientierter "Hochlohnsektor" mit einem für soziale und ökologische Aufgaben zuständigen "Niedriglohnsektor" (231) verkoppelt werden soll. Diese beiden Teilsektoren bilden dann gemeinsam den "formellen Sektor" der Ökonomie, der durch den "informellen Sektor" von Eigenarbeit und Subsistenzproduktion ergänzt wird. Solche Dualwirtschaftskonzepte sind, salopp gesagt, alte Hüte und wurden von Beginn an vor allem von Frauen scharf kritisiert. Das Lippenbekenntnis, alle Personen sollten im Laufe ihrer Lebenszeit in beiden Sektoren tätig sein, wurde in der diesbezüglichen Diskussion schnell als blankes Wunschdenken entlarvt, wird aber dennoch auch in diese Studie erneut kolportiert:

"Realisiert wird dies mit einer guten Portion selbstbestimmter Eigenarbeit, die besonders die Männer genießen, die jahrzehntelang in abhängigen bezahlten Verhältnissen arbeiten mußten" (191) - und jetzt endlich, so möchte man fortfahren, mit Freude Tag für Tag unbezahlt, dafür aber 'selbstbestimmt' kochen, Wäsche waschen und Babys wickeln werden; alles kreative Tätigkeiten, die ihnen bisher unverschämterweise von 'ihren' Frauen vorenthalten wurden.

"Ökologieführerschaft" - der 'Norden' hat weiterhin das Sagen

Ebensowenig wie es in der bundesdeutschen Dualwirtschaft der Zukunft so etwas wie soziale Gerechtigkeit geben soll, wird sich die Abstufung der Weltwirtschaft in Zentren und Peripherien verändern - auch wenn die AutorInnen dies an einigen Stellen zu vermuten scheinen, etwa mit ihrer These einer "Dematerialisierung" der *Weltwirtschaft*, d.h. einer teilweisen Entkopplung des Material- und Energieverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Der damit verbundene Trend zur 'Dienstleistungsgesellschaft' z.B. gilt aber gegenwärtig ausschließlich für die kapitalistischen Zentren im Norden wie auch im Süden und hat die Auslagerung 'schmutziger' Grundstoffindustrien in die südlichen Peripherien der Weltwirtschaft zur Bedingung. Die fehlende Analyse weltkapitalistischer 'Arbeitsteilung' führt die AutorInnen hier zu fragwürdigen Annahmen über den bloßen Nachvollzug einer 'zukunftsfähigen Entwicklung 'des 'Nordens' durch den 'Süden'. Eine derartige Angleichung wird es selbstverständlich nicht geben, vielmehr gilt das, was das WI hinsichtlich der Konkurrenz zwischen einzelnen Unternehmen schreibt ebenso für das Nord/Süd-Verhältinis: *"Das frühzeitige Anstreben einer 'Ökologieführerschaft' erlaubt es Unternehmen. Markteintrittsbarrieren für andere zu schaffen ... Potentielle Konkurrenten, die nicht in der Lage sind, die ... hohen Standards zu erfüllen, sind dann keine Bedrohung mehr für die existierenden Wettbewerber"* (164). Oder: *"die ökologische Wende wird ja der Wirtschaft auch dadurch nahegebracht, daß auf den Märkten der Zukunft derjenige die Nase vorn haben werde, der Sustainability konsequent zum Kriterium seiner Produktion und seines Marketings macht"* (210). Vermittels dieser "Ökologieführerschaft" der kapitalstarken Industrienationen können also auch weiterhin "Markteintrittsbarrieren" für den Süden errichtet werden; alles bleibt beim Alten.

Die künftig per "Ökologieführerschaft" abgesicherte wirtschaftliche Überlegenheit der kapitalistischen Zentren - vor allem der BRD - soll sich, laut WI, selbstverständlich auch in politischer Bevormundung niederschlagen. Mit einem "konditionierten", d.h. unter politische Bedingungen gestellten Schuldenerlaß soll den 'Entwicklungsländern' geholfen werden. Wie großzügig! Von jener ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung, die überhaupt zu dieser Schuldenlast geführt hat, einmal ganz abgesehen, ist ohnehin allen Beteiligten längst klar, daß diese Schulden niemals zurückgezahlt werden können. Die Banken haben sie größtenteils längst abgeschrieben, bzw. versuchen sie anderenorts - etwa bei den westlichen Regierungen - einzutreiben. Und so reduziert sich die ganze große Geste des WI auf den schäbigen Versuch, per 'Konditionierung' für das 'verlorene' Geld wenigstens noch politische Macht einzutauschen.

Auch in der politischen Dimension beleiben die südlichen Peripherien folglich unterdogs, die an ihrer Misere selbst schuld sind und daher noch viel vom Norden lernen müssen: *"Es ist unzweifelhaft, daß in den meisten Entwicklungsländern ökologische und soziale Probleme zu einem guten Teil hausgemacht und auf Bürokratie, Korruption und Mißwirtschaft zurückzuführen sind"* (77) - alles Dinge, die im sauberen Deutschland längst der Vergangenheit angehören, oder? Wer so argumentiert, unterstützt zumindest indirekt die Forderung von Ulrich MENZEL nach Entmachtung der einheimischen Eliten in der 'Dritten Welt' und einer westlichen Treuhänderschaft über die betroffenen Länder - sprich: nach einem neuen politschen Kolonialismus. Diese Forderung aber ist schlicht reaktionär. Und wie bei jeglichem reaktionären Gedankengut geht es nicht vorrangig darum, es argumentativ zu wiederlegen, sondern es politisch zu bekämpfen. Es sei daher hier nur am Rande darauf verwiesen, daß es zumeist - wenn nicht sogar durchweg - westliche Konzerne, Geheimdienste, Militärs und Politiker waren und sind, welche diese vielgeschmähten einheimischen Eliten an die Macht gebracht haben und sie weiterhin an der Macht halten. Mit der Forderung, nun genau diese Eliten ausgerechnet durch ihre Finanziers und politischen Gönner zu entmachten, wird daher buchstäblich der Bock zum Gärtner gemacht. Die wirkliche Pointe ist daher auch eine ganz andere: entmachtet werden sollen nicht die ihre eigenen Völker mitunterdrückenden Marionetten des Westens, sondern jene - zumeist als 'islamisch-fundamentalistisch' abqualifizierten - Machthaber, die sich dieser westlichen Kontrolle zu entziehen drohen. Mit ihnen muß man keineswegs symphatisieren, um das Spiel zu durchschauen. Apropos:

Den Bock zum Gärtner machen - Die Polikempfehlungen des WI

"Da das ökonomische Teilsystem die beiden anderen, Gesellschaft und Ökologie, zu zerstören droht, sind ganzheitliche Denkansätze erforderlich, und damit auch neue Wirtschafts- und Managementformen. Das wird nicht gegen die Unternehmen und wirtschaftlichen Institutionen gehen, sondern nur mit ihnen" (Kurzfassung:20). Da muß man erstmal drauf kommen! Die Profiteure kapitalistischer Zerstörungswut sollen, nachdem sie diesen Planeten über Jahrhunderte hinweg ruiniert haben, nun also davon überzeugt werden, daß es so nicht weitergeht; ebensogut hätte sich MARX darumbemühen können, die Kapitalisten seiner Zeit vom Kommunismus zu überzeugen. Was das WI fordert ist nicht weniger als ein ökologisch 'sauberer' Kapitalismus, dessen Prinzipien der Verwertung



menschlicher Arbeitskraft in den volkswirtschaftlichen 'Hochlohn'-, 'Niedriglohn'- und Subsistenzsektoren auch irgendwie sozial gerecht sind. Mit einer ausgefeilten nationalstaatlich definierten Wirtschafts- und Ordnungspolitik soll eine Verteuerung der Produktionsfaktoren Engergie und Rohstoffe sowie eine deutliche Senkung der Lohn(neben)kosten erreicht werden. Teilzeit- und Heimarbeit sollen den Einsatz der Arbeitkraft in den Unternehmen flexibler gestalten, der geforderte Niedriglohnsektor tut ein übriges. Es scheint die AutorInnen nicht weiter zu stören, daß sie hier jener neoliberalen Deregulierungsstrategie zuarbeiten, die seit mehr als einer Dekade weltweit zu wachsender Erwerbslosigkeit, massiven Einkommensverlusten der ArbeitnehmerInnen und ebensolchen Gewinnsteigerungen der Unternehmen führt. Wir wollen an dieser Stelle keine detaillierte Kritik einzelner Handlungsempfehlungen, etwa der geforderten "ökologischen Steuerreform", vorlegen, sondern uns auf grundsätzliche Einwände gegen den Ansatz der WI beschränken; zumindest dreierlei wäre hierbei zu bedenken:

1. Eine nationalstaatliche Ordungs- und Wirtschaftspolitik ist prinzipiell nicht in der Lage, ökologisch und sozialverträgliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, da sie die Konkurrenzbedingungen des weltmarktorientierten Wirtschaftssektors und des international 'vagabundierenden Finanzkapitals' nicht kontrollieren kann. Sie muß darüber hinaus um die Sicherung von "Standortvorteilen" für das eigene Land bemüht sein, was die Chancen wirksamer internationaler Vereinbarungen zu "Umwelt und Entwicklung" gegen Null bringt (z.B. Rio-Gipfel und Umsetzung).

2. Die Staatsfixierung des WI verschleiert den Prozeß politischer Entscheidungsfindung. Politiker handeln in einem Spannungsfeld organisierter und unterschiedlich mächtiger gesellschaftlicher Interessen um das 'Gemeinwohl' ringen, sondern sind im wahrsten Sinn des Wortes selbst Partei. Das Bedürfnis nach Erhalt des natürlichen Reichtums und nach Schaffung sozialer Gerechtigkeit ist in diesem Kräftefeld nicht gerade übermächtig, das Sagen haben eher die Wirtschaftsverbände. Und wenn es nach den Wünschen des WI geht, wird diese eh schon mächtige Lobby künftig noch mächtiger: *"Unternehmungen beteiligen sich an Gesetzgebungsverfahren und initiieren Lösungen im Sinne freiwilliger Selbstverpflichtungen"* (165); ersteres tun sie ja leider bereits heute und was von freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie zu halten ist, haben die letzten Jahre z.B. im puncto Schaffung von Lehrstellen oder Einführung von Mehrwegverpackungen eindrucksvoll gezeigt: nichts, gar nichts.

3. Kapitalistische Unternehmer wären Selbstmörder, würden sie nicht versuchen, soviel Kosten wie irgend möglich zu externalisieren, d.h. auf den Staat, die Gesellschaft oder die nachfolgenden Generationen abzuwälzen. Sie sind zugleich einer Dynamik ständig wechselnder Verhältnisse von 'In-Wert-Setzung' und 'Ent-Wert-ung' von Menschen, Räumen und 'Natur' ausgesetzt: während mit Afrika zur Zeit beispielsweise ein ganzer Kontinent vom *monetär sichtbaren* Weltmarktgeschehen abgekoppelt wird, entwickelt sich die Artenvielfalt der 'Dritten Welt' als 'genetische Ressource' zum Zukunftsmarkt schlechthin. ...

Überall wo es im bisherigen historischen Verlauf zu wirklichen Verbesserungen der Lebenssituiation benachteiligter Gruppen und sozialer Klassen gekommen ist, und wo in den letzten Jahrzehnten punktuell einmal substantielle Schritte gegen die Zerstörung des ökologischen Reichtums getätigt wurden, geschah dies im Zusammenhang mit sozialen Kämpfen und durch die Widerständigkeit sozialer Bewegungen. Letztere kommen in der schönen neuen Welt des WI allerdings gar nicht mehr vor - die Vorstellung, daß Freiheit nicht erbettelt, sondern erstritten wird, ist den AutorInnen ein Greuel. Der gesellschaftliche Widerstreit von Herrschenden und Beherrschten verschwindet im *"Buy-in" der Mächtigen: "buy-in bedeutet, sich die Mitarbeit und Unterstützung wichtiger Akteure zu 'erkaufen', indem diese von Anfang an Verantwortung für die Umsetzung eines Projekts haben, am Planungsprozeß teilnemen, so daß sie die Ergebnisse des Projekts nicht mehr bestreiten werden"* (165). So funktioniert Herrschaftssicherung und genau auf diese laufen sämtliche 'realpolitischen' Handlungs-

empfehlungen der Studie letztendlich auch hinaus. Wie wenig Momente sozialer Selbstbestimmung in diese 'realpolitisch'-dirigistische Expertenherrschaft eingehen, zeigt sich nicht zuletzt in der Forderung nach Einrichtung eines " Ökologischen Rates", der die sich im hektischen Tagesgeschäft aufreibenden PolitikerInnen kontollieren soll, desen eigene Legitimation aber völlig im Unklaren bleibt.

Es gäbe noch eine Reihe weiterer kritikwürdiger Aspekte der Studie, wie z.B. die Verwechslung von Bezugs- und Entscheidungsräumen (34). Es mag sein, daß sich manche ökologischen Probleme, z.B. das Waldsterben, am besten auf den Kontinent als Bezugsraum beziehen lassen, während etwa die Bekämpfung des Treibhauseffektes einen globalen Bezugsraum erfordert; andere Probleme, wie z.B. die Zerschneidung von Biotopen durch Straßen, müssen vielleicht regional bearbeitet werden. Der *Nationalstaat* ist zwar faktisch der Entscheidungsraum, dürfte hingegen kaum jemals ein sinnvoller Bezugsraum sein, da ökologische Probleme nunmal keine Staatsgrenzen kennen. Es gibt somit lediglich politische, keineswegs aber naturwissenschaftliche Gründe, eine solche Studie auf Deutschland zu beziehen.

Wir wollen die fast unbegrenzt fortsetzbare Kritik an dieser Stelle abbrechen und abschließend zumindest noch umrißhaft unsere eigene Sicht auf die öko-soziale Krise des modernen Weltsystems erläutern.

Sichtwechsel

Die Kritik am WI führt uns nicht zur Forderung nach einer besseren, 'objektiveren' oder kapitalismus- und patriarchatskritischeren Studie, sondern berüht das im Nachhaltigkeitsdiskurs generell sichtbar werdende wissenschaftliche und politische Grundverständnis. Man(n) stößt mit diesem Diskurs in jenes Vakuum hinein, welches das Scheitern überkommener sozialistischer Utopien und Strategien in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen - innenpolitisch wie auch weltweit - hinterlassen hat. Während antikapitalistisch-linke wie auch antipatriarchal-feministische Strömungen gegenwärtig um die Erarbeitung eines Politikverständnisses bemüht sind, das der historischen Situation wieder gerecht wird, und sich von daher momentan nicht gerade in der 'gesellschaftlichen Offensive' befinden, befriedigt der Nachhaltigkeitsdiskurs das Bedürfnis vieler 'umwelt' - und 'entwicklungspolitisch' engagierter Menschen nach 'realpolitischem' Handeln: Es muß etwas geschehen, egal was! In diese Situation wirkt das Versprechen von Studien wie der vorliegenden, die Absicherung bestehender innergesellschaftlicher wie auch globaler Herrschaftsverhältnisse mit weitgehenden ökosozialen Reformen unter einen Hut bringen zu können, nicht zuletzt auch als Instrument zur Befriedigung sozialer Konflikte.

Die Studie kann daher auch nicht isoliert vom gesamten Nachhaltigkeitsdiskurs gelesen werden. Sie ist Teil eines Herrschaftsdiskurses, an dem z.B. auch Weltkonzerne teilnehmen, die in der Öffentlichkeit nicht unbedingt für öko-soziale Sensibilität stehen. Zu Stefan SCHMIDHEINYs "Business council for sustainable development" (BCSD) gehören z.B. Firmen wie Schell, Höchst oder der für die Katastrophe in Bhopal verantwortliche Konzern Dow Chemical; die "Charta für eine langfristig tragfähige Entwicklung" der Internationalen Handelskammer (ICC) hat nicht zuletzt auch die BASF unterzeichnet, von deren Verantwortungsbewußtsein wir uns ja bereits während des Verfassens dieser Stellungnahme 'nachhaltig' überzeugen konnten. Wer sich in einem solchen Diskurs bewegt, darf selbstverständlich z.B. auch die Autoindustrie, deren größten Konzerne ebenfalls zumeist im BCSD oder in der Charta des ICC repräsentiert sind, nicht angreifen, was die oben angesprochene mangelnde Konsequenz in den verkehrspolitischen Forderungen des WI zu einem guten Teil erklären mag. Wir hegen irdendwie doch gewisse Zweifel daran, daß die öko-sozialen Probleme mit solch sauberen 'Bündnispartnern' zu lösen sind.

Eine weitere Differenz betrifft das in der Studie zum Ausdruck kommende Natur- und Gesellschaftsverständnis. Es ist schon erstaunlich, wie selbstverständlich die AutorInnen "Natur" auf den Status einer bloßen Ressource für die Produktion reduzieren und ihr irgendwelche Produktions-, Regelungs- ,und Informations- und ästhetische Eigenschaften (10) andichten - letztere wohl zur Gewissensberuhigung beim auftraggebenden Umweltverband. Für uns hingegen ist Natur weder eine Ressource noch Anlaß zu romantischer Schwärmerei: sie ist vielmehr ein von Menschen erfundener und mit historisch wechselnden Bedeutungen besetzter Begriff, der von Beginn an zur Legitimierung von Herrschaft diente. Zur "Natur" gehörten in der 'Wiege der Demokratie', dem antiken Griechenland, noch die SklavInnen und Frauen. Nicht durch wissenschaftliche Diskurse, sondern durch soziale Kämpfe und die Widerständigkeit der Betroffenen änderten sich diese Zuordnungen im historischen Verlauf. "Natur" ist in einer Herrschaftsordnung also immer das, was ohne jegliches Recht auf Selbstbestimmung und Integrität vernutzt werden darf, zur "Gesellschaft" gehören hingegen all jene, die gefragt werden müssen, weil sie Macht besitzen. Natur und Gesellschaft sind daher keine gleichrangigen Begriffe, vielmehr ist es so, daß die Gesellschaft - also letztlich die Mächtigen - darüber bestimmen, was aktuell als Natur klassifiziert und in der Folge ausgebeutet werden darf.

Darauf basierend ergibt sich für uns nun auch ein anderes Verständnis von "gesellschaftlicher Entwicklung". Die Studie legt, wie bereits erwähnt, einen machbarkeitswahn an den Tag, gegen den seinerzeit wohl jeder realsozialistische 5-Jahres-Plan verblasst wäre."Gesellschaft" wird als Feld politischer Regulierung verstanden, als eine Art hochkomplexer, kybernetischer Mechanismus, den nur noch Experten steuern können. Auch die Gesellschaft wird somit letztlich zum Objekt der Beherrschung, die Grenzen zum Naturbegriff beginnen zu verschwimmen; FOUCAULT nannte das "Bio-Politik". Für uns ist das soziale Zusammenleben von Menschen demgegenüber kein Gegenstand von Regulierung und Quantifizierung, wir brauchen keine "Wohlstandsindikatoren" um zu erfahren, wie gut es uns denn gegenwärtig zu gehen hat.

Einiges von dem, was die AutorInnen der Studie zur Aufwertung von Lokalität und Subsistenzwirtschaft sagen, geht in die Richtung unserer Suche nach Perspektiven eines herrschaftsfreien Zu-

sammenlebens. Die herrschaftskritische Dimension von Lokalität und Subsistenzwirtschaft ist mit gesellschaftlichr Regulierung und Naturvernutzung wie sie in der Studie propagiert wird, unvereinbar, "dissident" (v.WERLHOF). Das WI instrumentalisiert Subsistenzproduktionen als Notstopfen für all jene gesellschaftlich notwendigen Arbeitsfelder, hinsichtlich der in den letzten Jahren die Rede vom gleichzeitigen "Staats-" und "Marktversagen" die Runde macht. Auch die in der Studie angesprochene "Regeneration der Orte" und des städtischen wie auch des ländlichen Nahraums gilt den AutorInnen nicht als Perspektive für ein künftiges dezentralisiertes, herrschaftsfreies Zusammenleben, vielmehr soll die *Effektivitiät* dieses 'lebensweltlichen' Nahraums für die Kapitalverwertung erhöht werden; das Einhergehen von Profitinteressen und ökosozialen Reformen sei dabei *"eine glückliche Fügung"* (141), welche zur realpolitischen Übereinstimmung zwischen sozialen Bewegungen und Herrschenden genutzt werden könne.

Da wir doch alle im gleichen Boot, bzw. 'Raumschiff Erde' sitzten, fällt sogar noch ein Happen für die systemkritischen Strömungen ab: *"Der Expansionsdrang der heutigen Wirtschat und ihm gegenüber das Prinzip natürlicher Zyklen, denen grenzenloses Wachstum fremd ist, sind langfristig ebenso wenig vereinbar wie ökonomischer Globalismus und kulturelle wie ökologische Vielfalt"* (141). 'Wir' modernisieren also kurz- und mittelfristig alle gemeinsam die kapitalistische Weltwirtschaft, vertiefen dabei ihre patriarchalen Herrschaftsstrukturen innergesellschaftlich wie auch zwischen Nord und Süd - dies aber selbstredend nur, weil wir sie *langfristig* abschaffen wollen. *"In the long run we are all dead"* - dieser Satz des Ökonomen KEYNES, mit dessen Ansichten wir ansonsten wenig gemein haben, mag als bündige Antwort auf derlei Metaphysik ausreichen.

Den Widersprüchen und Unvereinbarkeiten zwischen kapitalistischem Verwertungsprozeß und patriarchaler Herrschaftssicherung einerseits, der Perspektive eines sozial gerechten und einer ökologisch verträglichen Lebens- und Produktionsweise andererseits, müssen wir uns hier und jetzt stellen! Dabei entstehen dann allerdings weder Studien wie die vorliegende, noch herrschaftskritisch-'kämpferische' Pamphlete: erstere deshalb nicht, weil Herrschaftssicherung mit der Achtung des Lebendigen und der Menschenwürde unvereinbar ist und letztere nicht, weil wir uns im Gegensatz zu den NachhaltigkeitstheoretikerInnen wenigstens über die vielfältigen Formen der *eigenen* Verstrickung in die bestehenden Herrschafts- und Gewaltverhältnisse (Sexismus, Rassismus, Nationalismus, Diskriminierung von Minderheiten etc.) Klarheit zu verschaffen suchen und diese Reflektion als Voraussetzung zur eigenen wie auch gesellschaftlichen Veränderung begreifen. Wer in diesem Sinne von der eigenen Lebensform und von sich selbst ausgeht, vollzieht dabei einen Sichtwechsel, der aus internationalistischer Perspektive z.B. in eine Fundamentalkritik von Entwicklungdenken und -hilfe i.S. Gustavo ESTEVAs führt. Den 'Norden' nicht zum nachhaltig-kapitalistischen high-tech-Paradies ausbauen, sondern ihn "gastlicher" (ESTEVA) gestalten; dem 'Süden' keine fragwürdige 'Hilfe' zur "nachholenden Entwicklung" (MIES) geben, sondern sich soweit raushalten, daß dort wieder eigenständige kulturelle Ansätze verfolgt werden können und nur da ein Stück Wiedergutmachung für jahrhundertelange Ausbeutung leisten, wo dies von den dort lebenden Menschen selbst gewünscht wird - das wären nur einige jener Handlungsansätze, die sich erst aus einem solchen Sichtwechsel ergeben. Von der Erkenntnis auszugehen, daß kulturübergreifend jede historisch bekannte Form von Herrschaft auf der systematischen Diskriminierung von Frauen beruht und den Blick dabei auch auf unsere eigenen Geschlechtsrollenidentität(en) zu richten, kann uns zu weiteren Handlungsperspektiven hinführen, etwa im Hinblick auf die Kritik von Gen-, Reproduktions- und Biotechnologien, zu denen sich das WI sehr uneindeutig verhält, bzw. deren immense strategische Bedeutung für die künftige Entwicklung des Weltsystems es nicht analysiert. Wir diskutieren diese und andere - etwa rassismuskritische - Fragen im Moment unter dem Oberbegriff "Patriarchale Dominanzkultur" (ROMMELSPACHER). Zur Beendigung der so bezeichneten Dominanz wäre vielleicht gerade dies ein erster Schritt: Daß der "weiße Mann" (MIES) und seine Mittäterinnen (THÜRMER-ROHR) endlich ihren eigenen Machbarkeitswahn kritisch hinterfragen und ganz einfach *innehalten*, anstatt die Welt mit immer neuen Konzepten a'la "Nachhaltigkeit" zu beglücken.



Foto: Wolfgang Müller

Dem SF liegt eine Chronik seit dem Juni 1994 vor, die vom Umfang her inzwischen ein Buch füllen würde. Dies steht im völligen Gegensatz zu der Tatsache, daß in der öffentlichen Diskussion das Thema Flüchtlinge häufig wieder verschwiegen wird oder über die Ausführung der Abschiebepraxis nur noch selten oder in kleinen Gruppen geredet wird. Die Chronik wurde vom ***Infoladen Leipzig*** *erarbeitet, wir veröffentlichen sie lediglich ab August 1995 und mußten aus Platzgründen selbst diese kurze Zeitspanne noch kürzen.*

Ein Vierteljahr Deutschland

Flüchtlinge, Asylbewerber, die deutsche Abschiebepraxis, die Wende in der "Kurdenpolitik" und der Widerstand dagegen. Eine auszugsweise Chronik seit August 1995

1.8.95

Flüchtlinge aus Afghanistan treiben auf vier Rettungsinseln in der Ostsee, 17 Seemeilen nördlich von Rügen, und werden von einer dänischen Fähre an Bord genommen.

Das Brandenburger Innenministerium lehnt ein gesondertes Bleiberecht für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten ab.

Über 20.000 KurdInnen beteiligen sich in Berlin an einem Trauermarsch für die am 27.7. verstorbene Kurdin Gülnatz Baghistani.

3.8.95

Die Zahl der AsylbewerberInnen ist im Juli auf mehr als 10.000 gestiegen. Vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge wurden im Juli laut Ministerium von ca. 14.100 Asylanträgen 10% als asylberechtigt eingestuft.

Beckstein, Innenminister von Bayern, droht dem Pfarrer Siegfried Fleiner von der Augsburger Pfarrgemeinde zum Guten Hirten, in der der türkischen Familie Agküg Kirchenasyl gewährt wird, mit der Polizei. Bei der Familie wurde ein Grundsatzurteil des Bundesverwaltungsgerichts ignoriert, nach dem syrisch-orthodoxen Christen aus der Türkei, die einer "Gruppenverfolgung" ausgesetzt sind, ein Bleiberecht "zubilligt". Beckstein lehnt das Angebot der katholischen Pfarrei "Zum Guten Hirten", auf Dauer sämtliche Kosten für die Unterbringung, Krankenversicherung u.ä. für die dort in Kirchenasyl lebende Familie Akgüc zu übernehmen, ab. In seiner Begründung heißt es u. a., daß nach der Ablehnung seines Kontingentvorschlages durch Katholische Kirche dieser Frage nicht mehr nachgegangen werden muß.

Der innenpolitische Sprecher der CSU, Wolfgang Zeitlmann, fordert, daß das Demonstrationsrecht für AusländerInnen eingeschränkt wird.

Beckstein spricht sich für Abschiebungen von KurdInnen und für das Verbot weiterer kurdischer Organisationen aus, da nach seiner Ansicht die PKK die meisten politisch motivierten Straftaten verübe.

4.8.95

Die elfköpfige palästinensische Familie Kafafi findet in der Markusgemeinde (Leipzig) Kirchenasyl. Die bis dahin in verschiedenen AsylbewerberInnenheimen Sachsens untergebrachte Familie sollte nach Tunesien abgeschoben werden bzw. in Abschiebehaft genommen.

Neun Flüchtlinge aus dem Sudan treten auf dem Frankfurter Flughafen in Hungerstreik und wollen damit ihre Zurückweisung in den Sudan verhindern, weil ihnen dort Verfolgung und Folter drohen.

5.8.95

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion Joachim Hörster (CDU) fordert die Abschiebung von KurdInnen schon dann, wenn sie sich durch Zeigen von Fahnen etc. zur PKK bekennen. Er hält es für möglich, ein Abkommen mit der türkischen Regierung zu schließen, wonach diese Menschen hier verurteilt werden und sie ihre Strafe in türkischen Gefängnissen verbüßen. Außerdem spricht er sich gegen eine weitere Einreise von Flüchtlingen aus Bosnien aus.

Der Bundeskanzler kündigt an, eine "gerechtere Verteilung von Flüchtlingen innerhalb Europas" bei der nächsten EU-Konferenz zum Thema zu machen.

6.8.95

Die *Bild am Sonntag* will einen "amtlich geheimgehaltenen gemeinsamen Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes" vorliegen haben, aus dem hervorgeht, daß die PKK von PolitikerInnen der PDS, z.B. den PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Steffen Tippach sowie dem Mitglied des Bonner Abgeordnetenhauses Marion Seelig, unterstützt wird.

Die Gewerkschaft der Polizei will, daß sich Bundesinnenminister Kanther bei seinen EU- Amtskollegen stark macht, um diese "zur besseren Durchsetzung des Schengener Abkommens" zu drängen.

7.8.95

Pro Asyl und der Niedersächsische Flüchtlingsrat gehen mit dem Entwurf des Bundesgesundheitsministers für ein neues "Ausländerleistungsgesetz", das das "Asylbewerberleistungsgessetz" ersetzen soll, ins Gericht. Durch dieses Gesetz werden Flüchtlinge noch weiter stigmatisiert und gedemütigt.

9.8.95

Ein 17jähriger Togolese, der schon 6 Monate in Abschiebehaft in der JVA in Hameln sitzt, soll nach Ansicht des Amtsgerichtes in Goslar weitere 12 Monate im Gefängnis bleiben. Das Gericht glaubt, daß der Jugendliche seine "wahre" Staatsangehörigkeit verschweigt.

Das Hungerstreikkomitee (Berlin) teilt mit, daß von derzeit noch 170 hungerstreikenden Menschen etwa 50 seit dem ersten Tag hungern und diese sehr geschwächt sind. Einige Menschen mußten schon in Krankenhäusern behandelt werden.

August Lang, früherer bayrischer Justizminister, kritisiert die gegenwärtige Asylpraxis als "unmenschlich".

Ein Arzt stellt bei einem der neun hungerstreikenden Sudanesen "erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen" fest. Er sagt, wenn sie weiterhin nur einen halben Liter Flüssigkeit täglich zu sich nehmen, kommen sie bald in einen lebensbedrohlichen Zustand.

Ein Runderlaß der brandenburgischen Sozialministerin Regine Hildebrandt sieht bei Flüchtlingen "anteilige Kürzungen" vor, wenn der erste Einkauf nach dem 10. des laufenden Monats erfolgt.

10.8.95

Deutschland und Vietnam einigen sich in Hanoi über Zusammenarbeit bei der "Verbrechensbekämpfung".

Der Justizsprecher Rüdiger Reiff (Berlin) verteidigt die Entscheidung der Staatsanwaltschaft, keine Obduktion von der Kurdin Gülnatz Baghistani vorzunehmen. Diskussionen darüber entstanden, nachdem die FAZ in einem Artikel den OrganisatorInnen des Hungerstreiks eine Mitschuld, zumindest durch "unterlassene Hilfeleistung", gab. (siehe 27.7., 9.8.95)

11.8.95

Zwei Hundertschaften Polizei belagern das Kurdische Kulturzentrum in Berlin-Kreuzberg und greifen es gegen 18.00 Uhr an. Grund ist ein Gitter, mit dem sich die KurdInnen vor Angriffen schützen wollen. Nach kurzen Auseinandersetzungen entfernen die Beamten das Tor.

14.8.95

Das hessische Verwaltungsgericht in Kassel stellt eine Gruppenverfolgung für syrisch-orthodoxe Christen im Südosten der Türkei fest. Deshalb werden drei Männer als asylberechtigt anerkannt.

Dem Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer werden 900.000 DM aus dem Bundesfamilienhaushalt zur Verfügung gestellt. Das Zentrum muß aber schon seit 1994 mit einem vom Bundestag um 10% gekürzten Haushalt auskommen und mit "spürbaren Einschnitten in der Förderung durch die öffentliche Hand" rechnen. Vergangenes Jahr wurden dort 201 seelisch geschädigte, gefolterte und mißhandelte Menschen aus 31 Länder versorgt.

Ein 24jähriger, der als mutmaßlicher Rädelsführer der Auseinandersetzungen um das Kurdische Kulturzentrum angesehen wird, wird bei einer Kundgebung in Wilmsdorf festgenommen.

15.8.95

In Berlin geht der Hungerstreik von KurdInnen nach 27 Tagen zu Ende. Sie sehen ihre Ziele im wesentlichen als erfüllt an und betonen, daß sie ihn aus politischen, nicht aus medizinischen Gründen abgebrochen haben.

Die Sudanesen, die seit mehr als einer Woche auf dem Frankfurter Flughafen hungerstreiken, werden nicht wie geplant abgeschoben. Sie sind aus gesundheitlichen Gründen nicht "reisefähig".

Das brandenburgische Oberlandesgericht stellt klar, daß die Anordnung von Abschiebehaft nach mangelnder Klärung des Sachverhalts "mit pauschalen, formelhaften Begründungen" unzulässig und rechtswidrig ist. Anlaß für das Verfahren ist ein seit 28.4.95 in Eisenhüttenstadt einsitzender Libanese, dessen Abschiebehaft verlängert wurde, obwohl er sich der Ausreise nicht entziehen wollte.

Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) kündigt in München die Abschiebung, von dem algerischen Flüchtling Boualem Rebai, für den 20.9.95 an. Er kritisiert die von ai ausgerufene Internationale Eilaktion, zur Rettung von Rebai. Er könnte nach seiner Rückkehr nach Algerien Opfer von Sicherheitsbehörden werden, da schon sein Bruder von Sicherheitskräften 1993 entführt und ermordet wurde. Beckstein meint das soviel Engagement für eine "Straftäter", Rebai wurde 1994 wegen schwere Brandstiftung zu 1 Jahr und sieben Monate verurteilt, nicht nötig sei.

Christa Nickels, Vorsitzende des Bundestags-Petitionsausschusses fordert die Wiedereinführung des sog. Clearing-Verfahrens für unbegleitete Flüchtlingskinder. Dieses Verfahren nach dem diese Kinder erst vom Jugendamt in Obhut genommen werden und dann nach einer Erholungspause ihren Asylantrag stellen, wurde 1994 abgeschafft.

Pro Asyl und das Bremer "Anti- Rassismus-Büro" bezeichnet das vorgehen der Bremer Staatsanwaltschaft, jungen Asylsuchenden allein auf Grundlage von Röntgengutachten (Altersbestimmung) den Prozeß zu machen, als "skandalös und rechtswidrig"

Ein 43jähriger Ägypter wird abgeschoben. Aufgrund seiner Vorwürfe gegen Polizeibeamte der Ostertorwache (Berlin) ihn, am 20. Juli 95, schwer mißhandelt zu haben, läuft ein Ermittlungsverfahren gegen die Beamten. Da der Hauptzeuge nun abgeschoben wurde, dürfte eine gerichtliche Aufklärung vereitelt sein. Das Anti-Rassismus-Büro in Bremen wirft Oberstaatsanwalt Frischmuth vor, die Verhinderung der Abschiebung nicht einmal versucht zu haben.

16.8.95

Der 29jährige Nigerianer, Louis I. erhängt sich in der Justizvollzugsanstalt in Wolfenbüttel. Er war vom Amtsgericht Hannover-Münden zu zwei Monaten Abschiebehaft verurteilt wurden.

Der Verein "Solidarische Hilfe" erstattet Anzeige gegen unbekannte Bremer Bedienstete wegen unterlassener Hilfeleistung, fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung, weil

die Bremer Behörde die Kostenübernahme zur Behandlung von Celan Akan, Flüchtling aus Türkisch- Kurdistan, bei dem 1994 Leberzirrhose festgestellt verweigerte. Er ist im Juni dieses Jahres an dieser Krankheit gestorben.

17.8.95

Die hessische Polizei darf wieder Menschen, die verdächtigt werden, mit Rauschgift zu handeln und dieses verschluckt zu haben, zwangsweise Brechmittel verabreichen. Diese Maßnahmen richtet sich ausschließlich gegen Menschen die mutmaßlich mit der gefährlichen Droge Crack dealen und dies sind nach Auskunft der Generalstaatsanwaltschaft "hauptsächlich Schwarzafrikaner, aber auch Amerikaner und Deutsche". In den letzten drei Jahren mußten 400 Menschen Brechmittel schlucken. Das Bremer "Anti-Rassismus-Büro" macht darauf aufmerksam das ausschließlich Schwarzafrikaner davon betroffen waren.

Mit einem Freispruch für einen Flüchtling, dem von der Staatsanwaltschaft Bremen vorgeworfen wurde, er wolle sich mit einer falschen Altersangabe einen "rechtswidrigen Vermögensvorteil" verschaffen, endet der Prozeß. Der Richter bezeichnete das "Gutachten" (Röntgen der Handwurzelknochen) nachdem der Betroffene 18 Jahre ist, vergleichbar dem "Lesen im Kaffeesatz". Trotz dieser Abfuhr will der leitende Oberstaatsanwalt an dieser Methode festhalten.

18.8.95

Claudia Roth, Vorsitzende der Grünen im europäischen Parlament, fordert offene Grenzen für alle Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und wandte sich damit gegen Überlegungen der EU-Innen- und Justizminister, Quoten für die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen zu vereinbaren.

20.8.95

Ein französischer Grenzposten erschießt bei Nizza ein Kind. Es gehört zu den etwa 40 Flüchtlingen aus Ex- Jugoslawien die "illegal" einreisen wollen.

22.8.95

Der Gesundheitszustand der auf dem Frankfurter Flughafen hungerstreikenden Sudanesen verschlechtert sich weiter. Bis Donnerstag ist ihre Abschiebung durch das Bundesverfassungsgericht ausgesetzt.

Der Berliner Senat beschließt eine gesetzliche Grundlage für den Vollzug der Abschiebehaft. Mit diesem Gesetzentwurf, der schnellstmöglich beraten und verabschiedet werden soll, zieht der Senat die Konsequenz aus dem Beschluß des Verwaltungsgerichts Greifswald. Die Vorschriften des Strafvollzugsgesetzes finden hierbei ihre Anwendung.

23.8.95

Uta Fölser, Sprecherin der Berliner Justizbehörden bestätigt, daß die die Anträge der Asylbewerber auf Einreiseerlaubnis abgelehnt.

Der Münchner OB Christian Ude wirft der Polizei mangelnde Sensibilität im Umgang mit Homosexuellen vor. Grund sind die Eintragungen "Homo-Strich" oder "Homo- Szene" in die Pässe von polnischen und rumänischen Staatsangehörigen bei Kontrollen im Gärtnerplatzviertel. Er nannte dies "den schlimmsten Fall von Diskriminierung der letzten Jahre". Polizeipräsident Jens Viering sagt vor dem Polizeipräsidium, daß dies eindeutig der Rechts- und Vorschriftenlage widerspricht, aber ein Vergleich mit der Homosexuellenverfolgung im Dritten Reich abwegig ist.



Alle Fotos: R. Maro/ Version

In Berlin soll dieses Jahr noch mit der Abschiebung "vietnamesischer Straftäter" begonnen werden. Der Innensenator Heckelmann erklärte, daß damit dem "illegalen" Zigarettenhandel ein "entscheidender Schlag" versetzt wird

Der Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Berlin, Volker Hassemer (CDU), will den Standort für Wohnwagenreisende in Dreilinden, auf dem 30 Sinti und Roma leben, Ende Oktober schließen. Wenn bis Oktober kein Ausweichquartier gefunden wird, wird es für die Familien aus Berlin kritisch, da sie dann

Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet hat, weil seit letzter Woche ein dringender Anfangsverdacht auf Fremdverschulden am Tod von Frau Baghistani besteht. "Auch in Hinblick auf den Veranstalter" des Hungerstreiks wird derzeit eine "strafrechtliche Verantwortung" geprüft.

24.8.95

Das Verwaltungsgericht in Braunschweig entscheidet in zwei Grundsatzurteilen, daß armenische Christen aus der Türkei in Deutschland Asyl bekommen müssen. Es kommt zu dem Schluß das ihnen in der Türkei mit großer Wahrscheinlichkeit eine politische Verfolgung droht.

Das Bundesverfassungsgericht stoppt die Abschiebung von den sieben Sudanesen, die schon seit Wochen auf dem Frankfurter Flughafen leben und abgeschoben werden sollen. Das Verwaltungsgericht in Frankfurt hat

nicht wissen wo sie den Winter bleiben können

Die Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg-Havel stimmt dem Bau einer offenen JVA in der Stadt zu. Da sich Brandenburgs Bürger mit dem Gedanken an einen offenen Vollzug in ihrer Stadt nicht anfreunden konnten, kam dem Potsdamer Innenministerium eine großartige Idee: Innensekretär Werner Müller von Minister Alwin Ziel mit den Verhandlungen über die JVA beauftragt bot den Brandenburgern als Gegenleistung die Abschiebung von 400 Flüchtlingen an. Durch eine Indiskretion kam dieses Geschäft nicht zustande und der Flüchtlingsrat des Landes erfuhr davon. Er beschwerte sich in einem offenen Brief bei Inneminister Alwin Ziel.

Der Hauptgeschäftsführer von Gesamttextil, Klaus Schmitt, sagt das der Gesamtverband der Textilindustrie sich vom Entsendegesetz distanzieren wird.

25.8.95

Zwei junge Tamilen sollten heute abgeschoben werden. Sind aber in Erwartung dessen untergetaucht und bei UnterstützerInnen untergekommen.

Ein Großaufgebot der Polizei umstellt und durchsucht das AsylbewerberInnenheim in Burg, gesucht werden drei Täter die einen Vietnamesen mittels Schußwaffe am Oberschenkel verletzt haben sollen. Mehrere Flüchtlinge werden wegen "verschiedener Delikte" vorläufig festgenommen.

28.8.95

Herta Däubler-Gmelin (SPD) besucht die auf dem Frankfurter Flughafen eingesperrten Sudanesen, die am Wochenende ihren dreiwöchigen Hungerstreik abgebrochen hatten, und andere hier inhaftierten AsylbewerberInnen. Zu abschließenden Pressekonferenz wiederholt sie ihre Forderungen. Die Fristen für die Prüfung der Asylanträge am Flughafen sind zu kurz, die Abschiebehaft und ihre Bedingungen unmenschlich, die Drittstaatenregelung überarbeitet und Bürgerkriegsflüchtlinge begrenztes Aufenthaltsrecht gewährt werden. "Aber, schreibt sie ihre Position fest," es können nicht alle bleiben".

29.8.95

Zum Abschluß des Poetenfestes in Erlangen unterzeichnen Autoren aus Deutschland, Österreich und Frankreich eine Resolution gegen die Abschiebung von Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien, diese wird an Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) weitergeleitet.

Der Präsident der Berliner Ärztekammer, Ellis Huber, fordert eine von der Polizei unabhängige medizinische und psychologische Betreuung von Abschiebehäftlingen. Nur so können die Flüchtlinge eine zufriedenstellende medizinische Versorgung erhalten, derzeit entscheiden Polizei-Sanitäter, ob bei gesundheitlichen Beschwerden der Menschen ein Arzt gerufen wird und sind damit häufig überfordert.

Bei der Vorstellung des BGS-Jahresberichtes 1994 sagt Bundesinnenminister Manfred Kanther, daß die erkannten "illegalen" Einreisen von fast 54.300 (1993) auf ca 31.000 im vergangenen Jahr zurückgegangen sind und daß an den deutschen Ostgrenzen mit 31.000 aufgegriffenen "illegal" eingereisten Ausländern eine "besondere sicherheitspolitische Herausforderung" der Grenzsicherung deutlich wird.

Die "Initiative gegen Abschiebehaft", Vertreterinnen der Ärztekammer und von ai prangern die menschenunwürdigen Zustände im Polizeigewahrsam an. Sie berichten von Mißhandlungen durch Wachpersonal und unzureichender bis fahrlässiger medizinischen Betreuung.

Spitzenvertreter der Handwerkskammer und der Wirtschaftslenker von Frankfurt/Oder, Peter Edelstein (SPD) verkünden eine Einigung im sogenannten "deutsch-polnische Brötchenstreit". Er versprach, die Stadt wird einheimischen HandwerkerInnen günstige Gewerbebedingungen garantieren und sie bei neuen Projekten bevorzugt zu berücksichtigen.

30.8.95

Drei armenische Flüchtlinge, die vor einer Woche von Niedersachsen nach Polen abgeschoben wurden, sind von dort offensichtlich ohne Asylverfahren nach Weißrußland weitergeschoben wurden. Sie meldeten sich zwei Tage nachdem sie in Polen abgeliefert wurden telefonisch aus Brest. Bei einer Vernehmung in Polen wurden sie gefragt, warum sie in Polen eingereist sind. Darauhin antworteten sie, daß sie einen Asylantrag stellen wollen und ihnen ist entgegnet wurden: "Wir machen hier kein Asyl".

Die Gemeinde Nordholz im Landkreis Cuxhaven droht den BewohnerInnen des Flüchtlingsheimes "Rotbuche", für heute, mit einem Polizeieinsatz, weil sie "widerrechtlich und gewaltsam" (Nordholzer Sozialamt) drei leerstehende Zimmer besetzt haben.

Die CSU-Fraktion im bayerischen Landtag fordert eine weitere Verschärfung des Demonstrationsstraf- und Ausländerrechts in Deutschland.

Von den 89 Ermittlungsverfahren gegen Berliner Polizeibeamte wegen Körperverletzung im Amt, vorallem gegen VietnamesInnen sind bereits 50 eingestellt wurden. Innensekretär Kuno Böse sagt "daß die Verdachtsmomente für eine Anklageerhebung nicht ausreichen".

Nach neun Jahren soll die iranische Familie Assadi nun doch abgeschoben werden. Ihr Asylantrag wurde vor sechs Monaten abgelehnt. Die letzte Hoffnung ist, daß Münchens OB Christian Ude beim KVR um Akten-

einsicht gebeten hat und so lange das geprüft wird können sie noch in München bleiben.

31.8.95

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin verwirft die asylbejahende Argumentation des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg und verweist fünf Klagen an die Vorinstanz zurück. Dadurch ist der grundsätzliche Asylanspruch von syrisch-orthodoxen Christen aus der Türkei wieder fraglich. In der Begründung heißt es, daß es für einen Asylanspruch nicht ausreicht, daß sie in westtürkischen Großstädten nicht durch ihre Kirche betreut werden können. Sondern nur eine tatsächliche Behinderung der Religionsausübung gelte als Verfolgung..

Am Morgen holt die Polizei im Auftrag der Ausländerbehörde des Landkreises Hildesheim Mehmet Kanisirin aus seiner Wohnung und 3 Söhne sowie eine Tochter aus der Schule ab und bringt sie zum Flughafen nach Hannover. Von dort soll die kurdische Familie in die Türkei abgeschoben werden. Da die Ehefrau und ein fünftes Kind nicht angetroffen werden, entscheidet sich die Polizei zu einer getrennten Abschiebung. In letzter Minute verhindert die Landesregierung auf Druck des Niedersächsischen Flüchtlingsrats die Abschiebung. Die Familie verfügte über eine Art befristeten Aufenthaltserlaubnis (Grenzübertrittsberechtigung) bis zum 1.10.95. Das Bundesamt lehnte den Asylantrag der Familie, die als Aleviten und Kurden doppelter Diskriminierung unterliegen und deren Dorf 1977 von türkischen Faschisten überfallen und zerstört wurde, bereits im Jahre 1991 ab. Entgegen einer Weisung des Landesinnenministeriums hält die Ausländerbehörde weiterhin an der Abschiebung fest und verschickt in den folgenden Tagen mehrere schriftliche Abschiebeandrohungen.

Anfang September

Im Juni 1995 verfügte die Bundesanstalt für Arbeit die Nichtförderung jugendlicher BosnierInnen. Mittlerweile wandelte das Berliner Landesarbeitsamt diese Verfügung de facto in ein Ausbildungsverbot für alle Jugendlichen mit befristetem Aufenthalt um. Gegen zwei weitere neue Regelungen protestiert der Berliner Flüchtlingsrat: MitarbeiterInnen des DRK, des Diakonischen Werkes und der Arbeiterwohlfahrt sollen nicht mehr die Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge übernehmen, sondern JugendamtsmitarbeiterInnen. Außerdem geschieht die Altersfeststellung von jugendlichen Flüchtlingen zwar nicht mehr per Zwangsröntgen der Handwurzelknochen, nun jedoch per Augenschein.

4.9.95

Eine Sprecherin des Innenministeriums in Mainz gibt bekannt, daß in Rheinland-Pfalz kroatische Flüchtlinge erst ab Oktober abgeschoben werden sollen. Sie widerspricht dem Bundesinnenministerium wonach zwischen Bund und Ländern Einvernehmen über eine Rückführung ab dem heutigen Montag bestehe.



1.9.95

Für ausländische Hotelgäste gilt ab heute eine Ausweispflicht. Bayerns Innenminister Günther Beckstein weist darauf hin, daß eine solche Ausweispflicht schon in anderen europäischen Ländern praktiziert wird. Die Änderung des Meldegesetzes geht auf das Schegener Abkommen zurück.

3.9.95

Das Bundesministerium kündigt an, daß am Montag mit der Rückführung kroatischer Flüchtlinge begonnen wird. Das deutsch-kroatische Rücknahmeabkommen betrifft 40.000 Menschen, die überwiegend aus der Krajina kommen.

Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden teilt mit, daß die Sozialhilfeausgaben auf insgesamt 49,6 Mrd Mark gestiegen sind. Das sind 1,3% mehr. Der geringe Anstieg ist darauf zurückzuführen, daß Leistungen für AsylbewerberInnen zum ersten mal nicht in der Sozialhilfestatistik auftauchen, sonst ergebe sich eine Steigerung von 12%, so Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU).

Das Bundesverwaltungsgericht Berlin hebt Urteile des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs (VGH) auf, wonach Tamilen aus Sri Lanka grundsätzlich Asylanspruch hatten. In der Begründung heißt es, daß es selbst nach Feststellung des VGH "viele

Anhaltspunkte" dafür gibt, daß Tamilen gefahrlos nach Sri Lanka zurückkehren können.

6.9.95

Zu einem ehemals besetzten Haus in der Berliner Kreutziger Straße (Friedrichshain) verschafft sich ein Sondereinsatzkommando (SEK) der Polizei gewaltsam Zutritt, um eine einzelne Wohnung zu durchsuchen. Gesucht wird ein Transparent mit der Aufschrift "Stoppt den Völkermord in Kurdistan", das mit einem Symbol der verbotenen kurdischen ERNK versehen war. Gefunden wurde es allerdings nicht, da es sich schon seit März in den Händen der Polizei befindet. Ein Bewohner will eventuell Anzeige erstatten, weil er getreten und geschlagen wird.

Das Bundesinnenministerium teilt mit, daß die Zahl der AsylbewerberInnen im August um 1700 höher lag als im Vormonat. Es wurden im August 9,6% der bearbeiteten Anträge als berechtigt anerkannt.

In Wellnitz (Brandenburg) schießt ein Jäger statt auf ein Wildschwein auf eine Gruppe von armenischen Flüchtlingen, die "illegal" die deutsch-polnische Grenze überschritten haben, und verletzt dabei ein Kind und einen Mann.

8.9.95

Heiko Kaufmann, Sprecher von Pro Asyl warnt vor der Abschiebung der auf dem Frankfurter Flughafen einsitzenden Sudanesen. Nachdem das Auswärtige Amt Kontakt zur Regierung im Sudan aufgenommen hat, um sich versichern zu lassen, daß ihnen keine Verfolgung drohe, sagte er, "Wird während eines laufenden Asylverfahrens Kontakt mit einem Verfolgerstaat aufgenommen, könnte das ganze Asylrecht ausgehebelt werden. Wer foltert, dem kann man nicht glauben."

9.9.95

Die SPD strebt ein Einwanderungsgesetz nach dem kanadischen und schwedischen Vorbild an. Nachdem soll je nach Arbeitskräftebedarf die Zahl von Einwanderern festgelegt werden. Das Asylrecht soll davon unberührt bleiben, aber jeder Mensch muß sich entscheiden, ob er/sie Asyl oder die Einwanderung beantragt.

Ein Greifswalter Gericht prangert die rechtlosen Zustände in der Berliner Abschiebehaft an. Es greift den Berliner Innensenator Dieter Heckelmann an. In Berlin ist nicht die Justizverwaltung für die "Aufbewahrung von Abschüblingen" verantwortlich, sondern die Polizei. Die Flüchtlinge werden in Berlin ohne jegliche rechtliche Grundlage festgehalten.

10.9.95

Bei einem Trauermarsch für den von türkischen Faschisten ermordeten 28jährigen Kurden Seyfettin Kalan, an dem 8000 Menschen teilnahmen, schritt die Polizei auch nicht ein, als PKK-Fahnen sichtbar wurden. Ein Polizeisprecher kündigt jedoch an, daß die TrägerInnen nachträglich juristisch belangt werden, und sie aus diesem Grund fotografiert werden.

11.9.95

Professor Helmut Klein, Dekan an der Medizinischen Fakultät der Magdeburger Universität, weist alle Vorwürfe von Rassismus und Antisemitismus zurück und spricht von einem "unglücklichen Zufall". Eine 25-jährige Frau jüdischen Glaubens sollte bei einer Ultraschalluntersuchung vor ihrer Entbindung, einen Fragebogen über die "Erfassung angeborener Defekte und Anomalien von Neugeborenen" ausfüllen. Als sie sich weigerte den Abschnitt "Rassezugehörigkeit" auszufüllen, wurde der Fragebogen von Ärzten mit der Eintragung "jüdisch" vervollständigt. Da nach einer Intervention des Datenschutzbeauftragten des Landes, Rainer Kalk, seit Anfang 95 das Wort "Rasse" durch "ethnische Zugehörigkeit" ersetzt wurde, spricht Klein von einem "unverzeihlichen" Fehler, daß hier ein alter Fragebogen verwendet wurde.

Vor dem Landgericht Kassel werden weitere Prozesse gegen Häftlinge, die an der Knastrevolte, vom 24.Juli. 94, beteiligt waren eröffnet. Die überwiegend von algerischen Flüchtlingen ausging.

Der Oberverwaltungsgerichtshof (OVG) Berlin hebt einen Beschluß des Verwaltungsgerichtes auf, nachdem ein Flüchtling aus Ex-Jugoslawien, der zur Zeit nicht abgeschoben werden kann, einen Anspruch auf Duldung hat. Das OVG entscheidet, daß ein Anspruch auf Duldung dann nicht besteht, wenn der Flüchtling nicht abgeschoben werden kann, aber freiwillig zurückkehren könnte.

12.9.95

4 der 7 (unter Bewachung von 15 BGS-BeamtInnen in einem eigens von Kanther georderten Charterflugzeug) heute abgeschobenen Sudanesen sind nicht bei ihren Familien angekommen. Der Flughafensozialdienst FfM, der sich zu diesem Zeitpunkt in Khartum aufhält, vermutet, daß sie entweder verhaftet wurden oder untergetaucht sind. Allen 7 wurden bei der Ankunft auf dem Flughafen die Pässe abgenommen. Das Auswärtige Amt bestätigt 3 Tage später, noch keinen Kontakt zu den 7 Sudanesen gehabt zu haben. Kanther begnügte sich mit der Zusage des Verfolgerstaates, daß den Abgeschobenen nichts passieren wird. Sudan traut sich nicht, ihnen etwas zu tun, weil sie in der Öffentlichkeit waren - so die verquere Logik von Kanther. Der Sprecher der evangelischen Landeskirche Hessen-Nassau, Joachim Schmidt, widerspricht der unverschämten Lüge des

Innenministers Kanther, es habe kein aufnahmebereites Drittland gegeben. Es lag eine mündliche Zusage aus Eritrea vor, die wegen des dortigen Neujahrsfestes nicht schriftlich bestätigt werden konnte. Deshalb hatte die Kirche um 48 Stunden Aufschub gebeten, nachdem das Bundesverfassungsgericht nach zwei früheren positiven Entscheidungen die Verfassungsbeschwerde gegen die Abschiebung abgewiesen hatte. Ein erster Abschiebeversuch am gleichen Tag scheitert am Widerstand der Sudanesen. Aus Wut darüber wollte Kanther unbedingt noch am gleichen Tag abschieben lassen und war davon durch nichts abzubringen, so der Staatssekretär Kurt Schelter. Die Abgeschobenen, die sich seit Juli 1995 im Flughafenverfahren in FfM befanden und im August mit einem Hungerstreik auf ihre Lage aufmerksam machten, zeigten den JournalistInnen sowohl Folterspuren aus dem Sudan als auch Verletzungen durch den BGS. (jw 16.9.95, taz 13.9.95, SZ 15.9.95)

Auch am dritten Verhandlungstag im Berufungsprozeß um die Brandstiftung am Dolgenbrodter Flüchtlingsheim im November 92 ist das Landgericht Frankfurt/Oder einer Aufklärung des Sachverhalts nicht näher gekommen.

13.9.95

Der Prozeß gegen zwei der insgesamt zehn beschuldigten Polizisten beginnt vor dem Amtsgericht Bernau. Fünfzehn Vietnamesen haben mittlerweile ausgesagt von ihnen mißhandelt worden zu sein.

Die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Herta Däubler-Gmelin will heute einen Leitantrag vorstellen, indem die SPD von ihrer Forderung nach einem Einwanderungsgesetz Abstand nimmt und ihren Schwerpunkt auf die Integration bereits hier lebender MigrantInnen legen will.

Der Parlamentarische Staatssekretär des Innenministeriums, Eduart Lindner (CSU), kündigt die Aufstockung des BGS-Ost um weitere 500 Beamte an. Sie sollen, ab Ende 96, einen "höheren Schutz" an den Grenzen zu Polen und Tschechien gewährleisten.

Drei Abschiebehäftlinge fliehen aus dem Polizeigewahrsam in der Kruppstraße in Berlin-Tiergarten.

Die Bundesregierung will noch vor Inkrafttretens des "Rücknahmeabkommens" mit Vietnam, das am 21.9. wirksam wird, 200 VietnamesInnen nach Hanoi abschieben.

Der bayerische Innenminister Beckstein präsentiert die Vorstellungen seiner Staatsregierung zur im November 1994 vereinbarten Änderung des Staatsangehörigenrechts: 10 Jahre



Daueraufenthalt in der BRD zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft, 5 Jahre für die mit Deutschen Verheirateten, 8 Jahre Aufenthalt und 6 Jahre Schule für Jugendliche zwischen 16 und 23 Jahren. Vom Rechtsanspruch ausgeschlossen sein sollen Personen, die die deutsche Sprache nicht wie Deutsche "ihres Lebenskreises" beherrschen, auf Sozialhilfe angewiesen oder Mitglieder extremistischer Organisationen sind. (SZ 14.9.95)

14.9.95

Szolt Matuska wurde vor 23 Jahren in Bayern geboren und wohnt seit Jahren in München. Vor fünf Jahren beantragte er die deutsche Staatsbürgerschaft. Sie wird ihm seitdem verwehrt, da er seine jugoslawische Staatsbürgerschaft nicht ablegen kann: er soll erst seinen Wehrdienst ableisten. Zwar wäre nach §87 AuslG eine Doppelstaatsbürgerschaft bei Problemen mit dem Wehrdienst möglich, doch Bayern weigert sich prinzipiell, diesen Paragraphen anzuwenden. (SZ 15.9.95)

Das Kasseler Bundessozialgericht entschied, daß Bürgerkriegsflüchtlinge ohne ständiges Bleiberecht für neugeborene Kinder kein Erziehungsgeld mehr bekommen. Es bestätigte damit die Verfassungsmäßigkeit einer entsprechenden Gesetzesänderung von 1993. (AZ: 14 REg 1/95) (SZ 15.9.95)

15.9.95

Die evangelische Martin-Luther Gemeinde in Erlangen gewährt der sechsköpfigen kurdischen Familie Usta Kirchenasyl. Die Familie hält sich seit 1989 in der BRD auf und soll in die Türkei abgeschoben werden. Abbas Usta wurde in der Türkei gefoltert, Haus und Hof wurden zerstört. Es ist das 5. Kirchenasyl in Bayern. (jw und SZ 18.9.)

18.9.95

In der Nacht nimmt eine Zivilstreife der Münchner Polizei (Polizeiinspektion 11, Hochbrückenstr.) einen aus Polen stammenden Mann mit deutscher Staatsangehörigkeit wegen einer Personalienfeststellung auf die Wache mit. Schon während der Fahrt gehen die Polizisten sehr "unsanft" mit ihm um. Die Handschellen hinterlassen 3 Tage lang blutige Striemen, die Autotür wird so gegen den Kopf von Ro-

man O. geschlagen, daß sein Auge stark anschwillt. Nach der Identitätsfeststellung, die eine halbe Stunde dauert, schlägt ein Beamter auf ihn ein und wirft ihn gegen die Wand. Auf eine Anzeige hin reagiert die Polizei mit einer Gegenanzeige. Einen Anwalt wird sich O. aus finanziellen Gründen nicht leisten können. (SZ 27.9.95)

Die FDP spricht sich für ein Einwanderungsgesetz aus, da sie gleichzeitig "immer Einwanderungsbegrenzungsgesetze" sind und sich die BRD einen unkontrollierten Zuzug nicht mehr leisten kann. In Abhängigkeit von der Wohn- und Arbeitsmarktlage soll alle 1 oder 2 Jahre die Zuwanderungsquote festgelegt werden. Die SPD spricht sich gegen ein solches Gesetz aus, schließlich müßten erst die hier lebenden AusländerInnen integriert werden. Außerdem sollte eine Einwanderungspolitik im europäischen Rahmen beschlossen werden. Die Hoffnung, die deutsche Gesellschaft mit Hilfe von MigrantInnen zu verjüngen sei illusionär. B90/Grüne kritisieren, daß die SPD erst so spät von ihrem Einwanderungsgesetz abgerückt sind, welches während der Asyldebatte 1993 immer als Ersatz für den abgeschafften §16 herhalten mußte. Die CDU/CSU lehnte eine grundsätzliche Umformulierung des Staatsangehörigenrechts ab. Wer als AusländerIn mit deutscher Staatsangehörigkeit einen zweiten Paß eines anderen Staates besitzt, soll den deutschen verlieren. (SZ 19.9.95, taz 13.9.95)

19.9.95

Drei Mitglieder des Bundestag-Innenausschußes kehren von einer viertägigen Türkeireise zurück. Im Anschluß an die Reise spricht sich Burkhard Hirsch (FDP) gegen eine Abschiebung von kurdischen StraftäterInnen in die Türkei aus. 1995 wurden nach Angaben des türkischen Innenministers 200 Folteropfer mit unbestimmter Identität begraben. Dietmar Schlee (CDU) ist nach der Reise der Meinung, daß sich die Türkei an die Absprachen mit Deutschland halten werde und deshalb den Abgeschobenen nichts geschehen wird.

Eine 30jährige Kurdin, die die PKK-Arbeit im Raum Frankfurt organisiert haben soll, wird festgenommen.

Die Koalition konnte sich nicht auf die Kürzungen der Leistungen für AsylbewerberInnen einigen. So spricht sich die FDP gegen die Vorenthaltung von Sozialhilfe für Bürgerkriegsflüchtlinge aus. Kohl dagegen meint, daß so 1,3 Milliarden DM eingespart werden könnten. (SZ 20.9.95)

Izzet T. erscheint nicht zu seiner Verhandlung wegen Freiheitsberaubung. Deshalb soll er zu der nächsten Verhandlung am 6.11. zwangsvorgeführt werden. Der Koch hatte am 31.5.94 zwei Polizisten, die seine Freundin Reyan Ö. abschieben wollten, kurzerhand in der eigenen Wohnung eingeschlossen. Er wollte damit erzwingen, daß der für 30 Minuten später angemeldete Anwalt den Polizisten erklären konnte, daß die beiden heiraten wollten und somit seine Frau Abschiebeschutz genießt. Am gleichen Tag sollte auch das Aufgebot bestellt werden. Die Polizisten befreiten sich aber und nahmen seine zukünftige Frau in die Türkei mit und erstatteten Anzeige. Nachdem Izzet T. rund einen Monat in U-Haft gesessen hatte, wurde das Verfahren im April 1995 eingestellt unter der Auflage, 500 DM zu zahlen. Da er dies nicht tat, wird das Verfahren jetzt wieder aufgerollt. (SZ 20.9.95)

Die Bonner Regierungskoalition stellt sich hinter Innenminister Kanther, der 7 Sudanesen abschieben ließ. Die Abschiebung sei rechtsstaatlich sauber und auf Grundlage des Asylkompromisses geschehen. Wer den Kompromiß in Frage stelle, betreibe - nach den Worten von Michael Glos (Vorsitzender der CSU-Gruppe) - "ein Spiel mit dem Feuer". Die SPD, so versichert die Fraktion im Bundestag, steht nach wie vor zum 1993 geänderten Asylrecht, trotz der Abschiebung der Sudanesen. "Punktuelle Unzufriedenheit [...] unterhalb der Verfassungsebene" - so schätzt die SPD ihre Probleme mit der Asylpraxis ein. Die FDP wirft Kanther mangelndes Fingerspitzengefühl vor. Der Außenminister Klaus Kinkel (FDP) plädierte kurz vor der Abschiebung für einen Aufschub der endgültigen Entscheidung. Inzwischen warten 3 weitere Sudanesen auf dem Frankfurter Flughafen auf die Eröffnung eines regulären Asylverfahrens. (taz und SZ 19.9, SZ und jw 20.9.95)

20.9.95

Der *stern* berichtet, daß mindestens 4 der 7 abgeschobenen Sudanesen nicht politisch verfolgt wären und als "Wirtschaftsflüchtlinge" in die BRD ge-

kommen. Der *stern* beruft sich auf Aussagen von Familienmitgliedern und Oppositionellen. Dagegen gibt die konkurrierende sudanesische Oppositionsbewegung "National Democratic Alliance (NDA)" in London an, mindestens 5 als Mitglieder der Opposition zu kennen. Der Status der anderen zwei müsse noch geklärt werden. Der stern und das Auswärtige Amt teilen mit, daß es den 7 im Sudan gut ginge, alle hätten sich inzwischen bei der deutschen Botschaft gemeldet, jedoch keiner von ihnen die Möglichkeit genutzt, das Asylverfahren in Khartum weiter zu führen. Dagegen erhielt Pro Asyl vom Sprecher der NDA die Information, daß 2 der Abgeschobenen verhaftet wurden. Aufgrund des stern-Artikels und der Sitzung des Innenausschusses verzichtete die Bundestagsfraktion der Grünen/B90 auf eine von ihnen beantragte *Aktuelle Stunde* zu diesem Thema - um nicht dem "alle Asylbewerber sind Wirtschaftsflüchtlinge"-Gerede Vorschub zu leisten - und erntete damit harte Kritik vom Grünen-Vorstandssprecher Jürgen Trittin. Hinterher räumt die Bundestagsfraktion ein, einen "politischen Fehler" begangen zu haben und entschuldigt sich bei den Flüchtlingsorganisationen. Kanther erklärt in der besagten Bundestagssitzung, daß alles getreu dem deutschem Asylrecht verlaufen sei und ihm kein Angebot aus Eritrea vorgelegen hätte. Kanther kritisiert die gegen ihn angezettelte Kampagne.

21.9.95

Das Rückführungsabkommen mit Vietnam tritt in Kraft. Bis zum Jahr 2000 sollen 40.000 VietnamesInnen aus der BRD abgeschoben werden. In Brandenburg befinden sich 15 VietnamesInnen wegen der bevorstehenden Abschiebung in Abschiebehaft (u.a. in Prötzel). Weil es sich um "StraftäterInnen" (u.a. ZigarettenhändlerInnen) handelt, unterliegen sie einer gesonderten Bewachung. Mecklenburg-Vorpommern hat 370 ausreisepflichtige VietnamesInnen registriert. Bundesweit koordiniert wird die Abschiebung von der BGS-Direktion in Koblenz.

Gegen das 1994 verabschiedete Gesetz zum Ausländerzentralregister (AZR) legen 9 Personen Verfassungsbeschwerde ein. (jw 22.9.95)

In Berlin findet eine Demonstration zur Polizeiwache Pankstr. (Wedding) statt. Dort sitzt die "Arbeitsgruppe gezielte Ausländerbeobachtung" (AGA), die in letzter Zeit durch brutale Razzien auf sich aufmerksam machte. In einem afrikanischem Laden, der 5 mal innerhalb von 2 Monaten durchsucht wurde, schlugen BeamtInnen die Inhaberin und beschlagnahmten 1000 DM. 1994 kam die AGA in die Schlagzeilen wegen Mißhandlungen von VietnamesInnen und Diebstahl. Fast alle Verfahren wurden trotz guter Beweislage eingestellt. (jw 21.9.95)

22.9.95

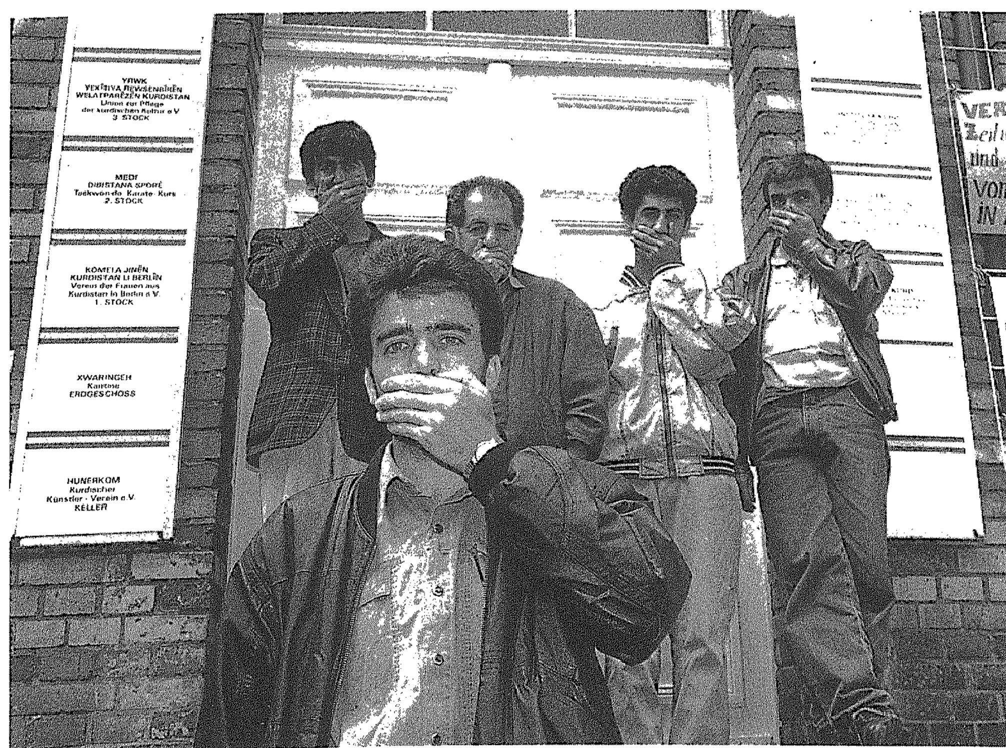
Drei Polizisten, die wegen Strafvereitelung im Amt angeklagt waren, werden von einem Gericht in Rudolstadt (Thüringen) freigesprochen. Sie hatten im Sommer 1994 tatenlos zugesehen, als 23 Skinheads auf einen Österreicher einschlugen. Danach konnte die Gruppe in der Gedenkstätte Buchenwald ungestört randalieren. (SZ 23.9.95)

23.9.95

Auf dem Rhein-Ruhr-Flughafen in Düsseldorf protestieren rund 30 KurdInnen am Abend gegen den "Terror in der Haftanstalt Buca" und besetzten den Abfertigungsschalter der Istanbul Airlines. Die Polizei löste nach rund 30 Minuten die Demonstration auf und nahm 17 Personen fest.

24.9.95

Auf dem Landesparteitag der saarländischen FDP hetzt der Vorsitzende Walter Teusch gegen "Scheinasylanten und Betrüger [..., die] nur hierher [kommen], um sich durch Rauschgiftgeschäfte, Betrügereien, Raub und Diebstahl an den Menschen zu bereichern." Saarland dürfe nicht "alleine zum Schmelztiegel der Weltnationen" werden.



25.9.95

Vor dem Oberlandesgericht Frankfurt/Main kommt es zu Protesten gegen die Kriminalisierung von KurdInnen in der BRD. Gleichzeitig beginnt im Gericht der Prozeß gegen 3 mutmaßliche PKK-Funktionäre, denen Bildung einer terroristischen Vereinigung und schwere Brandstiftung (im Juni und November 1993) vorgeworfen wird.

Bayerns Innenminister erhielt von der katholischen Kirche eine Absage bezüglich seines Kirchenkontingents-Vorschlages. Die katholische Kirche lehnt ab, weil es kein Sonderrecht für Kirchen und rechtsfreie Räume im Rechtsstaat geben dürfte. Damit untergraben sie gleichzeitig den 2

katholischen Gemeinden, die zur Zeit in Bayern Kirchenasyl gewähren, die Legitimation - wie Beckstein feststellt. Jetzt will er mit der evanglischen Kirche verhandeln, die von Beckstein zur weiteren Diskussion einen ausformulierten Gesetzentwurf erbeten hatte. Beckstein äußert seine Unzufriedenheit über die Idee der evangelischen Kirche, die Entscheidungshoheit über Kontingente den einzelnen Kirchengemeinden zu überlassen. (SZ 16.9.95)

26.9.95

Der Rumäne Nelu Vlaicu, der sich in der JVA Vechta in Abschiebehaft befindet, erhält vom Landkreis Rotenburg die Mitteilung, in den nächsten Tagen abgeschoben zu werden. Am 4.8.95 wollte er Christine Adami heiraten. Das Standesamt verweigerte jedoch die Heirat, da die Polizei ihm am gleichem Tag wegen angeblicher Diebstähle in U-Haft nehmen wollte. Am 15.9. lief sein Visum ab. Beim Haftprüfungstermin am 18.9. stellt sich heraus, daß er zu Unrecht in U-Haft gesessen hatte. Auf Antrag der Ausländerbehörde Rotenburg kommt er jedoch nicht frei, sondern wird wegen seines abgelaufenen Visums in die Abschiebehaft übernommen. Theoretisch könnte er seine deutsche Freundin im Gefängnis noch heiraten, aber wahrscheinlich wird er schon davor abgeschoben. Nächstmöglicher Termin ist der 2.10.

Der Gewerkschafter Dr. Anthony Edeh aus Nigeria soll abgeschoben werden. Obwohl seine Gewerkschaft zu politischen Streiks gegen die Militärjunta aufrief und er nach deren Niederschlagung die Aufstände des Ogoni-Volks mit anleitete, sowie seine politischen Aktivitäten im Exil fortsetzte (in dem er auf die Unterdrückung des Ogoni-Volkes durch Shell und nigerianische Sicherheitskräfte hinwies), wurden Asyl- und Asylfolgeantrag abgelehnt. Das Bundesamt erklärte, daß es nicht sicher sei, ob Nigeria wirklich von seinen exilpolitischen Aktivitäten Kenntnis erhalten hätte.

27.9.95

Eine evangelische Gemeinde in Weißenburg gewährt der aus Kurdistan stammenden Familie Yildiz Kirchenasyl. Der Asylantrag der Eltern und ihrer 4 Kinder wurde im Juli abgelehnt.

Vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof beginnen die Verhandlungen über die Rechtmäßigkeit der Verbote mehrerer kurdischer Kulturvereine in Ingolstadt, Nürnberg und München. Sie wurden 1993 zusammen mit der PKK verboten und sehen sich nun zu Unrecht in die Nähe zum Terrorismus gerückt. Im Juli 1994 hob das Bundesverwaltungsgericht die Verbote auf. Im Februar 1995 wurden sie bzw. deren Nachfolgevereine erneut vom Bayerischen Innenminister verboten.

Die letzten 40 BewohnerInnen des Leipziger Flüchtlingslagers in der Raschwitzer Str. verlassen nach anfänglichen Protesten, u.a. im Rathaus, freiwillig die Bauwagen Richtung Zschadraß (bei Colditz). (LVZ 28.9.95)

28.9.95

Das Landratsamt Augsburg beantragte die Inhaftierung von Leyla (3 Jahre alt) und Bilal Simsek (4), sowie deren Mutter, Sahize Simsek, zum Zwecke der Abschiebung. Fariz Simsek, der Vater der beiden Kinder, ist nach drei mißlungenen Abschiebeversuchen untergetaucht. Seit April befinden sich die anderen drei im Kirchenasyl. Das Amtsgericht in Augsburg lehnte den Haftantrag gegen die beiden Kinder im August ab, jedoch nicht den gegen die Mutter. Das Landratsamt Augsburg beharrt jedoch weiter auf der Inhaftierung der Kinder und schlägt vor, sie in einem "eigens eingerichteten Wohnappartment [...] auf dem Gelände der Bereitschaftspolizei" unterzubringen. Damit befänden sie sich nicht in der für Kinder eigentlich unzulässigen Abschiebehaft, sondern im "Hausarrest in einer normalen Wohnung". Das Landratsamt betont, daß mit dieser Maßnahme "die nochmalige psychische Belastung der Betroffenen [...] dadurch verhindert werden [kann], wenn sie gleich mit ihrer Mutter untergebracht werden." Die nächsthöhere Instanz hätte über den Haftantrag entscheiden müssen, wenn nicht das Innenministerium den Haftantrag aufgrund von Protesten am 28.9. vorerst zurückgezogen hätte. Innenminister Beckstein, betont jedoch, daß "zu gegebener Zeit" die Haftanträge wieder gestellt werden. (SZ 28.9.95, jw 30.9.95)

In Mühlhausen (Thüringen) protestieren 15 bosnische AsylbewerberInnen in ihrem Heim für eine Umverlegung in die westlichen Bundesländer. Nach der Zerstörung sämtlicher Einrichtungsgegenstände in einer Etage des Heimes nimmt die Polizei 3 "Rädelsführer" fest. Ein Polizist wird leicht verletzt.

Das Bundesverwaltungsgericht (BVG) Berlin entscheidet, daß auch AusländerInnen, die sich gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention in der BRD aufhalten, einen Anspruch auf BAföG haben. (AZ: 11 C 1.95)

29.9.95

Zur Umsetzung des Rücknahmeabkommens mit Vietnam stellen deutsche Behörden zur Zeit Listen mit "vietnamesischen Straftättern" zusammen, sollen doch jene als erste abgeschoben werden. Bislang schickte die BRD eine Liste mit 162 Namen, sowie genauen Angaben zur Person, den Familienangehörigen, Aufenthaltsort, Einreisegrund usw. nach Hanio. Alle abgelehnten AsylbewerberInnen aus Vietnam erhalten seit kurzem entsprechende Fragebögen. In Vietnam wird die Identität der Personen geprüft, was zwischen 6 Wochen und 3 Monaten dauern soll. In diesem Jahr sollen auf diese Weise 2.500 "Illegale" abgeschoben werden. Damit dies reibungslos vonstatten gehen kann, wurden die in Berlin lebenden VietnamensInnen schon mal vorsorglich in einem Heim untergebracht. Nach der Auflösung diverser anderer Heime leben z.Zt. 1.000 VietnamesInnen in der Gehrenseestr. Vietnam hat versprochen, die RückkehrerInnen nicht wegen unerlaubter Ausreise und Aufenthalts im Ausland strafrechtlich zu verfolgen, allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, daß "ein kurzfristiger Aufenthalt in Aufnahmeeinrichtungen" erforderlich ist. Flüchtlingsorganisationen vermuten, daß entgegen den offiziellen Verlautbarungen vorallem VietnamesInnen mit einem Aufenthaltsstatus abgeschoben werden, schließlich ist von denen der Wohnort + Identität bekannt und die Pässe liegen bei der Ausländerbehörde. Außerdem befürchten sie, daß nur freiwillig ausreisende VietnamesInnen mit Geld und guten Kontakten problemlos ihr Leben in Vietnam fortsetzen können, alle anderen jedoch in den Auffang-

Die Bundestagsfraktion B90/Grüne reichte eine Große Anfrage zur Situation unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die sich im Flughafenverfahren befinden, ein. Kritisiert wird, daß Kinder bis zu 3 Wochen in einem Massen-Gefängnis auf exterritorialem Gebiet im Flughafenbereich festgehalten werden, um zu prüfen, ob sie ins Asylverfahren dürfen oder nicht, sowie die Altersfeststellung per Röntgenuntersuchung.

1.10.95

Am heutigen Tag beginnen 9 Kurden im Hamburger Abschiebeknast Glasmoor mit einem mehrtägigem Hungerstreik. Sie protestieren damit gegen ihre Abschiebung in die Türkei. Im Laufe des Hungerstreikes kam es zu Umverlegungen (z.B. von Mehmed S.) und Besuchsverboten von UnterstützerInnengruppen, einer Ärztin und eines Abgeordneten.

2.10.95

Das Verwaltungsgericht lehnt den Abschiebeschutz für die syrische Familie Yousef-Bahi ab. Nun droht der achtköpfigen Familie die Abschiebung nach Syrien, obwohl der Vater Danho Mitglied der christlichen Oppositionsgruppe ADO und einer christlichen Miliz war und bei einem Abschiebeversuch 1993 zwei Schlaganfälle erlitt. Ärztliche Atteste belegen die tödliche Gefahr durch einen Schlaganfall und eidesstattliche Versicherungen die Mitgliedschaft in den genannten Organisationen. Die Münchener Ausländerbehörde will trotzdem - und den ältesten Sohn eventuell einzeln - abschieben.



Die Polizei nimmt bei einer Razzia in Erfurt 56 AusländerInnen fest, durchsucht mehrere Wohnungen und beschlagnahmt Videos, Textilien, Zigaretten und Disketten. Den Verhafteten werden Verstösse gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz vorgeworfen. Die Razzia soll außerdem im Zusammenhang mit einer durch eine Schußwaffe verletzte Vietnamesin stehen.

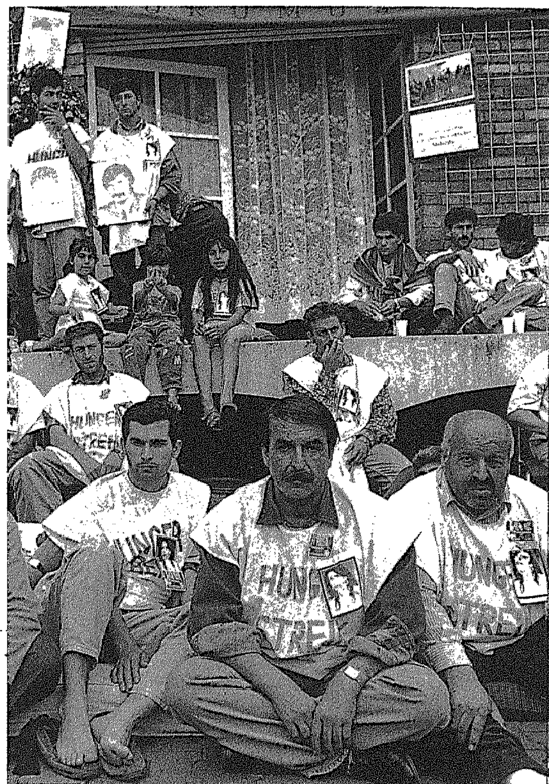
3.10.95

Bayern will in einer Bundesratsinitiative auf eine Verschärfung des Ausländerrechts drängen. AusländerInnen, die sich an einer gewalttätigen Demonstration beteiligt haben, sollen zwingend ausgewiesen werden.

Das Amtsgericht Berlin-Tiergarten verurteilt 3 Berliner Polizisten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung im Amt, Freiheitsberaubung, Beleidigung und Nötigung zu Haftstrafen zwischen 7 und 10 Monaten auf Bewährung. Die Beamten hatten im April 1994 als Zivilfahnder in einem Waldstück zur "Personalienfeststellung" einen Vietnamesen geschlagen, beschimpft, bespuckt und mit Reizgas besprüht. (SZ 4.10.95)

4.10.95

Der Innenminister Nordrhein-Westfalens, Franz-Josef Kniola (SPD), legt einen Richtlinienentwurf zur Abschiebehaft vor. Ausreisepflichtige sollen zukünftig nur inhaftiert werden, "wenn die Anwendung eines milderen Mittels" nicht möglich ist. Außerdem soll die Haftdauer in der Regel 3 Monate nicht überschreiten; andernfalls muß das Innenministerium informiert werden. Schwangere, stillende Frauen, Mütter mit Kleinkindern, Kranke und Verletzte, als auch Jugendliche unter 16 Jahre sollen nicht mehr in die Abschiebeknäste kommen. Der Entwurf spiegelt den



Willen der rot-grünen Koalition wider, die sich zum Ziel gesetzt hat, die Abschiebehaft zu "humanisieren". Während die Grünen im Wahlprogramm die Abschaffung der Abschiebeknäste forderte, hält die SPD das "Rechtsinstrument Abschiebehaft auch weiterhin für unverzichtbar". (taz 5.10.95 und SZ 7.10.95)

Eine Untersuchung der Kriminologischen Forschungsstelle der Uni Köln ergab, daß AusländerInnen eher einer Straftat verdächtigt werden als Deutsche. So stellen AusländerInnen ca. 1/3 aller Tatverdächtigen, 20% der Verurteilten und nur 15% der Strafgefangen. Außerdem stellt die Studie fest, daß, wenn mensch die Lebensumstände und sozialen Bedingungen berücksichtigt, der Begriff "Ausländerkriminalität" aus dem Wortschatz zu verbannen ist. Interessantes

Ergebnis ist, daß mit einer zunehmenden Hetze gegen eine bestimmte Bevölkerungsgruppe in den Medien die Anzahl der vermeintlichen Tatverdächtigen aus dieser Gruppe steigt. (taz 5.10.95 und 7.10.95)

Im Berliner Wahlkampf gehen Bürgermeister E. Diepgen und Innensenator D. Heckelmann mit der "Inneren Sicherheit" auf Stimmenfang. Kriminelle und politisch aktive AusländerInnen sollen konsequent abgeschoben werden, denn ein Großteil der Kriminalität ginge auf das Konto durchreisender AusländerInnen (und ortsansäßiger Autonomer). Beide sprechen sich für den Erhalt der Freiwilligen Polizeireserve und der geschlossenen Abteilung der Bereitschaftspolizei aus. Deren Auflösung war u.a. wegen rassistischer Übergriffe durch BeamtInnen dieser Einheiten gefordert worden.

5.10.95

In Berlin beginnt der Prozeß gegen einen Angehörigen der Freiwilligen Polizeireserve (FPR). Ihm wird unterlassene Hilfeleistung vorgeworfen, da er am 11.8.94 zusah, wie ein türkischer Taxifahrer ermordet wurde. Trotz der Aufforderung anderer Taxifahrer, endlich einzugreifen, stand der FPR-Mann mit gezogener Dienstpistole untätig rum.

Das Berliner LKA hat Ermittlungen gegen 5 Polizisten eingeleitet, die eine Geschäftsfrau aus Ghana bei einer Razzia im August gewürgt und gegen den Kühlschrank gestoßen haben. Mit nacktem Oberkörper mußte sie anschließend 10 Minuten im Freien stehen.

Der siebenköpfigen kurdischen Familie Kanisirin droht die Abschiebung in die Türkei, während sie sich in der evangelischen Kirche Peter & Paul in Elze seit Ende Sept. 95 im Kirchenasyl befindet. Obwohl das Gerichtsverfahren zum Asylanspruch der Familie noch nicht abgeschlossen ist, will die Ausländerbehörde Hildesheim unbedingt abschieben. Eine Abschiebung

am 31.8. konnte gerade noch 5 Minuten vor Abflug verhindert werden.

Im September 95 stellten 12.065 Menschen einen Asylantrag. Das sind 11% mehr als im Sept. 94 und etwas mehr als im August 95. Insgesamt beantragten jedoch in den ersten 9 Monaten von 1995 etwas weniger Menschen Asyl als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

6.10.95

Der Kurde Ishan E. wird wegen "dringendem Tatverdacht der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" innerhalb der PKK festgenommen. Vorgeworfen wird ihm, die "Union der patriotischen Jugend Kurdistans" (YCK) angeleitet zu haben. Die YCK ist jedoch in der BRD nicht verboten. Im Anschluß an die Verhaftung wird das Kurdisch-Deutsche Kulturzentrum in Berlin-Kreuzberg am Abend zum vierten Mal in diesem Jahr Opfer einer Razzia, nur weil sich Ishan E. in der Nähe des Zentrums aufhielt. Gegen 22.45 stürmt ein Großaufgebot der Polizei das Gebäude in der Zossener Str. Räumpanzer und Wasserwerfer sperren die Straße ab. 5 Stunden lang durchsucht und verwüstet die Polizei ohne ZeugInnen das Zentrum und beschlagnahmt Akten, Bücher, Plakate und einen Computer. Ein Durchsuchungs- und Beschlagnahmeprotokoll wird nach der Aktion von der Polizei nicht ausgestellt. (jw 9.10.95 und 10.10.95)

Sudanesiche Oppositionsvertreter in Eritrea bestätigten, daß 5 der 7 abgeschobenen Sudanesen Mitglieder der Opposition sind. Bei den anderen beiden könnte es sich um Spitzel handeln. Ärztliche Gutachten ergaben mit 100%iger Sicherheit, daß mindestens 3 im Sudan gefoltert wurden. Das Bundesverfassungsgericht schreibt in seiner Begründung, daß es die Vereinbarungen zwischen Bonn und Khartum "ohne entgegenstehende Anhaltspunkte" nicht in Zweifel ziehen will, gleichzeitig aber selbst nicht für die Sicherheit garantieren kann, sondern dies die Angelegenheit von Bonn sei. Dagegen beruft sich die Bundesregierung ständig auf Entscheidungen des BVG in Karlsruhe. Den Richtern war bekannt, daß einige Sudanesen sichtbare Folterspuren mit sich trugen, wie das abweichende Votum des Richters Sommer beweist.

Der Innenminister Sachsens, Klaus Hardrath, spricht sich in einer Aktuellen Stunde zur Ausländerpolitik für eine konsequente Bestrafung und Abschiebung von kriminellen AusländerInnen aus. 107 Menschen befinden sich in Sachsen in Abschiebehaft.



Die SPD wird entgegen einem anderslautenden Vorstandsbeschluß vom Sept. 95 an der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz festhalten. Die SPD-Rechtspolitikerin Däubler-Gmelin begründete den Verzicht damit, daß Zuwanderung nicht durch nationale Gesetze geregelt werden könne. Die Parteikommision "Demographischer Wandel" und führende SPD-PolitikerInnen sprachen sich jedoch für eine geregelte Zuwanderung aus.

9.10.95

Die ARWOBAU läßt das VietnamesInnen-Heim in der Berliner Rhinstr. 105 von einem Bautrupp räumen. 25 der BewohnerInnen klagten wegen Verstoß gegen das Mietgesetz gegen die Kündigung und widersetzen sich der Räumung. Die ARWOBAU vergitterte vorsorglich die Zimmer, so daß bis zum Ende des Rechtsstreit die VietnamesInnen keinen Zugang zu ihren Zimmer haben. Die wenigen angebotenen Ersatzwohnungen sind extrem überteuert (bis zu 25 DM/m2) bzw. in dem ARWOBAU-Heim in der Gehrenseestr., welches strengen Überwachungsbestimmungen unterliegt.

10.10.95

Verdeckte Ermittler des Landeskriminalamtes in München werfen der Landesregierung von Bayern und der Stadt München vor, die Flüchtlingsheime zu vernachlässigen. Es fehle an genügender Bewachung (auch Nachts) und sozialer Betreuung. Anlaß der Kritik war ein Brand in einem Flüchtlingsheim in der Münchener Trausnitzstr. 29, der durch deutsche DrogenhändlerInnen gelegt wurde. (SZ 11.10.95)

7.11.95

Das Bundesverfassungsgericht verhandelt ab heute über das 1993 geänderte Asylrecht. Aus einer Vielzahl von eingegangen Verfassungsklagen wurden 4 ausgewählt, u.a. zum Flughafenverfahren, zur sicheren Herkunftsländer- und Drittstaaten-Regelung.

Menschen in Lagerhaltung

Über die Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen

von Stefan Thimmel



"Die unerwünschte Integration Asylsuchender in die deutschen Lebensverhältnisse ist durch bewußt karge, lagermäßige Unterbringung zu verhindern. Sie muß als psychologische Schranke gegen den weiteren Zustrom Asylwilliger aufgebaut werden".

Kaum eine Gruppe von Menschen wird in Deutschland so stark reglementiert, baulich ausgegrenzt, sozial stigmatisiert und gleichzeitig so systematisch mit Vorurteilen überzogen und für eine politische Argumentation ge- und mißbraucht wie Flüchtlinge und AsylbewerberInnen. Die dem zugrunde liegende politische Begründung ist in oben stehendem Zitat nachzulesen.

Entweder wird die Lage als "Das Leben in den Flüchtlingslagern ist menschenunwürdig und katastrophal" oder "Die Asylanten leben in Saus und Braus und nehmen den Deutschen die Wohnungen weg" beschrieben.

Zielvorstellung dieser Studie zur Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen, die im Sommer 1993 in Berlin durchgeführt wurde, war eine Beschreibung der Unterbringungsverhältnisse, die die bestehende Situation in Berlin dokumentiert und so dazu beiträgt, das Informationsdefizit abzubauen, daß über die tatsächlichen Wohn- und Lebensbedingungen von Flüchtlingen vorherrscht. Und das aus der Sicht der Architektur und des Städtebaus, durch die sich vieles ablesen läßt, wie mit Fremden, Nichtdeutschen in dieser Gesellschaft umgegangen wird.

In den Fachkreisen der Architektur wurde dieses Arbeitsgebiet bislang nahezu komplett ignoriert. Es geht hier aber um Wohnraum für Hunderttausende, auch die Containernotunterkünfte und die Umbauten von ehemaligen Gewerbebauten u.a. werden von Architekten geplant und nicht zuletzt hat die große Mehrzahl der privaten Betreiberfirmen von Flüchtlingsunterkünften ihren Hintergrund im Bau- und Immobilienbereich.

Die Untersuchung hat gezeigt, wie in Berlin eine Unterbringungspolitik aus-

Foto: Thierry Lefèbure

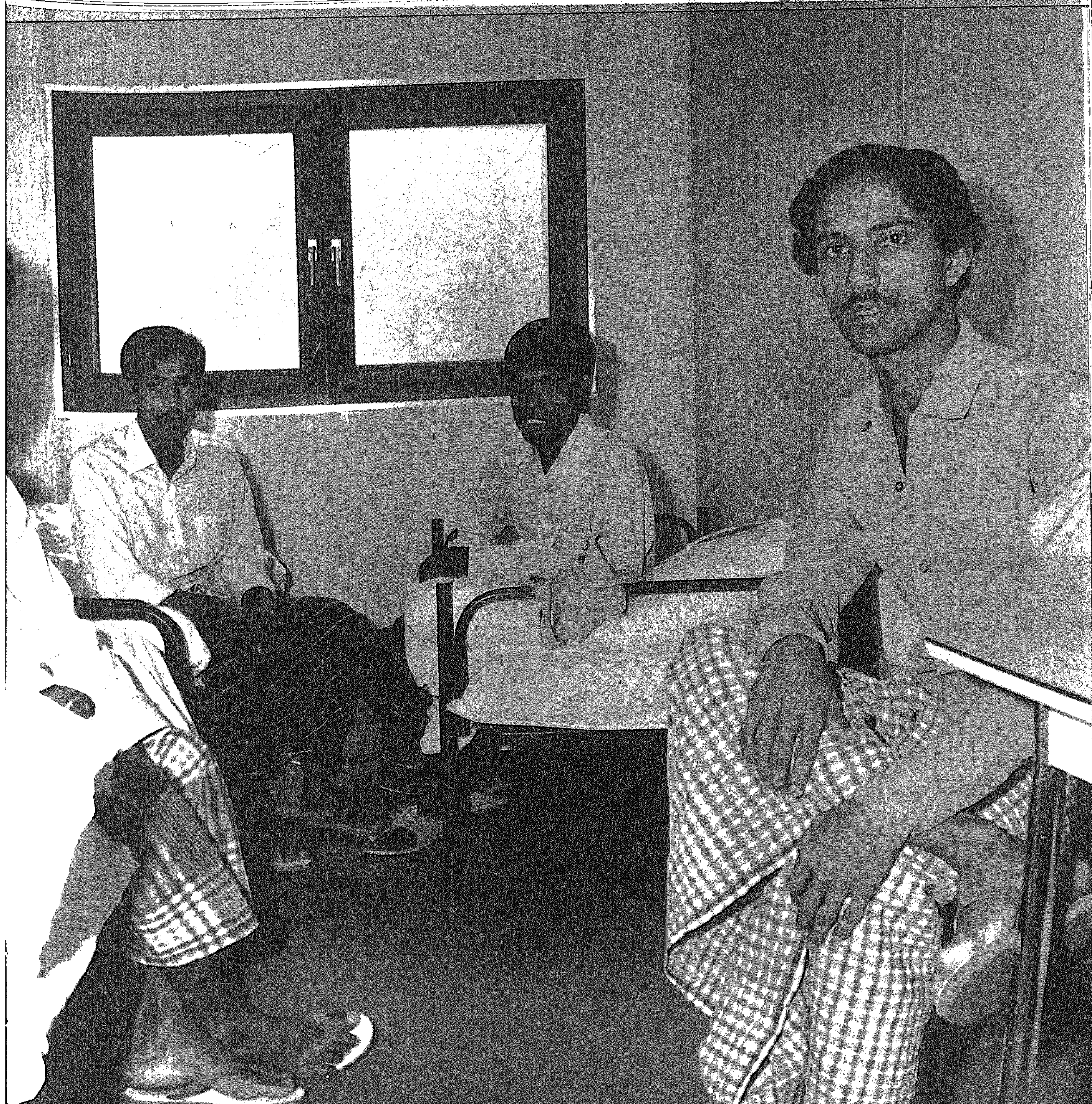


Foto: Herby Sachs/Version

geführt wird, die eine Politik der Provisorien aufrecht erhält. Der enorme finanzielle und bürokratische Aufwand des ständigen Eröffnens und Schließens von neuen Provisorien wird geleistet, um in der Öffentlichkeit das Bild hervorzurufen und zu bestätigen, bei der Aufnahme von Flüchtlingen handele es sich nur um ein zeitlich begrenztes und vorübergehendes Phänomen.

In der reichen und hochentwickelten Bundesrepublik werden Flüchtlinge über Jahre hinweg unter Bedingungen untergebracht, die dazu beitragen, einen Substandard baulich einzuführen. Ehemalige Fabrik- und Verwaltungsbauten, Container und diesem Substandard angepaßte Fertigteilhäuser auf Standorten an der Peripherie, in Industrie- und Gewerbegebieten möglichst außerhalb der Wohngebiete werden bevorzugt für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Ein in Deutschland weit verbreitetes Vorurteil Asylanten nehmen den Deutschen Wohnraum weg läßt ahnen, wie wenig die wirkliche Situation der Flüchtlinge bekannt ist. Die Unterbringungspraxis in Berlin zeigt vielmehr, daß AsylbewerberInnen Wohnraum bewußt vorenthalten wird.

Die vom Gesetzgeber erzwungene Unterbringungsform "Gemeinschaftsunterkünfte" ist mit dem Inhalt des Begriffs Wohnen ebenso unvereinbar wie mit den rechtlichen Vorgaben des Städtebaus. Folgt man der staatlichen Logik, so geht es nur um die reine Unterbringung der Menschen auf Zeit zur Vermeidung vor Obdachlosigkeit, Hilfen zur Überwindung des faktischen Ausschlusses vom Wohnungsmarkt werden nicht gegeben.

Die Unterbringung kann so definiert werden, daß eine möglichst große Anzahl von Menschen in einem Gebäude

auf jeweils sechs Quadratmeter privatem Raum in Zimmern mit bis zu zehn Personen und einem möglichst geringen allgemeinen Flächenanteil (Flure, Küchen, Sanitär- und Gemeinschaftsräume) unter Aufsicht leben muß. Diese Praxis der Unterbringung erfüllt innerhalb der deutschen Asyl- und Flüchtlingspolitik eine doppelte Kontrollfunktion. AsylbewerberInnen sollen einerseits nicht in den Wohnungsbestand eingegliedert werden, und andererseits geht es um das "Bereithalten" der Flüchtlinge für die Abschiebung; ein Vorgang, der tagtäglich stattfindet und in Erfolgsbilanzen der Innenminister von Bund und Ländern vorgelegt wird. So wurden allein in Berlin 1993 1028 AsylbewerberInnen abgeschoben.

(...)

Städtebauliche Untersuchung und Analyse

Die Kriterien bei der Analyse der städtebaulichen Erhebungsdaten aller 64 Standorte für Asylunterkünfte in Berlin im Sommer 1993 waren die städtebauliche Einbindung, die Art der baulichen Nutzung der Standorte und die Angaben im Flächennutzungsplan (FNP), die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr, die unterkunftsnahen Infrastruktureinrichtungen und die demographische Einordnung und Verteilung der AsylbewerberInnen.

An der Städtebaulichen Darstellung der Standortpolitik wird deutlich, daß

- die meisten Unterkünfte überwiegend in Stadtrandlage liegen;
- sie vorwiegend in ehemals gewerblich genutzten Gebäuden und in Gewerbe- und Sondernutzungsgebieten liegen;
- die Objekte überwiegend mit mehr als 200 Personen belegt sind;
- die Mehrzahl der Objekte von privaten Gesellschaften betrieben wird;
- die meisten der Objekte an Hauptverkehrsstraßen liegen.

Grundsätzlich ist gilt: Kein einziges Objekt aus dem Bestand wurde als AsylbewerberInnen- oder Flüchtlingsunterkunft konzipiert. (...)

Ein von außen sichtbares, großes soziales Gefälle durch Gebäudetyp, Anordnung und Lage führt zu einer sozialen Stigmatisierung der BewohnerInnen des Objekts.

Räumliche Barrieren wie Hauptverkehrsstraßen oder die Unterbringung in Sondernutzungen verstärken diesen Eindruck von Fremdkörpern, der auch auf alle einzelnen BewohnerInnen übertragen wird. Die niedrige Grundstücksausnutzung, die Nichtgestaltung der Außenanlagen, der barackenartige Charakter dieser Anlagen verhindern von vornherein jede Integration, stellen sich als bauliche Problembereiche dar, mit denen die BewohnerInnen zwangsläufig assoziiert werden und fördern die soziale Stigmatisierung.

(...)Setzt man alle ermittelten Erkenntnisse zu Größe, Lage, Flächennutzung und Gebäudetyp in Zusammenhang, so entsteht in den meisten Fällen vielmehr der Eindruck, daß Betreiber den Zuschlag für die Einrichtung eines Objektes erhalten, die bei möglichst effektiver Raumausnutzung die höchste Anzahl von Personen in einem Gebäude unterbringen, und das ohne die baulichen Mindestanforderungen allzu offensichtlich zu unterschreiten.

Einzelfalldarstellungen

(...)Die sieben untersuchten Objekte unterscheiden sich in Grundriß und Gebäudetyp, nicht aber in der Erschließung der Wohnräume. Unabhängig vom Gebäudetyp und unabhängig von den Grundrissen findet sich überall das gleiche Schema der Zimmeranordnung wieder. An einem zentralen Gang auf jeder Etage liegen nach beiden Seiten die aneinandergereihten Zimmer. Je nach Typ sind es, wie bei den Containern, die immer gleichen Raumzellen (12m≤ und 24m≤), in Fertigteilhäusern drei bis vier standardisierte Raumgrößen, in Kasernen die unterschiedlichsten Zimmergrößen, vom Einbettzimmer bis zum Neunbettzimmer. In den Altbauten richten sich die Zimmergrößen nach der vorherigen Nutzung, Chefzimmer bis zur Schreibstube im ehemaligen Verwaltungsbau oder den Zwei- bzw. Vierbettzimmern im ehemaligen Krankenhaus. Die vorgefundenen Grundrisse werden nach Möglichkeit unverändert belassen, die Umbaumaßnahmen werden auf ein Minimum reduziert. Die von der zuständigen Behörde vorgegebenen Ausstattungsansprüche lassen sich im Prinzip in jedem beliebigen Gebäudetyp verwirklichen. Können einzelne Punkte der Mindestanforderungen nicht in allen



Foto: Marcin Rutkiewicz

Bereichen erfüllt werden, so wird nicht etwa von einer Unterbringung abgesehen, sondern es werden einzelne Passagen ausgenommen oder entsprechend modifiziert wie in einem Objekt, in dem auf den Gemeinschaftsraum und die nach Geschlechtern getrennten Sanitär- und Duschräume verzichtet wurde. Die Größe des Objektes spielte bislang keine signifikante Rolle. Wenn man aber die jüngsten Belegungen betrachtet, so wird zunehmend mehr danach ausgewählt, ob möglichst viele Menschen an einem Standort in einem Objekt unterzubringen sind.

Die Wohnraumgrößen vom kleinsten Einzelzimmer mit 9m≤ bis zum Neunbettzimmer mit 54m≤ zeigen die Bandbreite bei der Belegung. Für Familien gibt es in keinem der untersuchten Objekte angemessene Wohnverhältnisse.

Eine Trennung in Wohn-, Eß- und Schlafbereich für Erwachsene und Kinder wird nicht vorgenommen, ist aber für viele Familien unverzichtbar. Mit Vorhängen, Gardinen und der vorhandenen Möblierung wird versucht, diese Trennung in Ansätzen zu verwirklichen. Alle Versuche der räumlichen Gliederung im Raum können die Nachteile einer Sammelunterbringung aber nicht ausgleichen. Auf engstem Raum müssen Kinder spielen, andere gleichzeitig lernen, Eltern wollen sich zurückziehen oder ungestört Freunde und Bekannte einladen, fremde Lebensrhythmen, die immer schon bestanden, oder hier neu entstanden sind, müssen miteinander vereinbart werden.

Die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen wird gefordert, damit die BewohnerInnen sich treffen, ihre Freizeit gemeinsam gestalten und den Raum für kulturelle und religiöse Zwecke nutzen können. In der Praxis zeigt sich aber der Unwille der Betreiber, diese Räume überhaupt bereitzuhalten. In zwei untersuchten Unterkünften existierten keine Gemeinschaftsräume, alle anderen erweckten den Eindruck, daß zwar ein Raum zur Verfügung gestellt wird, weil er gefordert ist, es aber nicht gern gesehen wird, wenn sich tatsächlich jemand darin aufhalten will. So ist der Raum entweder verschlossen, zu klein für die Unterkunft oder in einer Art und Weise möbliert, die nicht zu einer Nutzung einlädt.

Der Gemeinschaftsraum ist meist direkt am Eingang, dem Wachschutz gegenüber, positioniert. Offensichtlich liegt hier ein tiefes Mißtrauen den AsylbewerberInnen gegenüber zugrunde und es wird befürchtet, daß sich aufgestaute Aggressionen hier Platz machen könnten, oder daß es zu organisierten Veranstaltungen der BewohnerInnen kommen könnte. In der Regel steht ein ungefähr 30m≤ großer Raum in den Unterkünften zur Verfügung. Die Räume aber sollen nicht nur von bis zu 300 Personen genutzt werden, sondern auch noch den verschiedenen Ansprüchen, gerecht werden.

In jeder Unterkunft gibt es das vorgeschriebene Spielzimmer. Die Bedeutung eines solchen Zimmers wird von allen HeimleiterInnen besonders hervorgehoben und die Situation der Kinder in den Unterkünften wird als besonders problematisch eingeschätzt. Hier wird von der Heimleitung schon mal der Betreiber und die zuständige Behörde kritisiert, weil zu wenig Spiel-

geräte aufgestellt sind, die Räumlichkeiten zu klein sind oder der Betreuungsschlüssel sowohl für die Kinder, als auch für die BetreuerInnen als unzumutbar gering angesehen wird.

Eine Entlastungssituation für Kinder und Eltern im Hausalltag zu schaffen, ist nur bedingt möglich und führt zu den Konfliktsituationen, wenn Kinder in den Fluren und Wohnräumen spielen wollen.

Als bauliche Unzulänglichkeit kommt in vielen Unterkünften hinzu, daß zwar die Mindestanforderungen für die Einrichtung der Küchen mit Geräten und Möbeln erfüllt werden, aber nicht ausreichend Platz zur Verfügung steht, um sich bewegen zu können. Es wird die Installierung von Geräten vorgeschrieben ohne Angaben zu Abständen und Bewegungsflächen zu treffen. So lassen sich zwar auf 24m≤ 18 Zweiplatten-Kochtafeln aufstellen, Spülen einbauen und Arbeitsflächen bereitstellen, Bewegungs- und Arbeitsflächen für bis zu 18 Personen, die gleichzeitig Vorbereiten, Kochen und Spülen müssen, sind aber nicht vorgesehen. Zudem sind die Wege zu den Küchen oft unzulänglich weit. Oder der Transport erweist sich wegen der Enge in den stark frequentierten und vielfach genutzten Fluren als schwierig. In Extremfällen müssen bis zu 50 Meter zurückgelegt werden und die fertigen Speisen über vier Etagen transportiert werden. Durch die Einrichtung und Anordnung der Gemeinschaftsküchen wird die Essenszubereitung aus dem Wohnbereich herausgelöst, Lebensgewohnheiten, die eine räumliche Verbindung von Essenszubereitung und Nahrungsaufnahme nebeneinander vorsahen, werden zerstört.

Duschen und WCs sind in allen Asylunterkünften Gemeinschaftsbereiche, die auf jeder Etage, jedem Wohntrakt oder Wohnhof nach Geschlechtern getrennt sind (mit einer Ausnahme). Die Gemeinschaftsanlagen erfordern von jedem Einzelnen hohe Disziplin und Anpassungsfähigkeit. Fast immer müssen lange Wege in Kauf genommen werden.

Die Duschkabinen sind oft nicht abschließbar oder nur mit Glasschiebetüren oder Vorhängen versehen. Die Kabinen lassen es meist nicht zu, sich geschützt vor den Blicken der anderen Bewohner und Bewohnerinnen aus- und anzuziehen. Verbauungen, die bei geöffneten Türen einen freien Einblick in den Raum verhindern könnten, fehlen in der Regel.

Die Dusch- und WC-Räume sind rein nach funktionalen Gesichtspunkten gestaltet, Fragen nach Bewegungsflächen und Umkleidemöglichkeiten werden nicht aufgeworfen. Läßt sich die vorgeschriebene Anzahl an Objekten nicht unterbringen, so wird im Regelfall einfach darauf verzichtet und nicht ein zusätzlicher Raum geschaffen.

Aus wirtschaftlichen Gründen oder wegen technischer Notwendigkeiten werden nach Möglichkeit WCs, Dusch- und Waschräume, sowie Küchen nebeneinander angeordnet. Das heißt, daß ein Großteil aller Bewegungen in den Unterkünften sich immer auf diesen Bereich hin und von ihm weg konzentriert. In der Grundrißgestaltung ist dies aber in keinem der untersuchten Objekte berücksichtigt.

Die häufigsten Schäden bzw. baulichen und konstruktiven Mängel sind:

Wasserschäden in den Sanitärbereichen in allen Unterkünften,

Schwitzwasserbildung und Geruchsbelästigungen in den Küchen und Fluren in Fertigteilbauten und im besonderen in Containern,

mangelhafte Schalldämmung,

die Verwendung von gesundheitlich, ökologisch und brandtechnisch bedenklichen Materialien in Containern,

unzureichend dimensionierte Elektroleitungen in sanierungsbedürftigen Altbauten. (...)

Das Geschäft mit den Provisorien

Die ökonomische Bedeutung der Sammelunterbringung in Berlin läßt sich u.a. an drei aktuellen Tendenzen ablesen:

Es werden nur noch Unterkünfte für deutlich mehr als 100 Personen einge-

Foto: Marcin Rutkiewicz



richtet.

Es findet eine Verschiebung hin zu den privaten Betreibern statt.

Die Unterkünfte werden überwiegend von Gesellschaften betrieben, die im Baubereich tätig sind.

Von den 64 am 1.8.1993 existierenden Unterkünften für AsylbewerberInnen wurden 40 von privaten, die restlichen 24 von gemeinnützigen Trägern betrieben.

Die großen Wohlfahrtsverbände Deutsches Rotes Kreuz (19) und Arbeiterwohlfahrt (4) teilen sich den Betrieb dieser 24 Häuser fast vollständig auf. Ein Haus wird von einer gemeinnützigen Stiftung betrieben.Bei den privaten Betreibern kristallisieren sich in Berlin mit der Firma Sorat(14), der Gesellschaft PeWoBe (7) und der Firma Dr. Krayer und Güvencer GmbH (3) Unternehmen heraus, die den Markt bestimmen. Zunehmend finden sich aber auf dem Markt auch Gesellschaften wie Touristik-Service-GmbH, Sigma, DIB AG oder Car-Speed, deren Hintergrund nicht mehr ohne weiteres zu entschlüsseln ist.

Die Gewinnspannen beim Bau und Betrieb von AsylbewerberInnenunterkünften sind beträchtlich. So werden beim Bau von Unterkünften Billigfirmen aus dem Osten eingesetzt, mangelhafte Baumaterialien, z.B. billige Betonplatten aus alten DDR-Lagerbeständen verwendet. Abgerechnet wird aber nach dem Preisniveau auf dem Baumarkt West.

Die Beschäftigung von SozialbetreuerInnen wird nach BAT abgerechnet, gezahlt werden von den privaten Betreibern aber oft Gehälter, die deutlich darunter liegen. Eine Kontrolle hierbei gibt es nicht. Dies ist ein Grund, warum die Privaten bei Angeboten zur Einrichtung von Unterkünften meist billiger anbieten können als die Wohlfahrtsverbände, die nach Tarif zahlen müssen, weil es eine innerbetriebliche Kontrolle gibt. Diese Rechnung geht eindeutig auf Kosten der Menschen, die von den verminderten Betreuungsangeboten betroffen sind. (...)



Der Lebensalltag

Der Privatbereich ist extrem eingeschränkt, so herrscht eine permanente Bevormundung und Kontrolle der Menschen durch Ausweiskontrollen, stichprobenartige, unangemeldete Zimmerkontrollen, Reglementierung der Individualität im ohnehin extrem reduzierten privaten Bereich (Möblierung etc.), festgelegte Besuchszeiten (Einmischung in die freie Wahl der Freizeitgestaltung).

Eine soziale Integration und Organisierung wird intern verhindert, es gibt zwar eine Gemeinschaftsküche, aber keinen Eßraum, in dem die Mahlzeit auch gemeinsam aufgenommen werden kann.

Die baulichen Bedingungen lassen nicht zu, daß verschiedene kulturelle Bedürfnisse ausgelebt werden können, ohne andere dadurch zu stören, zu belästigen, so daß eine gleichberechtigte Andersartigkeit im Alltag möglich ist. So z.B. bei unterschiedlichen Kochgewohnheiten und Kochzeiten, oder bei unterschiedlichen Standards und Gewohnheiten bei der Benutzung der Sanitäreinrichtungen.

Durch die baulichen Verhältnisse werden Konflikte zwischen den einzelnen BewohnerInnen hervorgerufen. Dies führt zu einer Auseinandersetzung untereinander, zur Individualisierung der Einzelpersonen oder zur Gruppenbildung, die durch ein Abwehrinteresse gegen andere Gruppen bestimmt ist, die im Grunde den gleichen Bedingungen ausgesetzt sind. Dadurch wird verhindert, daß ein kollektives Bewußtsein über die Unterbringungssituation entsteht und sich der Protest dagegen an die Träger und Betreiber richtet. Es entstehen Eifersüchte und Neid über größere Ausnützung des Spielraumes durch einzelne und, daraus abgeleitet, das Gefühl, etwas zu verlieren oder weniger zu profitieren.

Unter dem Titel Ausgegrenzte Räume - Ausgegrenzte Menschen. Zur Unterbringung von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen ist von Stefan Thimmel im Oktober 1994 im Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Frankfurt/Main ein Buch zu diesem Thema erschienen.



Mexiko-Stadt. Vor dem Regierungspalast tanzen sogenannte Concheros alte aztekische Tänze. Seit dem fünfhundersten Jahr der Kolonisation 1992 weissagt der aztekische Kalender Aufstände und Erhebungen der indianisichen Bevölkerung für ihre Rechte. Der Aufstand in Chiapas ist für sie ein deutliches Anzeichen bevorstehender politischer Auseinandersetzungen.
Photo: Herby Sachs, Version

"Wir brauchen dich nicht!"

(Subcommandante Marcos)

Mit dem Ergebnis von 1. 300 000 Antworten auf die internationale Befragung der Zapatisten an die Zivilgesellschaft findet das obige Zitat als Warnung der Aufständischen an die Mächtigen nicht nur eine moralische Legitimation. Nein, die Zapatisten aus den Bergen in Chiapas haben einmal mehr nicht nur den Herrschenden in Mexiko, sondern auch uns in den "Vorbilddemokratien" eine gewaltige Lektion in Sachen Transparenz politischer Entscheidungsfindung und offener populistischer Diskussion erteilt.

Nach Monaten sinnlosen Dialogs mit Regierungsvertretern, deren Absicht es von Beginn der Verhandlungen an war, die Delegation der Zapatisten zu erniedrigen, ergreifen die Indigena-Rebellen mit der consulta zum dritten Mal, innerhalb der kurzen Zeit seit Aufstandsbeginn im Jan. 94, eine große politische Initiative, die die Regierung dazu zwingt die Forderungen der Zapatisten nach Freiheit, Würde und Demokratie ernst zu nehmen.

In einer desaströsen wirtschaftlichen, sozialen und finanzpolitischen Situation muß sich die mexikanische Regierung mit den Worten von Marcos sagen lassen, *"sie hat gemerkt, daß es etwas gibt, was man nicht kaufen und verkaufen kann, daß die Würde ihre Zusammenkunft vorbereitet. Die Macht des Geldes hat Angst, denn diese Zusammenkunft der Würden bedeutet ihr Ende, ihr Schritt hin zu einem Alptraum,..."*.

Wenige Tage nach diesen Worten, Mitte Oktober, finden in Chiapas die Kommunalwahlen statt Wahlbeteiligung um die 30%. Die Zapatisten haben in den Wochen vorher zum Wahlboykott aufgerufen. Die PRI gewinnt die Wahlen, doch die stärkste politische Kraft in Chiapas sind die Zapatisten. Ihr Aufruf zum Boykott hat auch die oppositionelle PRD zutiefst ins Herz ihrer Macht getroffen. *"Die EZLN hat sich nicht bewaffnet erhoben, damit die PRD oder irgendeine andere Partei an die Macht kommt."*

Im Vorfeld der Wahlen ist im Norden Chiapas der Bürgerkrieg jedoch nach wie vor an der Tagesordnung. Bewaffnete Anhänger der PRI, weiße Garden und Polizei attackieren mit logistischer Rückendeckung der mexikanischen Armee Campesinos, - Männer wie Frauen. Alle Personen, die nicht PRIsten in dieser Region sind, werden als Zapatista verdächtigt oder als PRD-Sympathisanten verfolgt. Es kommt zu Überfällen, Vergewaltigungen und Folterungen. Personen verschwinden, ganze Gemeinden flüchten aus ihren Dörfern. Am 4.9. fliehen die Bewohner der Gemeinde Usipá (620 Menschen) aus ihrem Ort.

Das sind Streiflichter weniger Tage in Chiapas, auch noch zu einem Zeitpunkt, wo nicht allzu weit entfernt, Regierungsvertreter einen scheinbar friedlichen Dialog mit den Zapatistas führen.

Immerhin haben die verschiedenen Dialogphasen und die Ergebnisse der Consulta zur Gründung von "Arbeitstischen" geführt, auf deren Grundlage in 6 Arbeitsgruppen folgende Themen diskutiert werden:

1. Indianische Gemeinden und deren Autonomie. 2. Rechtliche Garantien der Indígenas. 3. Politische Teilnahme und Vertretung der Indígenas. 4. Situation, Rechte und Kultur der indianischen Frauen. 5. Zugang zu den Medien. 6. Tradition und Entwicklung der indígenen Kultur.
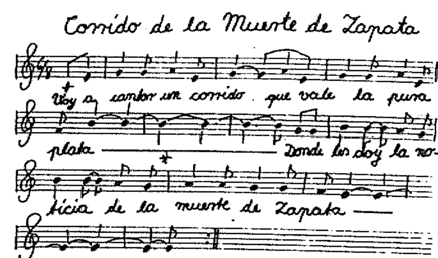
Sowohl die Zapatistas als auch die Regierung hatten die Möglichkeit, VertreterInnen der sogenannten Zivilgesellschaft als Gäste, Beobachter und Berater in die Fortführung des Dialogs zu integrieren. Mehr als 750 Vorschläge und Themen wurden in der Woche der Beratungen eingebracht und diskutiert. Nach Mitte November werden die Ergebnisse des ersten Arbeitstisches erwartet.

Doch die mexikanische Regierung betreibt ein Doppelspiel, sie verhandelt und läßt zeitgleich einen bekannten Guerillaführer aus den siebziger Jahren als Commandante der Zapatistas verhaften. Sie gibt Garantien während der Dialoggespräche, doch sind in den letzten Monaten mehr als 800 Menschen ermordet worden. Sie zieht angeblich Militär aus den Konfliktgebieten ab, doch ständig finden neue Waffentransporte statt. Sie gibt sich den Anschein eines friedlichen Dialogs, doch Todesschwadronen und auch US-Berater in mexikanischer Uniform führen einen schmutzigen Krieg gegen die Bevölkerung.

Das folgende Interview wurde von einer jungen Frau geführt, die für das politische Hip-Hop Magazin "Anarchist ... to the front" arbeitet. Das Gespräch bringt die Bedeutung des Anarchismus in Mexiko ans Tageslicht, auch wenn seine Einflüsse auf die zapatistische Bewegung nicht überschätzt werden sollten. Immerhin sitzen seitdem einige wilde Arbeitsgeister an diesem Thema. Was immer das Ergebnis sein wird, ich bin gespannt auf die Erkenntnisse über den Anarchismus in Mexiko und seine Bedeutung für den alten und neuen Zapatismus.

Herby Sachs

(Wer den aktuellen Stand der Situation in Chiapas mitverfolgen möchte, sollte unbedingt die "Land und Freiheit" abonnieren. Sie bringt in zweiwöchentlichem Rythmus in deutscher Sprache, Berichte und Originaltexte aus Mexiko und besonders die politischpoetischen Briefe und Kommuniques des Subcommandante Marcos sind ganz und gar empfehlenswert (3 Monate Abo, mind. 5 Ausgaben kosten 10.-DM) Redaktion und Verlag sind:
Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg, Tel. 010/7213536.



Corrido vom Tode Emiliano Zapatas

Höret Señores, hört den Bericht
über ein traurig' Ereignis.
In Chinameca ward meuchlings ermordet,
Zapata, der große Rebell.

Der Monat April anno 1919
Wird bleiben im Herzen
und im Gedächtnis der Campesinos
der dunkelste Fleck.

Lauf, Kaninchen laufe,
erzähl' es all deinen Brüdern:
gestorben ist Emiliano Zapata,
der Feind aller Tyrannen.

Ya basta!

"Ziel der zapatistischen Bewegung ist es, sich selbst überflüßig zu machen"

Interview mit Anna und Gustavo, zwei Mitglieder der Revolutionären anarchistischen Föderation "AMOR Y RABIA" (Liebe und Wut) aus Mexico-City, die über ihr Zeitungsprojekt, sowie ihre Unterstützungsarbeit für die Zapatisten berichten.

Einige werden sich zu unrecht fragen, was ein Interview, daß sich mit dem Befreiungskampf der Zapatisten in Mexico beschäftigt, in einem Magazin wie ANARCHIST...TO THE FRONT zu suchen hat. Daran werdet Ihr euch gewöhnen müssen, da unser Verständnis als politisches Hip Hop Magazin weit über eine nationalstaatliche Vorgabe hinausgeht und eine Solidarisierung mit Menschen, die, an welchem Ort auch immer, im Widerstand aktiv sind, für uns selbstverständlich ist.

In dem Gespräch mit Gustavo und Anna aus Mexico-City wird deutlich, wie Erstellung und Vertrieb einer politischen Zeitschrift in anderen Ländern mit akuter Lebensgefahr verbunden sein kann. Außerdem gibt dieses Interview ein eindrucksvolles Beispiel konkreter Solidarität und zwar in einer Dimension, wie sie den Wenigsten von uns bekannt sein dürfte. Anna, Gustavo und einige Freunde stellten ein Sortiment ihrer anarchistischen Zeitschrift "AMOR Y RABIA" (Liebe und Zorn) zusammen, packten ihre Rucksäcke und zogen - nein, nicht zum nächsten Jam, sondern direkt in die sogenannte "Schwarze Zone", dem Hauptaktionsgebiet der zapatisitschen Guerilla im Urwald von Chiapas.

Um das Verständnis der Zusammenhänge zu erleichtern, zuvor ein kurzer Abriß der Geschichte Mexicos:

Wie die meisten lateinamerikanischen Staaten, erlebte Mexico verschiedene Phasen der Ausbeutung durch den expandierenden europäischen Kapitalismus. 1517 eroberten die Spanier unter Hernan Cortés das Aztekenreich und gründeten 1535 das Vizekönigreich Neu-Spanien. Sie vernichteten dabei vollständig jegliche materielle, soziale und kulturelle Grundlage der atztekischen Gesellschaft, ermordeten einen Großteil der Bevölkerung und ließen den Rest als Sklaven auf Plantagen oder in Bergwerken schuften, um den Gold- und Silberfluß nach Europa aufrecht zu erhalten. Knapp dreihundert Jahre lang presste der Kolonialismus auf diese Weise den lateinamerikanischen Kontinent aus und bescherte Europa einen wirtschaftlichen Aufschwung ohnegleichen. Im Jahre 1810 formierte sich die mexicanische Unabhängigkeitsbewegung unter dem Priester Miguel Hidalgo, der jedoch schon einige Jahre später hingerichtet wurde, nachdem die auf 80 000 Menschen angewachsene Bewegung vor der Hauptstadt von Regierungstruppen niedergemacht worden war. 1821 wird Mexico auf Betreiben der kolonialen Oberschicht "unabhängig", gerät aber zügig in die Abhängigkeit des erwachenden US-amerikanischen Imperialismus. Bis 1848 verlor Mexico fast die Hälfte seines Territoriums an die USA. Faktisch wurde die mexicanische Politik maßgeblich von den Vereinigten Staaten gelenkt. Erst zu Beginn des 20.Jahrhunderts entstand eine revolutionäre Bewegung, die mit der Losung "Land und Freiheit" eine weitgehende Bodenreform forderte. Innerhalb dieser Bewegung bündelten sich die unterschiedlichsten Tendenzen: bürgerliche, sozialdemokratische aber auch sozialistische und anarchistische Ideen trafen hier aufeinander. Den radikalsten Flügel bildeten die zapatistischen Bauernarmeen unter Emiliano Zapata, die in den Kämpfen gegen die Großgrundbesitzer die entscheidenden Erfolge errungen haben, Jedoch enthielt die neue Verfassung von 1917 keine der sozialen Forderungen der Zapatisten. Die Agrarreform wurde rückgängig gemacht und der neu formierte mexicanische Staat wurde Eigentümer von Grund und Boden. Erst 1920, als Alvaro Obregon zum Staatspräsidenten gewählt wurde, änderte sich die alte feudale und gesellschaftlich Ordnung des Landes. Landenteignungen (amerikanischer) Großgrundbesitzer, Enteignung der Ölgesellschaften, Parzellisierung und Verteilung des Landes an besitzlose Bauern bzw. indianische Dorfgemeinschaften, Alphabetisierungskampagnen, sowie erstmalige Bestrebungen zur Eingliederung der Indios in die "staatliche Gemeinschaft" wurden durchgeführt. Die 1928 gegründete und von diesem Zeitpunkt an bis heute herrschende "Partei der institutionalisierten Revolution" (PRI) erreichte durch ihr Machtmonopol eine gewisse politische Stabilität. Heute allerdings ist diese Regierungspartei nichts anderes als eine Marionette an der Fäden der US-amerikanischen Wirtschaft und Politik. Unfähig, die brennenden sozialen und politischen Probleme Mexicos zu lösen und das Land aus der Krise zu führen, verschlechterte sich die Lage vor allem der unteren Bevölkerungsschichten drastich. Vor diesem Hintergrund ist vor ca. 3 Jahren erneut eine zapatistische Bewegung entstanden, deren Befreiungskrieg für ganz Lateinamerika ein neues Zeichen gesetzt hat- ein Zeichen der Hoffnung für die seit 5 Jahrhunderten ausgebeuteten und rechtlosen Opfer des europäischen Kapitalismus: die indigenen Völker. "Die aufständischen in Chiapas haben sich unter der Losung "Land und Freiheit" erhoben, um ihr Recht auf Existenz gegen die besitzenden Klassen zu verteidigen. Sie sagen NEIN zu einer Modernität und Zivilisation, in der alles Lebendige nur eine Ökonomie des Todes nährt. Sie erheben den Anspruch, daß keine Regierung, kein Staat und kein wirtschaftliches System Bestand haben darf, das Hunger statt Brot wachsen läßt, das Krankheiten schickt statt Medizin, das Polizei, Militär und Killer organisiert statt Gerechtigkeit, Sie sagen: das Land denen, die es bebauen. Die Zapatisten wollen keinen neuen Staat, sondern eine andere Gesellschaft. Sie sagen: Demokratie ist dort, wo alle mitentscheiden. Die Botschaft von Chiapas gilt auch uns "Sie bedarf unserer Solidarität, denn "der Kampf um Befreiung ist international..."

Interview:

Frage: Zunächst zur Entstehungsgeschichte von "AMOR Y RABIA". Wann und von welcher Gruppe wurde dieses Zeitungsprojekt ins Leben gerufen?

Gustavo: Im September '91 gab es im

Staat Morelos eine Zusammenkunft von libertären, d.h. anarchistischen Gruppen und Einzelpersonen, die feststellen wollten, wie groß die anarchistische Bewegung Mexicos ist Ein weiteres Ziel dieses Treffens war es, eine Art Netzwerk zu organisieren, welches zur Weiterleitung von Information, zur Koordination, sowie zur internationalen Solidaritätsarbeit unerläßlich ist. Hieraus entstand die sogenannte "Libertäre Koordination", in der die einzelnen Gruppen und auch die Einzelpersonen bestehen blieben. Das brachte aufgrund der vielen verschiedenen Einstellungen und Ansichten auch Probleme mit sich - also wurde zunächst viel inhaltlich gearbeitet, d.h. die neuen Treffen konzentrierten sich auf Diskussionen, Analysen usw.. Einige Leute aus der "Libertären Koordination" hatten Kontakte in die USA zu "Love and Rage", eine ebenfalls anarchistische Bewegung, die auch eine Zeitung herausbrachten. Diese Zeitung wurde in englisch und spanisch vertrieben. Wir entschlossen uns zur Zusammenarbeit mit "Love and Rage", d.h. zum Zusammenschluß mit deren Zeitungsprojekt. Einige Leute vom ersten Treffen (aus welchem die "Libertäre Koordination" entstand) sprangen ab, aber 1992 begann dann nach der inhaltlichen Arbeit der praktische Teil. Zunächst gingen Anna und ich nach New York und wurden dort von den "Love and Rage"-Leuten in die Computerarbeit eingeführt. 1992 gab es dann auch gleich mehrere größere Themen, wie z.B. 500 Jahre Amerika, Sevilla etc. die wir aufgriffen. Im Januar 1993 erschien die erste Ausgabe von "Amor y Rabia", die ab da monatlich erschien.

Frage: Bildeten sich Abhängigkeiten zu den "Love and Rage"-Leuten aus New York, oder gab es eine "normale" Zusammenarbeit?

Gustavo: "Amor y Rabia" war von Anfang an unabhängig von "Love and Rage". Zusammenarbeit gab es schon, allerdings nur bei speziellen Artikeln, wie z.B. über Lateinamerika, feministische Arbeit in Mexico usw...

Frage: Du hast gerade erwähnt, daß die "Love and Rage" zweisprachig, d.h. auf englisch und spanisch erschien. War das ebenso mit "Amor y Rabia"?

Gustavo: Zunächst. Vom Januar '93 bis März '93 - erschien die "Amor y Rabia" nur auf spanisch, danach gingen einige Exemplare jeder Ausgabe nach New York, wurden dort ins englische übersetzt und vervielfältigt. Ab diesem Zeitpunkt erschien die "Love and Rage" nur noch auf englisch.

Frage: Wie hoch ist Eure Auflage und wie sieht es mit dem Verbreitungsgebiet aus?

Gustavo: Die Zeitung hat eine Auflage von 3000 Exemplaren...

Frage: ...das ist nicht das meiste..

Gustavo: Moment, es ist etwas vollkommen anderes, ob du hier in Deutschland 3000 anarchistische Zeitungen druckst und verteilst, oder ob du das in Mexico tust. In Mexico braucht man eine Genehmigung, um eine Zeitung öffentlich zu vertreiben. Da wir diese Genehmigung nicht haben, sind wir auf den mehr oder weniger illegalen Handverkauf angewiesen. "Amor y Rabia" wird so in 12 von 32 Staaten Mexicos verteilt - überall dort, wo unsere Leute sind. Dazu kommt, daß es in Mexico keine vergleichbare Struktur wie in Deutschland gibt - es gibt weder Infoläden noch Kulturzentren oder ähnliches. Für solche Einrichtungen müßten Räume angemietet werden, dazu fehlt aber das Geld ... Wenn jemand in Mexico die "Amor y Rabia" besitzt, liest er sie auch, und vor allem gibt er sie weiter! Auch das ist nicht mit der hiesigen Situation vergleichbar. Denn so kannst du davon ausgehen, daß mindestens 50 Leute EINE Zeitung lesen!

Frage: Ihr beide kommt aus Mexico-City. Wieviel Exemplare verteilt Ihr dort?

Gustavo: Ungefähr die Hälfte wird dort verteilt, d.h. ca. 1500 Exemplare. Auch dort läuft alles über Handverkauf. Brigaden gehen raus; überwiegend an Schulen, Hochschulen, Uni's, aber auch auf Demo's oder an Metroeingängen wird die "Amor y Rabia" angeboten. Zudem gibt es auch noch Abo's. Aids-Kranke, sowie alle spanischen Gefangenen der USA bekommen die "Amor y Rabia" umsonst. In den USA wird die englischsprachige Ausgabe der "Amor y Rabia" in New York, Los Angeles und Texas verteilt... Noch was zur Auflage: die ökonomische Lage wurde Ende 1993 immer schwieriger, so daß die Zeitung seit diesem Zeitpunkt nur noch zweimonatlich, aber in derselben Auflage erscheint.

Frage: Zur inhaltlichen Seite: Was für Themen greift Ihr auf?

Gustavo: Im Prinzip gib es keine Grenze! Es geht z.B. um die Abschaffung von Gefängnissen und in diesem Zusammenhang fordern wir auch die Aufhebung des Unterschiedes zwischen politischen und sozialen Gefangen, genauso geht es um praktische feministische Arbeit in Lateinamerika, außerdem veröffentlichen wir seit einem guten Jahr Stellungnahmen und Berichte der Zapatisten. Du kannst nichts ausgrenzen. Politik ist überall, alles ist Politik!

Frage: Durch Eure praktische Arbeit leistet Ihr einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Zapatisten. Wie kam die erste "Kontaktaufnahme" und die daraus resultierende Verbindung zustande?

Gustavo: Das lief alles über die Zeitung. Im Januar'94 fand ja sozusagen der erste Gebutstag von "Amor y Rabia" statt. Wir hatten die "Geburtstags-ausgabe" fast fertig, als in der Sylvesternacht von 1993 auf '94 der Aufstand in Chiapas anfing. Durch die Medien erfuhren wir von der "Kriegserklärung" der Zapatisten an die Regierung und ebenso erfuhren wir, daß es sich bei den Zapatisten um keine marxistisch-leninistische Organisation handelt, was für uns wichtig war. Die Zapatisten verstehen sich eher als Krieger, sie "opfern" sich für die Bevölkerung, mit dem Ziel, eine andere Gesellschaft zu schaffen, in der jede und jeder gleichberechtigt ist, und das Land denen gehört, die es bewirtschaften, Es gibt in der EZLN (=Ejercito Zapatista de Liberacion Nacional, Anm.d.Verf.) keine Machtbestrebungen; in Ihrem Sinne soll das zivile Volk die Macht ausüben. Dieser Standpunkt wird auch von der anarchistischen Bewegung vertreten. Daher kam es, daß wir innerhalb von einer Woche eine neue Zeitung, mit völlig neuem Schwerpunkt erstellten. Alle Artikel drehten sich um die Zapatisten und die Situation in Chiapas. Die



Foto: David Rosales

Ausgabe hatte den Titel: "Klassenkrieg-Explodiert die soziale Situation in Chiapas?"

Frage: Kurze Zwischenfrage: Du hast vorhin gesagt, für Euch sei es wichtig gewesen zu sehen, daß die Zapatisten vor einem eher anarchistischem Hintergrund kämpften. Weshalb standet Ihr der Bewegung zuerst skeptisch gegenüber und was genau waren Eure Kritikpunkte?

Gustavo: Nun ja, alles was wir erfuhren kam natürlich über die normale Presse. Dadurch entsand zum ersten ein verzerrtes und unvollständiges Bild. Kein Mensch wußte, was wirklich dort unten passierte. Das zweite, was uns mißtrauisch machte, war, daß die Zapatisten "patriotische Symbole" (wie z.B. die mexikanische Flagge) benutzen. Für uns steht diese Flagge für diesen Staat, diese Regierung unter Ernesto Zedillo, die als Handlanger des Kapitals unfähig sind, die Probleme und des Elend, die in ganz Mexiko herrschen zu beseitigen. Die Zapatisten dagegen sagen, daß dies die Flagge des mexikanischen Volkes ist-die Conquistadores brachten ihre eigenen Fahnen mit, die spanische bzw. die englische. Auch die Revolutionen wurden unter der mexikanischen Fahne gemacht. Und nun wollen die Zapatisten ebenfalls eine Revolution für das ganze mexikanische Volk. Für diese Argumentation haben wir durchaus Verständnis, aber die Kritik wird dadurch nicht ausgelöscht!

Frage: Wie ging es dann im Januar '94 weiter? Die Sonderausgabe der "Amor y Rabia" erschien, der Kontakt zu den Zapatisten bestand aber noch nicht!

Gustavo: Wir, d.h. ein Mann aus New York von "Love and Rage", einer aus New Jersey, eine Frau und ein Mann aus San Francisco, Anna und ich beschlossen im März '94 nach Chiapas zu gehen, um selbst zu sehen, was dort passiert und natürlich um Kontakte zu knüpfen. Wir besorgten uns alle gefälschte Pässe, so daß wir als nationale bzw. internationale Journalisten weniger Probleme mit den Militärkontrollen bekamen. Die erste Schwierigkeit war die Umstellung von Mexico-City (mittlerweile 21Mio. Einwohner) auf den Urwald! Normalerweise fährt man dann z.B. von San Cristobal aus mit einem Geländewagen los; da wir keinen Wagen hatten, mußten wir zu Fuß (!!!) losmarschieren. Sämtliche Ausgaben von "Amor y Rabia" seit Erscheinungsbeginn, Briefe, die Sonderausgabe über die Zapatisten... alles hatten wir in unseren Rucksäcken versteckt, um uns so den Zapatisten zu "offenbaren" und nicht als normale Presseleute abgestempelt zu werden! Zunächst gerieten wir allerdings in einige heftige Militärkontollen. Unglaublicherweise haben die weder eine Zeitung, noch einen einzigen Brief gefunden. So wurden wir immer weiter in die "Schwarze Zone" eingelassen, bis wir irgendwann

in die erste zapatistische Kontrolle kamen. Auch dort sagten wir zunächst, daß wir von der nationalen bzw. internationalen Presse seien. Daraufhin wurden wir in eine Holzhütte geführt, in der schon einige Leute der internationalen Presse waren. Am nächsten Tag kam die Nachricht der Zapatisten, daß wir nicht weitergehen könnten, da Marcos gerade nicht in der Gegend sei. Zurückgehen, und eine Woche später nochmal wiederkommen lautete die Anweisung. Jetzt war die Zeit für uns gekommen, uns endlich zu offenbaren. Nach einiger Aufregung und nachdem die anderen Presseleute weg waren, wurde per Funk die Kommandantur gerufen. Schließlich konnten wir weitergehen. Wieder gehen, da auch hier leider kein Wagen zur Verfügung stand. Die zweite zapatistische Kontrolle war gleichzeitig die erste, an der alle bewaffnet waren. Die Führerin dieser Gruppe war eine Frau, die uns nach kurzem Funkkontakt zur ersten Kontrollstation-"sie sind angekommen wir brauchen nicht zu suchen"-durchließ. Wieder Fußmarsch, und endlich die dritte Kontrolle, bestehend aus einer besetzten Finca (großes Landgut, Anm. d. Verf.). Dort wurden wir zuerst durchsucht-alle Briefe, Zeitungen... die die Militärs nicht gefunden hatten, wurden nun hier gefunden. Während wir dort warteten, wurden wir kleinen "Tests" unterzogen, zur Prüfung, ob wir tatsächlich von "Amor y Rabia" seien. Wir betonten auch die ganze Zeit, daß wir gar nicht mit Marcos sprechen wollten, sondern eher mit den Bauern, den Frauen und Kindern aus den Dörfern. Irgendwann kam ein Zapatist, natürlich mit pasamontana (so werden die "Masken" der Zapatisten genannt, Anm. d. verf.) eine Treppe herunter, stellte sich als Rolando vor, und bat uns, eine Liste mit unseren richtigen Namen anzufertigen. Dazu nahm er sich die Zeitung und verschwand. Ca. eine halbe Stunde später kam er wieder, mit einem Jeep fuhr er vor die Finca, begrüßte uns, als würden wir uns seit Ewigkeiten kennen zündete sein Pfeifchen an und rief: " Es lebe die anarchistische Revolution"... und diese Person war nicht irgendein Rolando, sondern kein anderer als Marcos persönlich. Danach fuhren wir mit zwei Jeeps in einige Dörfer, sprachen mit den Leuten, interviewten sie, diskutierten 15Tage lang. Seitdem organisieren wir Solidaritätsaktionen, veröffentlichen Stellungnahmen von Zapatisten... die Zusammenarbeit kam ins Rollen!

Frage: ....Wieviel Zapatisten gibt es ungefähr?

Gustavo: Es werden ca. 10.000 bewaffnete Zapatisten sein, aber die Zahl der Unbewaffneten kannst du nicht mal schätzen. Vielleicht sind es Zehntausende, Hunderttausende, Millionen?! Ich und Du wir sind im Prinzip auch Zapatisten-jeder, der diesen Kampf irgendwie unterstützt, ob materiell, oder z.B. in Form von Weiterleitung der Information, gehört dazu!

Frage: Wieviel Soldaten hat die Regierung mittlerweile nach Chiapas entsandt?

Gustavo: Ungefähr 60.000.

Frage: Wie entstand die Bewegung der Zapatisten? Gibt es Parallelen zu anderen Guerillabewegungen?

Gustavo: Die Zapatisten unterscheiden sich von anderen lateinamerikanischen Guerillabewegungen durch ihren zapatistischen Ansatz. Bevor es eine "Bewegung" gab, sind einige Leute in die Dörfer gegangen, und haben Diskussionen angeregt. Es ging in erster Linie darum, was die Leute sich zur Besserung der Lebensverhältnisse wünschen. Es ging auch vor allem darum, ob sie einen Krieg wollen oder nicht. Ihre Lebensbedingungen sind schon hart genug, ein Krieg aber würde ihnen noch zum zusätzlichen Leid werden. Es gab in jedem Dorf eine basisdemokratische Abstimmung, d.h. mit Handzeichen. Danach wurden Listen angefertigt, in denen verzeichnet war, wieviel Frauen, Männer, Kinder und Alte in dem entsprechenden Dorf leben und wieviele für bzw. gegen den Krieg gestimmt haben. Die Mehrheit war für den Krieg.

Frage: Eine letzte Frage zu Samuel Gracia Ruiz, dem Bischof von San Cristobal. Welche Rolle spielt er in dem Befreiungskrieg der Zapatisten?

Gustavo: Willst du hören was die Medien sagen, oder willst Du wissen, was die "Amor y Rabia"-Leute denken?

Frage: Die Medien jubeln ihn zum Helden hoch, als Vermittler zwischen Zapatisten und der Regierung. Der Papst will ihn exkommunizieren...aber was denkt ihr?

Gustavo: Es ist nicht ganz einfach. Es gibt einen Kampf zwischen der evangelischen und katholischen Kirche, wobei natürlich die katholische Kirche immer noch die größere Macht darstellt. Sein "Einsatz ist eher scheinheilig und hilft im Prinzip nur der Kirche, um Macht zu stabilisieren. Er selbst stellt sich gern als Helfer und Held dar- eine Art Selbstbeweihräucherung...

(*Zitat aus Land und Freiheit: Edition Nautilus, Am Brink 10, 21029 Hamburg)

Dank geht an die Lateinamerika Gruppe der FAU (Freie ArbeiterInnen Union), die dieses Treffen im Rahmen eines Mexico-Seminars organisierte und Dank auch vor allem an Laudres, die als Dolmetscherin dieses Interview überhaupt erst möglich machte!

(Die Fotos wurden am 1.1.94 in San Cristobal, Chiapas von Herby Sachs aufgenommen. H. Sachs, Version, vor den Siebenburgen 32, 50676 Köln, Tel. 0221-31 00 961)

Anmerkung zum Staatswappen.

Der Staatswappen der mexikanischen Flagge zeigt einen Adler, der auf einem Kaktus hockt, und eine Schlage verzehrt. Diese Symbol geht auf eine aztkische Legende zurück, nach welcher ein Priester den nomadisierenden Azteken prophezeite, daß sie sich erst dort niederlassen dürften, wo ihnen dieser Adler begegnen würde. Der Adler symbolisiert das Gute, die Schlange das Schlechte. Im Hochland von Zentralmexiko schließlich erfüllte sich die Prophezeihung. Die Azteken siedelten sich dort an und errichteten ihre Hauptstadt Tenochtitlán. Von den Spaniern völlig zerstört, wurde auf den Grundmauern Tenochtitláns Mexiko-Stadt erbaut.

Buchempfehlung:

"DER AUFSTAND DER ZAPATISTAS - !YA BASTA!"
Herausgegeben von den Topitas,
Verlag Libertäre Assoziation

Kurzes

Happy Birthday, Haftbefehl!

Das 150. Ermittlungsverfahren gegen die Zeitschrift >radikal< – ein Film von Bertram Rotermund u. Oliver Tolmein, Medienwerkstatt Freiburg 1995, 36 Min.

Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik verfolgt die Bundesanwaltschaft ein Zeitungsprojekt als Ganzes, weil es eine "kriminelle Vereinigung" sein soll. Vier junge Männer sitzen seit dem 13. Juni in Haft weil sie Mitarbeiter der 1976 gegründeten "radikal" sein sollen, gegen weitere vier Menschen sind Haftbefehle erlassen, gegen weitere siebzehn hat die Bundesanwaltschaft Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Der Film erzählt die Geschichte der "radikal" und ihrer Verfolgung: 1984 wurden Benny Härlin und Michael Klöckner als angebliche Herausgeber der "radikal" zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Statt ins Gefängnis zogen sie auf der Liste der Grünen ins Europaparlament ein. 1990 kassierte der Bundesgerichtshof das Urteil. 1987 wurden mehrere Buchhändler wegen Verkauf von "radikal"-Ausgaben zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen verurteilt.

In "Happy Birthday, Haftbefehl!" kommen Mitglieder der Hamburger Solidaritätsgruppe zu Wort, erklärt der Sprecher der Bundesanwaltschaft, warum eine Zeitung keine Zeitung sein soll, beziehen Hermann L. Gremliza von "konkret" und Wolfgang Schimmel (IG Medien) Stellung zur Lage der Pressefreiheit. Die Montage von aktuellem und historischem Material zeigt, wie sich das politische Klima im Land seit den 80er Jahren verändert hat.

Die Dreharbeiten wurden begleitet von einer wochenlangen juristischen Auseinandersetzung. Die Justizbehörden haben erfolgreich verhindert, daß ein Interview mit dem seit 13. Juni 1995 inhaftierten Ralf M. geführt werden konnte. Es gebe, so die bemerkenswerte Argumentation des Ermittlungsrichters am BGH, Dr. Bezer, kein allgemeines

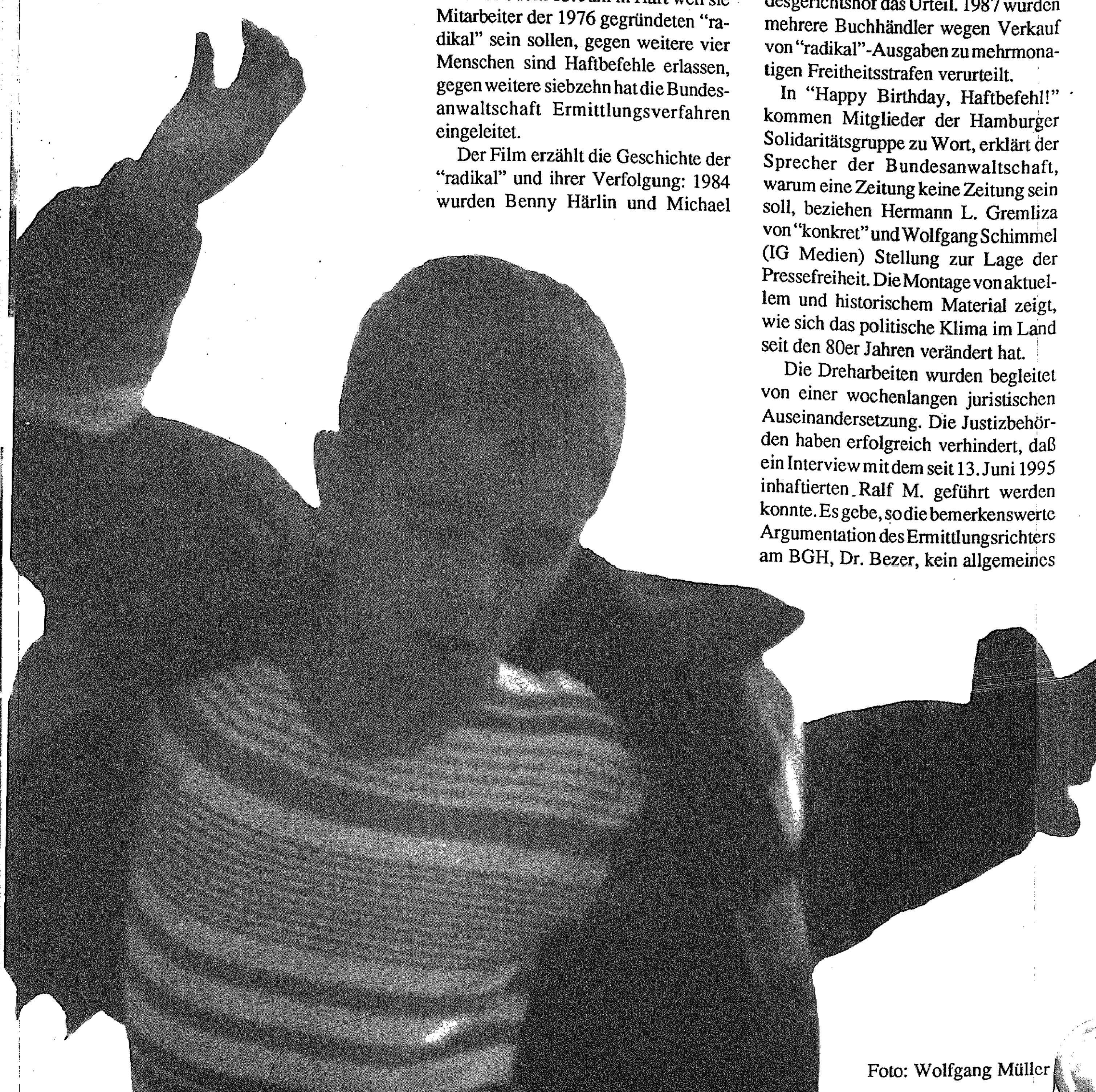


Foto: Wolfgang Müller

öffentliches Interesse an dem Verfahren, sondern nur das Interesse der " Sympathisanten-Szene". Deswegen wiege das Recht des Beschuldigten auf Meinungsfreiheit geringer als das Interesse des Staates an einer "ungehinderten Ermittlungstätigkeit". Ein Anliegen des Films ist auch, gerade dieses Verständnis von Meinungsfreiheit und Öffentlichkeit zu thematisieren.

Verleih: 35.-DM

Kaufkassette: 100.-DM (jeweils plus Versand & Mwst.)

Kontaktadresse:
MEDIENWERKSTATT
Konradstr. 20
d-79100 Freiburg
Tel. 0761-709757

Bundeswehr-Spot mit Nazi-Propaganda Vorlage beim ZDF

Das ZDF strahlt derzeit einen Bundeswehr-Spot aus, für den es eine direkte Vorlage aus der Nazi-Propaganda gibt. Der umstrittene Spot des Bundesverteidigungsministeriums, der aus öffentlichen Mitteln finanziert wird, lief bereits vor einem Jahr in privaten Sendern. Er wird vorwiegend in Fußball-Werbeblöcken ausgestrahlt.

Von *querblick* gibt es eine Videocollage, die Nazi-Propaganda und Bundeswehrwerbung unkommentiert aneinander geschnitten hat. Die Propaganda-Streifen gleichen sich fast auf's Wort. Das 3-Minuten Video (VHS) eignet sich hervorragend für den Einstieg in eine Diskussion oder als Vorfilm Er spricht für sich und wirkt selbst auf kritische Menschen erschreckend.

Das Video gibt es als Kaufkassette für die öffentliche Vorführung für 25.-DM inkl. Versand

Kontaktadresse:querblick
medien-und verlagswerkstatt
gottlieb-daimler-str. 3
d-78467 konstanz
tel. 07531/65002

Das **Atelier de Creation Libertaire** in **Lyon** und das Centre de Sociologie des Représentations et des Pratiques Culturelles in Grenoble führen vom 21. - 23. März 1996 eine libertäre Buchmesse mit Diskussionsrunden durch. Ort wird Grenoble sein.
Genauere Infos bei: *Atelier de Création Libertaire, BP 1186, F-69202 Lyon Cedex 01*

Seit 6 1/2 Jahren, seit dem 26.4.1989 (3.Jahrestag von Tschernobyl!) gibt es vor dem **AKW Grundremmingen** jeden Sonntag, ab 15 Uhr eine **Mahnwache!** In Grundremmingen, dem größten AKW Deutschlands, werden die MOX-Brennstäbe (Mischoxid-Brennstäbe) eingesetzt. Grundremmingen wird auch Schauplatz des nächsten CASTOR-Transports.
Infos über die letzten Aktionen (Schienendemontage war geplant) und über weitere Vorhaben bei:
Mahnwache Grundremmingen, Sascha Paßlack, Freienfelsstr.2, 81249 München

Die **Frankfurter Mittwochsgruppe** ist aus dem Dezentral ausgestiegen (worden). Sie trifft sich jedoch weiterhin, allerdings Donnerstags (!) in den Räumen der DFG-VK, *Vogelsbergstr.17, 60316 Frankfurt. Tel. 069-431440.*

Das **Libertäre Forum Frankfurt** (trifft sich jeden Mittwoch im Dezentral, solange sich dieses noch finanziell halten läßt!) hat erste Reaktionen auf seinen u.a. im SF veröffentlichten **Aufruf** zu den Grundsätzen der anarchistischen Bewegung erhalten und plant nächstes Jahr ein Treffen. Ein Rundbrief soll dieses Treffen vorbereiten. Textbeiträge zum Thema "Anarchismus heute" sind erwünscht.. Kontakt: *LiFF, c/o Dezentral, Wittelsbacherallee 45, 60316 Frankfurt*

Beim 4. internationalen Ost-West-Treffen der anarcho-syndikalistischen Gruppen und Initiativen stellte die **Torpedo-Gruppe aus Serbien** ihre Sicht der verworrenen Entwicklung im ehemaligen **Jugoslawien** dar. *(Ihr Text ist ein wenig von der SF-Red. geglättet und gekürzt worden:)*

"Der Konflikt begann nach der Rückkehr des serbischen Führers Milosevic aus den USA und mit seinem Versuch, das IWF-Programm zu realisieren. Die Interessen des Westens lagen darin, anstelle eines staatskapitalistisch ausgerichteten Staates 6 Einzelstaaten in den Weltmarkt zu integrieren und den Jugoslawien auszuschalten. Folgerichtig begann Milosevic seinen Angriff auf die alte KP als Trägerin des vorhandenen Staatskapitalismus. In jedem der 6 Teilstaaten kamen anschließend die Nationalisten zu neuem Einfluß und an die Macht. Im Gefolge wurde der Krieg unvermeidlich. Das Ausland hatte Interesse an diesem Krieg, hier ließen sich alte Waffen und Medikamente gewinnbringend verkaufen.

Seit Beginn des Krieges wuchs auch die Antikriegsbewegung. Da beide nationalistischen Führer Milosevic (Serbien) und Tudjman (Kroatien) den Zwangskriegsdienst einführten, flohen viele von uns ins Ausland oder versteckten sich. Da diese Bewegung jedoch spontan entstand und unorganisiert war, konnte sie leicht zerschlagen werden. Die nationalistische Propaganda hat inzwischen derart zugenommen, daß es gesundheitsgefährlich wurde, Zeitungen zu lesen oder Fernsehen zu schauen. Die Methoden sind die alten: oft zeigen das serbische und das kroatische Fernsehen diesselben Bilder von Greueltaten und schieben es der jeweils anderen Seite in die Schuhe. Gleichzeitig wurden die Kontakte unter den Menschen verschiedener Herkunft zerstört und Differenzen geschürt. Was vor 4 Jahren in derselben Sprache geschrieben wurde, wird heute übersetzt, von Kroatisch ins Serbische und umgekehrt. In Kroatien säubert man die Schrift von türkischen und serbischen Wörtern und erfindet neue. Ähnliches geschieht in Serbien, wo befohlen wurde, die lateinische Schrift durch kyrillische zu ersetzen. Die nächste Generation soll sich als neue Nation fühlen...

Die Armee lockte durch besseres Essen und bessere Kleidung als dies der Bevölkerung möglich war. Heute kämpfen aber vermehrt Söldner, die nur ein

Interesse kennen: sich am günstigsten zu verkaufen. Alle drei Kampfparteien bedienen sich dieser Söldner: die serbischen Tschetniks haben überhaupt keine festen Überzeugungen, es handelt sich zumeist um rechtsradikale Nationalisten und Banditen, die einst dem König, dann Milosevic dienten, der sie 1993 entwaffnen ließ als sie ihm zu gefährlich wurden. Ähnlich steht es um die kroatischen Ustaschas und die bosnischen Mudjaheddins, die von Tudjman und Izetbegovic bezahlt werden.. Auch in ihren Reihen gibt es viele Kriminelle, Säufer und verwahrloste und vertierte Menschen.

Leider können wir heute diesen Krieg nicht stoppen. Es gibt kein starkes Klassenbewußtsein in Ex-Jugoslawien. Es gibt zwar Menschenrechtsgruppen, Antikriegsgruppen, feministische und humanitäre Organisationen, aber sie führen den Kampf nicht gegen das Kapital, sondern für eine Zivilgesellschaft. Dies heißt in unserer Situation aber Kapitalismus und folglich Krieg. Statt unsere realen Probleme zu bekämpfen, übernehmen sie die Themen von westeuropäischen "Schwesterorganisationen". So gibt es z.B. AnarchistInnen, die in Serbien einen Kampf gegen McDonalds führen und das in einer Situation, in der 80% der Bevölkerung einen Mangel an Lebensmitteln beklagen. Feministische Gruppen organisieren Sitzstreiks anstatt das Patriarchat ihrer eigenen Männer zu bekämpfen. usw. Hinzukommt, daß viele dieser westlichen Gruppen z.B. "Arbeiterhilfe für Bosnien", ganz einseitig Hilfe leisten.

Immerhin können wir sehen, daß diese Gruppen eine Veränderung anstreben, es fehlt aber derzeit, dies in wichtige Bahnen zu kanalisieren. Seit 1993 gibt es in Serbien ständig Streiks, zwar rein ökonomischer Natur, aber immerhin Anzeichen für ein wachsendes kritisches Bewußtsein.

Am Beispiel des Militarismus kann mensch das Umdenken am besten aufzeigen: Im ehemaligen Jugoslawien existierte eine »Kult der Armee«; man feierte den Militärdienst als Initiation, sang Lieder etc. Nachdem viele Jugendliche 1991-2 in einem sinnlosen Krieg fielen, verloren die meisten Eltern den Glauben an "ihre" Armee. Heute verstecken sie oft selbst ihre Söhne. Möglicherweise gelingt es einen "Kult des Antimilitarismus" zu schaffen.

Quelle: *Infobulletin der Moskauer Organisation der Konföderation der Revolutionären Anarcho-Syndikalistinnen, Vadim Damier, Moskau*

Abteilung curiosa:

I. Libertäres Forum bei der PDS gegründet. AnarchistInnen aus dem Umkreis der PDS, z.T. angeblich FAU und IAFD-Mitglieder, haben ein "Libertäres Forum bei der PDS" gegründet, um deren Partei basisdemokratisch zu beeinflussen. Es wurden zwei Delegiertefür den nächsten Bundesparteitag der PDS gewählt, die die Thesen des Libertären Forums dort vertreten sollen.

Kontakte für diese Sisiphusarbeit sind: *Karsten Jagau, (ehemals ÖKOLI), Niederrimbach, 97993 Creglingen und Frank Vohla, Buchenring 16, 04600 Altenburg*

Abteilung einseitig & wenig selbstkritisch:

II. "Ich mag Klaus" - so beendet André Siegenthaler seinen "anspruchsvollen" Artikel zum Thema "Dem Rufmord Paroli bieten - ein libertäres Anliegen" in der neusten Ausgabe von *Espero* (Rundbrief der Mackay-Gesellschaft). Wieder mal geht es um die Auseinandersetzung um und über Silvio Gesell bzw. um den Faschismusvorwurf an dessen Adresse. Wer jedoch so gefühlsbetont "parteiisch" die eine Seite(nämlich Klaus Schmitt) gegen die andere (Peter Bierl, ÖKOLI) in Schutz nimmt, kann sein Ziel, eine libertäre Toleranz für gegensätzliche Standpunkte zu schaffen, sicherlich nicht erreichen. André hat die schweizer Redaktion von Espero übernommen. Kontakte in der BRD und Bestelladresse sind: *Uwe Timm, Wulmstorfer Moor 34b, 21629 Neu Wulmstorf und Jochen Knoblauch, Knobelsdorffstr.8, 14059 Berlin.*

Abteilung Ettikettenschwindel:

III. Nicht mehr unter "kurios" sondern unter unverschämte Trittbrettfahrer muß man die seit einigen Jahren agierende Heidelberger FAU/AP verbuchen. Hier segelt unter dem schwarzen Stern eine stalinistische Kleingruppe, die dazu noch ein *Zentralorgan* mit Mühsams Zeitschriftennamen FANAL herausgibt und von einer Schwarzen Garde träumt. Ihr Symbol, ein schwarzer Stern, in dessen Mitte Hammer & Sichel "glänzen", verrät schon mehr über den eigentlichen Standort dieser K-gruppen ähnlichen Splittergruppe. Am besten ignorieren und bei Bedarf zurechstutzen. Wer mehr wissen will, wende sich an: *Dr. Ückeberger, c/o Infoladen Bankrott, Dahlweg 64, 48153 Münster.*

Abteilung: Scheintot!

IV: Das Anares-Info ist nach einem Jahr Ruhepause mit neuer Form und einer neuen Redaktion wieder erschienen! SF-AbonenntInnen erhalten es automatisch zugesandt. Es enthält wieder Angebote verbilligter libertärer und linksradikaler Literatur zur Subskription, aus Restauflagen, Remittenden oder dem Antiquariat. Wer es aus dem LeserInnenkreis erhalten will: Adresse zusenden genügt! *Kontakt: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau. Stichwort: Anares-Info*

TOTGESAGTE

zwischen Subkultur, Gegenkultur und *sell-out*

PUNK



von Gabriel Teoman

LEBEN LAENGER

Der kommerzielle Erfolg von Bands wie *Bad Religion*, *Green Day* oder *Offspring* hat in den letzten Monaten ausgehend von der Frage, ob diese Bands nun Punk sind oder nicht, die alten Diskussionen, was den Punk überhaupt ist, und ob er nicht doch schon längst gestorben sei, neu angefacht - oft verschärft durch Debatten darum, ob der Komplex Seattle/*Nirvana*/Grunge auch noch irgendwo Punk ist, oder ob er nicht vielmehr zu den hinterhältigsten Feinden des Punk zählt.

Dabei wird selten zwischen zwei sehr verschiedenen Selbstverständnissen des Punks differenziert. Diesem Umstand ist es unter anderem zu verdanken, daß in der was-weiß-ich-wievielten Diskussion um den Tod des Punk oft recht viel durcheinandergeht. Im Versuch wichtige strukturelle Differenzen zwischen zwei Polen gegenwärtigen Punkverständnisses herauszuarbeiten, will ich fragen, inwieweit die Debatten vom Tod des Punk überhaupt Sinn machen. (...) Interessant ist auch die Frage, inwieweit der heutige *sell-out* des Punk sich auf die Lage gegenkultureller Punkzusammenhänge auswirkt und wie diese Auswirkungen (wie die damit verbundenen Herausforderungen) als Beispiel für die Situation sub- bzw. gegenkultureller Zusammenhänge angesichts postmodern-ökonomischer Vereinnahmungsmechanismen im allgemeinen zu fassen sind. Aber alles der Reihe nach:



Foto: Sabine Streich

Zurückgreifend auf die in den 70er Jahren von Stuart Hall und anderen soziologisch ausgearbeitete Unterscheidung zwischen den Begriffen der *Sub*kultur einerseits und *Gegen*kultur andererseits, können wir entlang dieser Trennlinie - die alles andere als eine festgezogene ist - zwei Auffassungen des Punk ausmachen:

Als Subkultur des Punk können wir das verstehen, was sich 1976/77 in London entwickelt hat: spontaneistisches Aufbegehren gegen die Normiertheit des bürgerlichen Alltags, Ausdruck findend in stilistischer Zelebrierung, origineller Provokation und kreativer Expressivität. Auch wenn John Lydon (alias Johnny Rotten) in seiner Autobiographie[1] jedes bewußte Zurückgreifen der frühen Punks auf dadaistische und situationistische Traditionen bestreitet, bleiben jene Autoren, die wie Greil Marcus oder Stewart Home entsprechende Verbindungen aufzeigen[2], im Recht, weil es zweifelsohne richtig ist, daß diese Form des Punk in einer subversiven Tradition steht, die wenig auf politische Programme, dafür umso mehr auf das Brechen herrschender Stil- und Ausdrucksformen gesetzt hat. Dick Hebdige hat in seinem legendären *Subculture*-Buch diese Form des Punk skizziert[3], und allein die Tatsache, daß es ihm dabei möglich war, die soziale Bedeutung des Phänomens Punk anhand (weitgefaßter) linguistischer Theorien eines Roland Barthes

oder einer Julia Kristeva zu fassen, bestätigt das oben Angedeutete.

In der weiteren Geschichte des Punk hat sich recht bald ein Selbstverständnis des Punk entwickelt, das viel eher dem einer Gegenkultur entsprach (und oft unter dem Begriff *Hardcore* zusammengefaßt wurde und wird): Der Protest gegen die herrschenden gesellschaftlichen Normen wird intellektuell gefaßt, in traditionellen politischen Begriffen artikuliert, mit einer eigenen Ethik ausgestattet, und an die Stelle der unkontrollierten singulären Störungen des bürgerlichen Alltags tritt die Idee eines gut organisierten und kontinuierlich arbeitenden antistaatlichen und antikapitalistischen Netzwerks.

Dieses Verständnis des Punk hat sich vor allem in den USA ausgebreitet. Die Tatsache, daß der Engländer Hebdige den Punk 1979 als "expressed obliquely, in style" beschreibt, während der Kalifornier Craig O'Hara in seinem Buch *The Philosophy of Punk* 1991 meint, "punks have evolved far enough to favor substance over style"[4], ist daher alles andere als Zufall. Dieses Faktum hat sicherlich mehrere Gründe, doch scheinen zwei von besonderer Bedeutung:

1. Während der politische Protest in Europa eine schon jahrzehntelange (vornehmlich marxistische) Tradition hat, fehlt diese Tradition in den USA mehr oder weniger gänzlich. Es ist daher verständlich, wenn europäische Punks ihren Protest auch gegen verkrustete linksoppositionelle Zusammenhänge richten, da diese historisch und strukturell beinahe genauso zum angegriffenen Gesellschaftsmodell gehören wie christlich-soziale Parteien. In den USA hat hingegen das Bekenntnis zu linkem Anarchismus[5] oder Marxismus noch immer recht hohen Provokationswert und verspricht gleichzeitig noch weit mehr Möglichkeiten politischen Experimentierens als das bei uns der Fall ist. In diesem Sinne ist auch verständlich, daß in den USA Anarcho-Punks, wie jene rund um das Zine *Profane Existence* in ihrer gesellschaftspolitischen Rolle in etwa den Autonomen bei uns entsprechen, die es als solche in den USA nicht gibt.

2. Wie Jean Baudrillard in seinem Buch *Amerika* anschaulich beschreibt, waren die Amerikaner in Sachen postmoderner Gesellschaft und Ökonomie den Europäern schon immer ein gutes Stück voraus.[6] Dies impliziert unter anderem, daß Stil dort noch viel stärker als apolitische individuelle Angelegenheit begriffen wird als bei uns. Während es in Europa wenigstens noch eine relative Garantie dafür gibt, daß die Leute mit buntgefärbten Haaren am Glastonbury- oder Reading-Festival wenigstens irgendwie links drauf sind, können die tätowierten und gepiercten Jungs bei Loolapalooza die konservativsten Ärsche sein.[7] Insofern wird verständlich, daß amerikanische Punks an die Kraft des Stils überhaupt nicht mehr glauben: "Punk is not based on your appearance, but rather upon your beliefs, attitudes, and ideas. ... If you're so worried about your little fashion show, then go fuck off, because you're not helping the culture any."[8] Tatsächlich ist es so, daß einige "repräsentative" Punks in den USA das Faktum, das Punk "nur" über Stilbrüche funktioniert, als eindeutigen Hinweis für das Scheitern des Punk betrachten. Lefty Hooligan meint im *Maximumrocknroll* 146 (Juli 1995): "Punk rock, like that hippie shit before it, has become a commodity, pure and simple. What's more, since punk never amounted to anything more than a youth subculture, this most recent marketing of youthful rebellion was a foregone conclusion. So, if punk never managed to become a viable counterculture or anticulture in opposition to capital and the market economy, what function does it serve?"[9] In diesem Sinne nimmt es nicht Wunder, daß mit Fugazi eine politically superkorrekte Band unscheinbarster "Jungs von nebenan" für viele selbsterklärte Punks der Inbegriff punkscher Identität sein kann (und Diedrich Diederichsens jüngst in SPEX entwickelte These, daß PC der neue Punk sei, ist angesichts dessen vielleicht gar nicht so originell, wie sie zunächst scheinen mag[10]).

Es besteht nun kein Zweifel daran, daß diese Unterteilung weder strukturell noch historisch noch geographisch konsistent ist: die gegenkulturelle Punktradition reicht auch in England von *The Clash* bis zu *Citizen Fish*, während in den USA bis heute immer wieder zahlreiche Punk-Rocker verzweifelt versuchen, eine glaubwürdige Sid-Vicious-Reinkarnation abzugeben. Darüber hinaus gibt es überall Bands, die sich (in je unterschiedlicher Weise, versteht sich) im Grenzbereich der beiden Bewegungen aufgehalten haben und aufhalten, wie in den Staaten neuerdings *Rancid*, oder bei uns die guten alten *Slime* (in diesem Sinne ist Genosse Tecumseh recht zu geben, wenn er des Genossen Geronimos Geschichte der Autonomen[11] dahingehend kritisiert, daß dort *Slime* und andere Punkbands überhaupt nicht berücksichtigt werden, wo die doch "die kulturelle Klammer zwischen linksradikaler Szene und jugendlicher Restbevölkerung schaffen"[12]). Aber es geht hier ja nicht um den faden Versuch, Punk in Kategorien zu pressen, sondern ich wollte nur andeuten, daß es im Rahmen des Punk zwei Pole gibt, die immer wieder aufeinanderprallen (und die dabei gleichzeitig einen zumindest tendenziellen Unterschied zwischen Punk in Europa und den USA anzeigen): etwa wenn Henry Rollins einen kroatischen Punk verprügelt, der ihn während des Konzerts anspuckt, wo das für diesen in guter Londoner Tradition doch die punksche Ehrbezeugung schlechthin ist; wenn im *Maximumrocknroll* ausdrücklich vermerkt wird, daß kein "racist, sexist or fascist material" erwünscht ist, während Deutsch-Punk Thomas Nagel in der *Beute* meint, "heutzutage muß sich jeder ordentliche Punk als Sexist ausgeben, zumindest gegenüber den Autonomen"[13]; wenn ein (angeblich oder wirklich) homophobes Plattencover nicht verkauft wird, weil Homphobie nicht Punk ist, während die Gegenpartei meint, das sei doch Zensur und Zensur sei das wirklich unpunke; wenn Straight-Edger meinen, Iros seien einfach nur idiotisch und hätten mit Punk eigentlich gar nichts zu tun (oft unter Verweis darauf, daß schon die *Black-Flag*-Jungs "normal" ausgesehen hätten), während viele nach wie vor nicht verstehen, was Straight-Edge überhaupt mit Punk zu tun haben kann, wo die Leute doch wie die Durchschnittstypen von der Schule daherkommen; oder wenn manche meinen, die wahre Bedingung des Punk sei das Herausbilden einer individuellen Verantwortlichkeit, denn nur diese könne uns weg von staatlicher Bevormundung bringen, während andere denken, Punk sei eigentlich ein Synonym für "ich-mach-was-ich-will-wann-ich-will".

Gehen wir davon aus, daß es diese zwei Pole innerhalb der Punk-Bewegung gibt, so wird deutlich, daß sich das

Problem mit dem kommerziellen AUSVERKAUF DES PUNK GANZ unterschiedlich stellen muß. Die, denen es um singuläre Störmomente im Sinne einer situationistischen Punkinterpretation geht, für die kann ja letzlich auch Punk nur so ein Moment sein, und sie sollten sich völlig klar sein, daß dieser Moment recht bald wieder vorbei sein wird - was aber nichts macht, weil dann geht die Störung eben anders und notfalls unter anderem Namen weiter. Es verwundert daher nicht, daß John Lydon nie irgendwelche Patentansprüche auf den Gebrauch des Begriffs *Punk* geltend gemacht hat, um dann die furchtbare Entwicklung des Punks zu beweinen, seine Authentizität zurückzufordern, oder irgendwas dergleichen zu tun. Vielmehr können wir in seiner Autobiographie lesen: "I don't give a damn about the name *punk*. I never did."[14] Lydon war wohl ziemlich klar, daß Punk eben nur "damals" das war, was erlaubte, symbolisch in der öffentlichen Ordnung zu intervenieren, und daß es dazu bald etwas anderem bedürfen würde. Kurz, wer Punk so versteht, der oder die sollte eigentlich nur schmunzeln können über die netten Jungs mit den grünen und blauen Haaren, die nette Popsongs wie *When you come around* singen, um entweder seinen/ihren Punk (dann halt ohne Markenpatent - na und?) daneben weiterzuführen, sich als Cyberpunk oder ähnliches auszutoben, oder sich vom Punk ganz zu verabschieden und was anderes zu machen. Nachdem Subkulturalität ihre Stärke gerade aus der Diskontinuität zieht, kann es sie nicht stören, wenn ihnen die Kontinuität begrifflicher Identifikation verkompliziert wird, sondern sie wird das zum Anlaß zu redefinierenden Praktiken nehmen. Schönes Beispiel dafür war die Gründung der Anarchistischen Pogo-Partei Deutschlands (APPD), mit der deutsche Punks die zunehmende linkspolitische Vereinnahmung durch Autonome und andere mit Forderungen wie "Für die ultimative und totale Rückverdummung", "Für die Balkanisierung Deutschlands" oder "Für Deutschland in den Grenzen von 1237" richtig Punk dekonstruierten, anstatt irgendeinen Identitätsverlust zu beweinen. In diesem Sinne kann es einen Tod des Punk gar nie geben, solange Menschen der Idee folgen, die herrschenden symbolischen Ordnungen auseinanderzunehmen. Ob das dann nun auch Punk heißen darf, oder ob es Sinn macht, das Punk zu nennen, ist dabei eine bestenfalls sekundäre Frage.

Anders verhält es sich natürlich mit den gegenkulturellen Netzwerken des Punk, wie sie vor allem in den Staaten wirklich recht gut ausgebildet sind. In diesen Bereichen fungiert Punk als ungemein starke Identitätsbildung. Punk steht für all das, was gut ist und in Opposition steht zu den multinationalen Korporationen, zu staatlicher Verwaltung, zu kommerziellem Pressewesen, zu Bullenterror, zu geldgierigen Veranstaltern, zu faschistoider Security bei Shows, usw. Adrienne Droogas etwa schreibt im *Maximumrocknroll* 141 (Februar 1995): "The media is ranting about their discovery of punk, but these bands that they're shoving down our throats are *not punk bands*. One more time: THESE BANDS ARE NOT PUNK BANDS. The minute the pen is put to the major record label contract, it's not punk. Once your video is aired on MTV, it's not punk. Once you play a twenty dollar show sponsored by Budshitweiser, it's not punk. I don't care if the music is three chord whatever and the lyrics are about smashing who knows what."

Es ist in diesem Zusammenhang tatsächlich verständlich, daß die extreme kommerzielle Vereinnahmung des Punk individuelle wie kollektive Existenzkrisen auslöst, die manche veranlassen, sich ihrer Punkidentität in drastischen Distanzierungsmaßnahmen von allen *sell-outs* zu versichern: angefangen von den verschiedenen Anti-Cobain-Shirts (etwa jenes, das ein Bild Cobains, auf dem er sich fotocollagiert einen Gewehrlauf in den Mund steckt, mit "Nice shootin', son!" untertitelt) über die beliebte Punklederjackenaufschrift "Bomb Seattle", bis hin zu tollkühnen Geschichtsrevisionen, die dann zu belegen glauben, daß weder *Bad Religion* noch *Offspring* noch irgendeine der anderen heute so erfolgreichen Bands je irgendetwas mit Punk zu tun gehabt hätte. Diese Behauptungen wurden in den letzten Monaten immer und immer wieder in Leserbriefen amerikanischer Punkzines gefällt, und das *Maximumrocknroll* hatte seine Februar-Nummer 95 gar unter das Motto *The sell-out of a culture* gestellt.

Damit stoßen wir meiner Meinung nach in die Zusammenhänge vor, in denen die *sell-out*-Punk-Debatte nun wirklich Sinn macht und wichtig ist, weil mensch nicht einfach subkulturelle Ausdrucksweisen verschieben kann, sondern quasi-institutionalisierte Einrichtungen zu verteidigen hat. Wie gesagt, nachdem dies vor allem in den USA der Fall ist, erreicht die *sell-out*-Diskussion dort auch eine Breite, die sie in Eurpa nicht annähernd hat. Auch wenn diese Diskussionen hier natürlich keine unbekannten sind, erreichen sie nie die Bedeutung, Intensität und Leidenschaft, mit der sie in den Staaten geführt werden. Ein Grund dafür mag sicherlich sein, daß die meisten Bands, um die es geht, amerikanische sind (was wieder mit dem US-Vorsprung an postmoderner Ökonomie zusammenhängt - vgl. oben), doch alleine die Tatsache, daß auch der nun doch noch vollzogene Major-Deal der englischen *Chumbawambas* in den USA noch weit mehr Empörung in der Punkgemeinde hervorrief als bei uns, zeigt, daß das alleine nicht ausreicht, sondern daß sich viele US-Punks in ihrer Identität durch *Green Day* bei Woodstock bedrohter sehen als europäische Punks.

Wie gesagt, in diesem Sinne muß die US-Diskussion um den *sell-out* und dem damit wirklichen, vermeintlichen, befürchteten oder negierten Tod des Punk durchaus ernst genommen werden. Ich glaube allerdings, daß wir dabei zunächst zwischen zwei parallel geführten Debatten unterscheiden müssen, von denen die eine so langweilig wie die andere wichtig ist.

Die langweilige ist jene, wo immer und immer wieder versucht wird, den Wahrheitsbeweis anzutreten, daß *Green Day* und Konsorten nichts mit Punk zu tun haben. Diese Debatte ist deshalb so langweilig, weil sie nicht das geringste weiterbringt hinsichtlich eines Verständnisses sub- bzw. gegenkultureller Zusammenhänge, sondern sich in verbalmilitanten Selbstbestätigungen ergeht, für die einzig wahre Verkörperung

des Punk zu stehen. Daß diese Bemühungen immer ein wenig lächerlich wirken, hat mit der banalen Tatsache zu tun, daß es Definitionssache ist, wofür ein Begriff steht, und nachdem *Punk* nie so eindeutig definiert war wie *Tisch*, wird's eben nie nur *einen* Punk geben. Und weil es nun einmal so ist, daß die Beziehungen zwischen Begriffen und Begriffsinhalten auf intersubjektiven Konventionen und nicht auf objektiven Realitäten beruhen, wird der eigene Punk nicht punker als der Punk der anderen, und wird es noch so laut eingefordert. Das heißt aber nur, daß es wenig Sinn macht, sich mit MTV, dem *Rolling Stone* oder der *Vogue* über die Verwendung des Begriffes Punk zu streiten; es heißt aber nicht, daß die Tatsache, daß es heute einen *mainstream*-Punk gibt, für die, denen Punk *underground* sein muß, völlig belanglos ist. Im Gegenteil, weil ja schließlich der gleiche Begriff (Punk) die unterschiedlichen Begriffsinhalte (*mainstream* und *underground*, um's mal ganz einfach zu sagen) zudeckt, wirkt die kommerzielle Verwertbarkeit des Begriffs ganz klar auch auf Lage und das Selbstverständnis jener zurück, für die Punk mehr heißen soll, als *Offspring*-Alben auswendig zu können.

Und genau dieser Zusammenhang zwischen dem kommerziellen Ausverkauf von Punk in Musik, Mode und Lebensstil, und einer nach wie vor existierenden lebenspraktischen Kultur und Bewegung des Punk, wird dort aufgegriffen, wo die momentane Debatte rund um den Punk interessant und spannend wird, weil dort nicht versucht wird, die Reinheit eines Begriffes zu retten, sondern eine subversive Lebenspraxis. Worum es dabei geht, ist nämlich nicht das Bejammern der Tatsache, daß einem die bösen Multis die begriffliche Identitätssicherung weggeschnappt haben, sondern die Frage, ob parallel zu dieser Tatsache, Punk als subversives gesellschaftliches Potential bestehen bleiben kann. Wie gesagt: es geht nicht darum, welche Punks mit ihrem Verständnis des Punk recht haben. Aber da es nun einmal so ist, daß es eine Punkgemeinde gibt, die sich wesentlich als politische Kraft versteht, und dabei letztlich in klassisch autonomem Sinn versucht, über ein alle Lebensbereiche bestimmendes D.I.Y. (Do It Yourself)-Prinzip[15] selbstbestimmte Lebensformen zu ermöglichen, scheint es nur selbstverständlich, wenn sich die dort engagierten Leute mit der Frage auseinandersetzen, inwieweit der kommerzielle Ausverkauf des Punk diese Versuche gefährdet oder nicht, bzw. inwieweit er es erlaubt, Punk

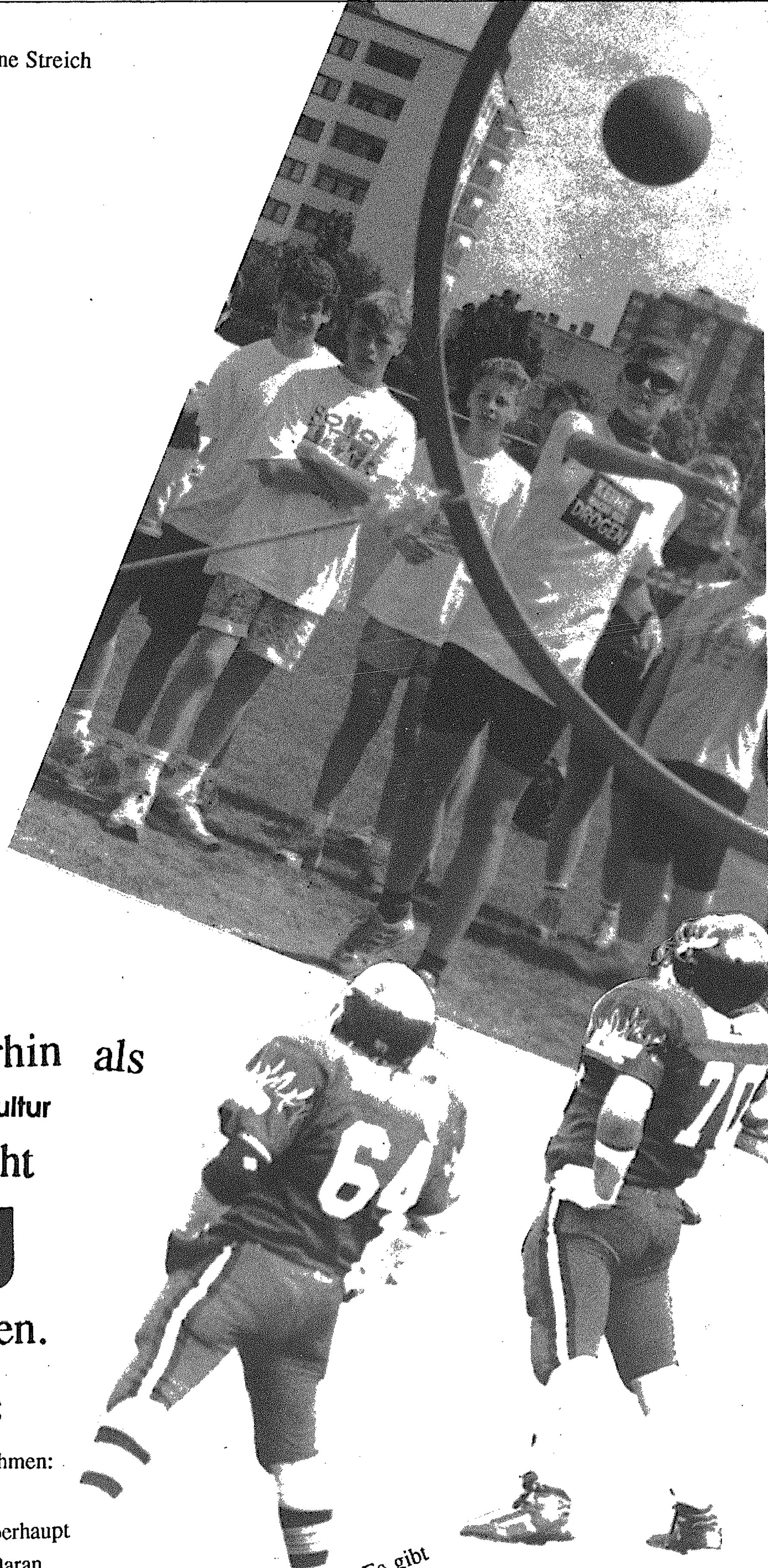


Foto: Sabine Streich

weiterhin als **Gegenkultur** aufrecht **ZU** erhalten. Um es vorwegzunehmen: Ich glaube, es besteht überhaupt kein Zweifel daran, daß Punk als gegenkultureller Zusammenhang weiterexistieren kann. Der Grund dafür ist einfach, allerdings nicht ganz so einfach, wie er sich jenen darzustellen scheint, die meinen, daß es doch egal sei, ob nun manche glauben, *Green Day* sei Punk oder nicht, das würde den Punk im *underground* nun doch überhaupt nicht tangieren und könne ihn damit völlig kalt lassen. So ist's nun nämlich nicht ganz. Es gibt eine Reihe von Aspekten, in denen die Punks in ihrem gegenkulturellen Netz ganz konkret die Auswirkungen des medialen Punk-Hypes zu spüren bekommen: Viele Bands werden für selbstorganisierte Gigs zu teuer; die neuen Aufstiegsmöglichkeiten bringen Karrieregeilheit, Konkurrenz und Neid in die Szene; dem mühsam aufgebauten Selbstvertriebsnetz droht der ökono-

mische Kollaps, wenn plötzlich alle Punkbands in den Regalen von *Tower Records* stehen; die einstigen Lieblingsbands spielen in beschissenen Clubs vor beschissenem Publikum, usw. Nun gibt es auch innerhalb der D.I.Y.-Punks einige, die diese Aspekte nicht rein negativ interpretieren und vor allem das Argument der Reinvestition erfolgreicher Labels und Bands in die Szene vorbringen (über Anzeigen in Punkzines, Unterstützung bei Aufnahmen junger Bands, Vorgruppen-Deals, etc.). Es ist nun schwierig zu entscheiden, wer in welcher Frage jeweils recht hat. Darum geht's aber vielleicht auch gar nicht so sehr, denn konkrete Fragen lassen sich befriedigend ohnehin nur in der jeweils am Konkreten haften bleibenden Debatte lösen und nicht in einem Aufsatz wie diesem. Was die Debatte selbst jedoch

bestätigt, ist,



daß die Szene na[ch wie] vor lebendig lebendig lebendig ist.

Und **Und *das* ist der einfache** Grund, warum Punk auch als Gegenkultur nicht untergehen wird. Solange es nämlich eine Lebendigkeit der Szene gibt, und solange die Anliegen, die mit dieser verbunden sind, in lebhaften Auseinandersetzungen spürbar bleiben, bleibt die Grundlage für gegenkulturelle Anliegen aufrecht. Das scheint mir hier der zentrale Punkt zu sein. Kurz, die Tatsache, daß gestritten wird darum, was jetzt zu tun ist, verspricht, daß es weitergeht, auch wenn jetzt vielleicht viele nicht wissen, wie.

Daß es momentan angesichts der kulturindustriellen Entwicklungen Schwierigkeiten mit Selbstverständnis und Identität gibt, wie sie die Punks beobachten und unmittelbar erleben, ist keine Frage, gleichzeitig aber, ich möchte fast sagen: eine historische Notwendigkeit. Denn diese momentane Herausforderung, der sich der Punk gegenübersieht, ist keineswegs ein Einzelschicksal. Vielmehr gehört es zur Logik der postmodern-kapitalistischen Ökonomie des ausgehenden 20. Jahrhunderts, subversive Strömungen kommerziell zu vereinnahmen. Die Probleme, mit denen sich Punk konfrontiert sieht, unterscheiden sich strukturell kaum von jenen, denen sich heute tätowierte Biker angesichts einer *Playboy*-Sonderausgabe zur Tätowierkunst oder Anarchisten angesichts der Kollektion von *Anarchy-Demolition-Gear* gegenübersehen. Worauf ich hinaus will, ist, daß der kapitalistische Feind nun einmal in der Lage zu sein scheint, subversive Identitäten vermarktungstechnisch zu destabilisieren, und daß es uns nicht weiter bringt, darüber allzu viele Tränen zu verlieren, sondern uns zu überlegen, wie wir uns auf diese Realitäten einstellen können, um subversives Potential zu bewahren. Daß dabei Versuche, irgendwelche Authentizitäten oder Reinheiten zu bewahren, aussichtslos sind, muß einfach klar sein. Es gilt, mit der kommerziellen Verwertung der eigenen Szene umgehen zu lernen - was nicht heißt, sich damit abzufinden oder es in Kauf zu nehmen. Es heißt nur, nicht zu versuchen, diese kommerzielle Verwertung zu ignorieren, um so weiterzumachen wie bisher. Denn das läuft sicherlich nicht mehr. Die D.I.Y.-Netze sind nun einmal nicht mehr frei von *Geffen*- und *Virgin*-Spitzeln, widerlichen Reportern und sich angesichts der sich öffnenden Türen leise regenden Starambitionen. Diese Tatsachen zu verleugnen, nützt niemanden. Vielmehr geht es darum, wie die eigenen Zusammenhänge trotz der Präsenz dieser Leute und Tendenzen zu erhalten sind. Das ist es, was ich mit Umgehen-Lernen meine. Und nachdem ich schon oben erwähnt habe, daß Punk keineswegs ein Einzelfall ist, handelt es sich bei dieser Notwendigkeit nicht nur um eine Strategie für Punk, sondern um ein über Punk hinausweisendes Konzept für die Aufrechterhaltung subversiver Lebenszusammenhänge in gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen. Die Reinheit ist vorbei, den absoluten Freiraum gibt es weniger denn je.

Um es noch einmal klar zu machen: wenn ich davon spreche, mit den kapitalistischen Realitäten umgehen zu lernen, heißt das natürlich nicht, daß ich jenen haarsträubenden Ansichten folge, die Timothy Leary jüngst kundgetan hat, und denen zufolge plötzlich die Yuppies zu den Garanten einer "friedlichen, fairen, gerechten und solidarischen sozialen Ordnung" werden, weil sie so "realistisch", "professionell" und "unabhängig" sind. Ich meine auch nicht, daß wir *Green Day* und *Offspring* als Punk-Bands zu akzeptieren haben, weil es zum Umgang mit dem Kapital gehört, möglichst viel Kohle zu scheffeln. Darum geht's überhaupt nicht. Es geht nur darum, erstens der Tatsache ins Auge zu sehen, daß es einen öffentlich über *MTV*, *Spin*, etc. geführten Diskurs über Punk gibt, der unweigerlich auf gegenkulturelle Punk-Zusammenhänge zurückwirkt; und zweitens einzusehen, daß wir dagegen weder etwas ausrichten noch davor fliehen können, sondern daß wir uns fragen müssen, wie wir mit dieser Tatsache vielleicht so umgehen können, daß wir mit ihr existieren, ja uns daraus vielleicht sogar auf die ein oder andere Weise neue subversive Potentiale schaffen können. Klar, Argumente, denen zufolge jede Berührung mit dem Kapital zwangsläufig vergiftet und wir dabei schlußendlich alle vor die Hunde gehen, sind nach wie vor sehr ernst zu nehmen. Doch den Kontakt zu den Kräften des Marktes krampfhaft zu verleugnen und zu negieren, führt höchstens zu selbstillusionären Rückzügen in vermeintlich unberührte Nischen und dem Sich-Ausklinken aus sozialer Intervention. Darin liegt ohne jeden Zweifel die Gefahr

Darin Zweifel Gefahr Gefahr Gefahr

des Endes jeder subversiven Tätigkeit.

Welchen Umgang es da zu lernen gilt, davon hab ich keine Ahnung. Aber ich denke, das ist kein Problem, weil sich sowas nach den jeweils konkreten Bedingungen entwickeln muß. Außerdem kann ich nur auf anstehende Aufgaben hinweisen und will keine Programme entwerfen. Dabei ist allerdings ganz klar festzuhalten, daß es keineswegs unmöglich ist, einen solchen Umgang zu finden. HipHop ist dafür das beste Beispiel. Als Gegenkultur, die beinahe von Anfang an im Spannungsfeld von abstrakter Vermarktung und konkreter Lebenspraxis gewachsen ist, ist HipHop der derzeit vielleicht einzige populärkulturelle Bereich, in dem es nicht sofort peinlich und/oder lächerlich wirkt, wenn ein kommerziell erfolgreicher (Medien)Star sich zu *street-culture, credibility,* oder *representin'* bekennt. Natürlich wird Punk nie HipHop sein. Aber es geht ja auch nicht darum, daß Punk sich an den Inhalten des HipHop orientiert; der Gedanke alleine ist absurd. Es geht nur darum, sich an dem Beispiel einer Bewegung zu stärken, die trotz permanenter Nähe kommerzieller Ausbeuter subversive Kraft bewahrt.

Egal, ob nun HipHop als Beispiel dienen kann oder nicht, sehe ich keinen Grund, warum es dem Punk im *underground* nicht gelingen sollte, sich neben (vielleicht sogar mit - das wird sich zeigen) dem *mainstream*-Punk zu behaupten. Wie gesagt, alleine die Heftigkeit der Diskussion bezeugt eine Energie, die das zweifelsohne möglich machen sollte. Außerdem dürfen wir eines nicht vergessen: fast alle der jetzt so erfolgreichen Bands, denen das Label des Punk anhaftet, bemühen sich keineswegs, sich als "wahre Punks" zu verkaufen. Noodles von *Offspring* sagt ganz klar, daß das, wo sie da hineingeraten sind, schlicht und einfach Rock'n Roll ist und nichts mehr mit Punk zu tun hat. Daß sie trotzdem als Punkband verkauft werden, stimmt natürlich, aber wie sollten sie das auch ändern (und es war ja nun nicht so, daß sie als Band deshalb in der Punkszene konstituierten, um zehn Jahre später als Punks Stars zu werden)? Daß sie sich jetzt selbst als Punks karikieren, ist das mindeste, was wir erwarten dürfen, und das passiert: wenn Dexter Holland (*Offspring*) ein stinknormales weißes T-Shirt mit dem Aufdruck "Punker" trägt, Fat Mike (*NOFX*) auf seine Teenie-Frisur verweist, um sich einen "real punk guy" zu nennen, oder Billie Joe Armstrong (*Green Day*) nach jedem zweiten Song bemerkt, "wow, now that was real punk", dann ist das durchaus in Ordnung, weil dadurch jeder Anspruch auf Authentizität der Lächerlichkeit preisgegeben und Punk auf seiner *sell-out*-Ebene konsequenterweise jeden Inhalts beraubt wird. Ich denke, daß die *sell-out*-Bands dadurch ihren Beitrag dazu leisten, daß Raum offen bleibt für "wirklichen" Punk, weil sie klar machen, daß sie dessen Positionen nicht einnehmen (wollen/können). Kurz, so böse sind die alle nicht. Also: Hört auf zu schimpfen und kümmert euch um euch selber!

So, nach diesen (mehr oder weniger geordneten) Bemerkungen zum gegenwärtigen Punk-Diskurs, bleibt das zu sagen, was ich eigentlich sagen wollte: Die x-te Todeserklärung des Punk dient wieder einmal nur der Bestätigung seiner Lebendigkeit: Im subkulturellen Sinn ist er ohnehin nicht totzukriegen (auch wenn er sich einmal anders nennen sollte), und auch als Gegenkultur wird er nicht verschwinden, sondern er wird seinen Weg finden, mit den neuen Situationen umzugehen (und sie vielleicht zu seiner Stärkung zu nutzen - wer weiß?). Wie es eben so heißt: Totgesagte leben länger.[16]

Anmerkungen

be Achten

1 vgl.: Lydon, . *Blacks - No Dogs.* New York, NY: St. Martin´s Press 1994.

2 vgl.: Marcus, Greil: *Lipstick Traces. A secret History of the Twentieth Century.* Cambridge, MA: Harvard University Press 1990; und: Home, Stewart: *The Assault on Culture. Utopian Currents from Lettrisme to Class War.* Stirling: AK Press 1991.

3 vgl.: Hebdige, Dick: *Subculture. The Meaning of Style.* London/New York: Routledge 1987 (Erstausgabe 1979).

4 Hebdige, a.a.O., S. 17.

5 O'Hara, Craig: *The Philosophy of Punk. More than Noise!!* Edinburgh/San Francisco: Ak Press 1995 (Erstausgabe 1991).

6 Das mag jetzt vielen SF-LeserInnen wie ein Pleonasmus erscheinen, muß aber angesichts der erschreckend populären sozialdarwinistisch-rassistischen Anarcho-Survivalist-Kulte der Militias und anderer Gruppen betont werden.

7 gl.: Baudrillard, Jean: *Amerika. Ein Reisebericht.* München: Matthes&Seitz 1987.

8 Wobei sich dementsprechende Entwicklungen natürlich auch in Europa abzeichnen: Während die *Sex Pistols* noch Swastikas tragen konnten, ohne daß es auch nur irgendwie Sinn gemacht hätte, ihnen faschistoide Tendenzen zu unterstellen, verbürgt heute in Deutschland eine (Malcolm)X-Mütze keineswegs mehr, daß der, der sie trägt, sich nicht an Angriffen auf Asylantenheime beteiligt. Vergleiche dazu die ganzen Diskussionen rund um das Konzept "Jugendkultur", das sein (artikuliertes oder unartikuliertes) "Links-Sein per se" wohl endgültig verloren hat.

9 Leserbrief in *Maximumrocknroll* 147/ Aug 95.

10 In diesem Zusammenhang muß im übrigen auch Jello Biafras Bemerkung verstanden werden, daß Grunge vor allem auch deshalb medial so gehypt wurde, weil man ein quasi apolitisches jugendkulturelles Gegenstück zum politisch so bedrohlich wirkenden Rap braucht. Er ist dafür vielfach gedisst worden, aber Jello ist kein dummer Junge. Späte (und vielleicht ungewollte) Unterstützung fand seine Bemerkung von Christoph Gurk, der anläßlich des Cobain-Selbstmords meinte: "Und wenn man der Analyse des Chicagoer Theorie-und-Musik-Zines 'The Baffler' folgt, daß *alternative* inzwischen nicht mehr als ein Marktsegment ist, das Dissidenz jederzeit via MTV kontrollierbar und kommerziell verwertbar macht, das in erster Linie der Ruhigstellung der verarmten US-Jugend dient, dann hatten Nirvana zum Schluß eine extrem staatstragende Funktion" (in: SPEX Juni 94, S. 23).

11 "Wer ist die Gehirnpolizei?", in: SPEX Okt. 95, S. 50-55.

12 Geronimo: *Feuer und Flamme. Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen.* Amsterdam/Berlin: Edition ID-...hiv 1990.

...: *Feuer und Flamme ...exionen und Anmer... ler Autonomen.* Berlin: Edition ID-Archiv 1992.

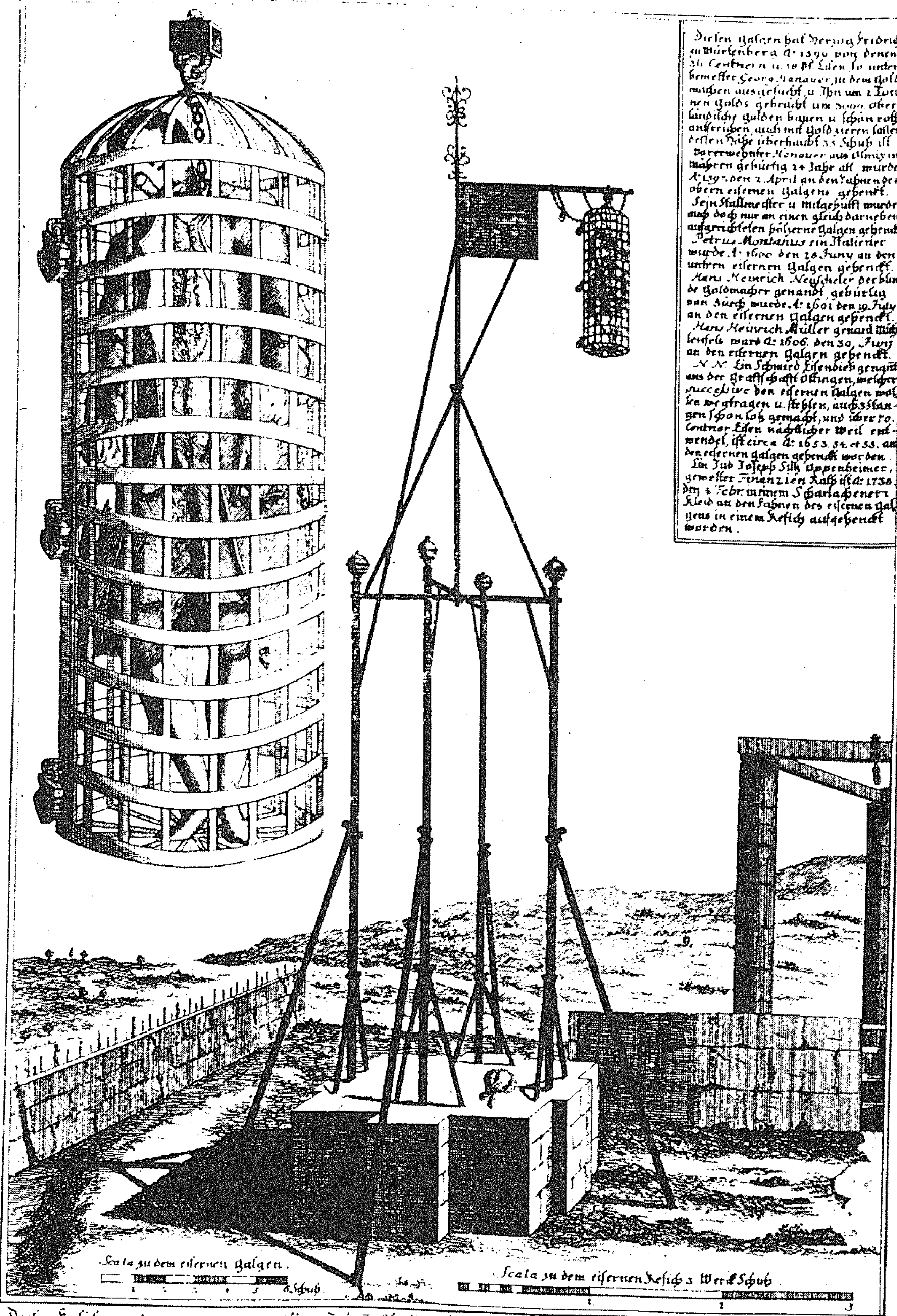
14 in: *Die Beute* 4/94, S. 23. - In derselben *Beute* schreibt Johnny Moabit weiter hinten in seiner Besprechung deutschsprachiger Punk-Zines den netten Satz: "'Linkssein' mit humorlosen, verbissenen Polit-Plenen gleichzusetzen und ein mackerhaftes Die-Sau-Rauslassen dagegenzuhalten, gilt nicht!" (S. 128)

15 Lydon, a.a.O., S. 125.

16 "The driving ethic behind most sincere Punk efforts is DIY - Do It Yourself. We don't need to rely on rich business men to organize our fun for their profit - we can do it ourselves for no profit. We Punks can organize gigs, organize and attend demos, put out records, publish books and fanzines, set-up mailorder distribution for our products, run record stores, distribute literature, encourage boycotts, and participate in political activities. We do all of these things and we do them well. Can any other youth-based counterculture of the 80´s and 90´s claim so much?" (Joel, in: *Profane Existence* 11/12, Herbst 1991).

17 vgl.: Leary, Timothy: "From Yippies to Yuppies", in: *Chaos & Cyberculture.* Berkeley: Ronin 1994, S. 57-61.

18 Und wer's gar nicht glaubt, soll nächstes Jahr nach Hannover fahren.


Diesen Galgen hat Herzog Friedrich zu Würtenberg A: 1590 von denen 36 Centnern u. 10 Pf. Eisen so weiland bemelter Georg Hanauer, zu dem Gold machen ausgesucht, u. Ihn um 2 Tonnen Golds gebracht um 3000 oberländische Gulden bauen u. schön roth anstreichen, auch mit Gold zieren lassen dessen Höhe überhaubt 35 Schuh ist.
Vorerwehnter Hanauer aus Olmiz in Mähren gebürtig 24 Jahr alt wurde A: 1597 den 2 April an den Fahnen des obern eisernen Galgens gehenkt.
Sein Stallmeister u. Mitgehülff wurde auch doch nur an einen gleich darneben aufgerichteten hölzerne Galgen gehenkt.
Petrus Montanus ein Italiener wurde A: 1600 den 20 Juny an den untern eisernen Galgen gehenkt.
Hans Heinrich Neuscheler der blinde Goldmacher genandt, gebürtig von Zürch wurde A: 1601 den 19. July an den eisernen Galgen gehenkt.
Hans Heinrich Müller genand Mühlenfels ward A: 1606 den 30. Juny an den eisernen Galgen gehenkt.
N. N. Ein Schmied Eisendieb genandt aus der Graffschaft Ottingen, welcher successive den eisernen Galgen wollen wegtragen u. stehlen, auch 3 Stangen schon loß gemacht, und über 10. Centner Eisen nächtlicher Weil entwendet, ist circa A: 1653. 54 et 55. an den eisernen Galgen gehenkt worden.
Ein Jud Joseph Süß Oppenheimer, gewester Finanzien Rath ist A: 1738. den 4 Febr. in einem Scharlachenen Kleid an den Fahnen des eisernen Galgens in einem Kefich aufgehenkt worden.
Scala zu dem eisernen Galgen.
1 2 3 4 5 6 Schuh
Scala zu dem eisernen Kefich 3 Werck Schuh.
1 2 3
Dieses Kefich wurde von denen 2 Meistern Johan Christoph Faust und N. N. Rigler samt ihren 7. Gesellen in Stuttgardt verfertiget, und hat zuletzt das gesamte Schlosser Handwerk an dem Kefich einen Streich thun müssen. Solches ist 6. Schuh hoch, und 2 Schuh weit, wie beygesezte Scala von 3 Schuh anzeiget, es hat in der Rundung 14 Raif, u. 17 Stangen in die Höh,

Der Käfig.

»Der Feuchtwanger weiß nichts vom historischen Süß und Veit Harlan weiß noch weniger«

Interview mit Hellmut G. Haasis

von Wolfgang Haug

Hellmut, Du hast lange Zeit im Stuttgarter Archiv über den Akten von Süß Oppenheimer gearbeitet. Wie lange ist dieses Material aus dem Geheimprozeß gegen Süß eigentlich unter Verschluß gehalten worden? Und Warum? Und wie hast Du das herausgefunden?

Erstmal ist das Material nicht nur in Stuttgart. Es gibt einen großen Bestand aus der Mannheimer Zeit in Karlsruhe und aus der Zeit seines Frankfurter Büros auch einiges im Frankfurter Stadtarchiv. Es sind aus diesen Beständen auch Materialien weggekommen, verschlampt oder sonstwie; aber das Hauptmaterial zu dem Prozeß liegt im Hauptstaatsarchiv in Stuttgart. Daß es gesperrt war, sieht man daraus, daß die AutorInnen bis 1918, die über Jud Süß geschrieben haben, immer nur Bruchstücke hatten, daß sie sich meist nur auf Flugschriften, gehässige württembergische Quellen usw. bezogen. Der Stuttgarter Rabbiner Krohn hat um 1910 versucht, die Akten zu lesen, mußte es genehmigen lassen und erhielt ein Verbot. Es wurde ihm nur ein ganz kleiner Auszug gezeigt.

Also erst 1910 findet sich ein Hinweis auf die Verbote?

Schon vorher. Der Sohn des Bauernkrieg-Autors Zimmermann hatte 1871 eine Doktorarbeit über den Prozeß und die ganze Gestalt des Süß geschrieben und der hatte auch keine Akteneinsicht. Dann gibt es Hinweise, daß die württembergischen Historiker selbst schon vor 1848 nicht glücklich waren über die Sperre. Gegen ihren Druck argumentierte plötzlich ein kleiner anonymer Artikel über Jud Süß in einer Zeitschrift (1843), der vorgab, aus den Akten zu zitieren und feststellte, daß alles nicht so schlimm gewesen sei, daß sich das Gericht gut gehalten hätte und daß es wenigstens einen Beisitzer des Gerichts gegeben hätte, einen Professor Harpprecht aus Tübingen, der gegen das Todesurteil gestimmt hätte. Inzwischen wurde dieses Zitat von allen, inklusive den jüdischen Historikern und bis nach Jerusalem, als Wahrheit übernommen.

Du legst nahe, daß es ein gefälschtes Zitat war...

Ich habe das nachgeprüft, dieser Herr hat nicht nur für den Tod gestimmt, nein, er war der scharfe Antreiber! Nun kann man spekulieren, ob dem anonymen Autor ein gefälschtes Aktenstück vorgelegt worden ist, aber wahrscheinlicher ist, daß interessierte Stellen der Obrigkeit bewußt dieses "Entlastungszitat" in die Welt setzten.

Vor 1918 gab es also keine Akteneinsicht und danach hat eigentlich nur die Heidelberger Jüdin Selma Stern darüber gearbeitet und eine brauchbare Biographie geschrieben, dann noch ein Populärhistoriker ein klein wenig reingeschaut, aber bis in die Gegenwart kommen die Interessenten nicht über ein paar Aktenbände hinaus.

Vom Feudalismus erwartet mensch sich nicht gerade viel Bürokratie. Wieviel Akten zum Prozeß liegen denn da im Staatsarchiv?

Das sind 121 dicke Bände, jeder so dick wie zwei Brockhaus-Lexika zusammen. Zwar nicht auf so dünnem Papier, aber ohne weiteres 10-15 cm dicke Bände, das ergibt eine Archivlänge in den Regalen von 6 1/2 Metern. Dazu kommt, daß diese Akten in unordentlichem Zustand sind, also unsortiert, wie sie von der Justiz abgegeben worden sind, ohne Register, Inhaltsangaben etc.

Was muß man sich als Inhalt vorstellen? Handelt es sich um die Verhörprotokolle, oder um seine Geschäftsunterlagen?

Alles. Alles, was man von ihm fand. 4 oder 5 Bände davon enthalten allein die Protokolle. In einer unglaublichen Pendanterie. Alle Zeugenaussagen, aber verstreut über alle Bände. Schwierigkeiten macht auch die Schrift, man muß die Kanzleischrift des damaligen Jahrhunderts kennen, eine Vorform der Sütterlinschrift und dann hat natürlich jeder Kanzleibeamte noch eine unterschiedliche Handschrift.

Was kann man aus dem Gerichtsverlauf ersehen? Waren damals überhaupt Entlastungszeugen zugelassen, die diesen Namen verdienen oder war es eher ein Schauprozeß?

Man hat natürlich nur Leute genommen, von denen die Justiz annahm, daß sie belastend aussagen. Aber es gab darunter Leute, die nicht belastend aussagten, z.B. ein Geheimrat Pfau, der vom Süß wieder in Amt und Würden zurückgeholt worden war, der in Stuttgart das einzige judenfreundliche kulturell gebildete Haus hatte, in dem Süß auch verkehrte. Dann haben sich einige (kleinere) jüdische Geschäftsleute rausgehalten, nicht die größeren, die zu Süß in Konkurrenz standen. Aber die meisten haben zusammengelogen und -getragen, daß es rauchte. Jeder mußte auch schon damals der Justiz versichern, daß er keinerlei Gewinn hatte, daß nichts abgesprochen sei, daß er nur die reine Wahrheit sage, und daß er nie mit dem Süß Geschäfte gemacht habe - und das war gelogen, daß sich die Balken biegen. Alle hatten mit dem Süß geschäftlich zu tun. Z.B. bei einem Armeevertrag hatte er für eine Ware den, für die andere jenen unter Vertrag und dann wurde hinterher ausgehandelt, wieviel

der einzelne jeweils aus dem Gesamtgeschäft erhielt.

Wie erklärst Du Dir diese Detailliertheit der Akten? Warum macht sich die Stuttgarter Justiz die Mühe die Untersuchung so auszudehnen?

Auf 11 Monate genau. Mit einem irrsinnig umfangreichen Material. Das liegt daran, daß sie zunächst glaubten, daß sie es mit einer großen Verschwörung, mit einem Staatsstreich zu tun hätten. Württemberg war nämlich evangelischer "Pfaffenstaat", wo im Landtag nur die hohe Geistlichkeit und die reichen, mit Ämtern gesegneten altwürttembergischen patrizischen Familien etwas zu sagen hatten.

Und die haben geglaubt, daß Süß den Ständestaat abschaffen wolle?

Ja, die haben das befürchtet. Die Gegenreformation war erfolgreich gewesen usw. und mit dem (gerade verstorbenen) Herzog war 1733 erstmals ein katholischer Herzog Regierungschef, das war schon so alarmierend, daß ihm die Landstände finanziell noch nicht einmal seinen Beichtvater oder eine kleine Hofkapelle für seinen Gottesdienst bewilligt hatten. Deshalb hatten die katholischen Kreise um den Herzog Beziehungen zum Bischof in Würzburg, aber das war weit entfernt von Staatsstreichabsichten. Aber die Stimmung war schlecht. Sicherlich war früher schon klar, was heute klar ist: den Letzten, den katholische Putschisten geholt hätten, wäre der Süß gewesen, denn der galt als Jude doch als unzuverlässiger Bündnispartner.

Württemberg war sichtlich ein stark bürokratisierter bürgerlicher Staat, der alles, was lief, schriftlich machte und ein wahnsinniges Papier aufhäufte. Die Geheimräte waren sehr fleißig; anfangs aber auch unsicher, ob der Süß nicht doch davonkomme, ob der Kaiser oder Mannheim Einfluß nehme (Süß war Mannheimer Bürger) und deshalb haben sie sofort ein Sperrfeuer um die eigentlichen Sachverhalte gelegt und eine verleumderische, völlig erfundene Schrift an den Kaiser nach Wien gesandt, in der nichts von dem späteren Sachverhalt vorkam. Sie haben zudem mit Bestechungsgeldern verhindert, daß die Brüder und Verwandten oder angesehene jüdische Händler eine Klage beim Reichsgericht in Wetzlar einreichen konnten, an dem durchaus auch Juden eine Chance hatten, Recht zu finden.

Der eigentliche Grund für die Anklage lag im Tod des Herzogs und in der Tatsache, daß der Nachfolger erst 7 Jahre alt und noch zu jung war, um regieren zu können?

Ja, noch in der Nacht des Todes des Herzogs haben die Stände eine konservativen "Putsch" zu altem Recht organisiert, daß praktisch nur noch die Geheimräte bestimmten. Der Landtag, die Prälaten war dazu nicht fähig, das haben die Geheimräte gemacht. Sie haben nicht nur den Süß verhaftet, sie haben sofort alle Juden verhaftet und auch den katholischen Oberkommandierenden des Militärs, es wurden in dieser Nacht gleich über hundert Leute in Stuttgart verhaftet. Das Testament des Herzogs wurde nicht umgesetzt usw.

Süß hatte zwar auch Spannungen mit dem alten Herzog, aber beide waren sich auch sehr ähnlich. Sehr impulsiv, gewalttätige Persönlichkeiten. Der Herzog war ein alter General aus Österreich; recht erfolgreich, in Belgrad war er Statthalter des österreichischen Kaisers, und er war gewohnt zu kommandieren. Dieser Herr hatte natürlich in Württemberg, in einem Ständestaat Schwierigkeiten. Die Stände hatten Rechte und Pflichten, seit dem Tübinger Vertrag 1514, die sich wie die englische Verfassung immer wieder weiterentwickelten. Das war für den Herzog völlig undurchsichtig, er konnte nichts machen, weil die Stände das gesamte Budgetrecht hatten. Das waren im Endeffekt übers laufende Jahr nur ein kleiner Ausschuß von fünf, sechs Prälaten, diese hohe Geistlichkeit wie der Prälat von Hirsau oder der von Alpirsbach verstanden natürlich nichts von Ökonomie, aber sie hatten die Titel und dominierten das ganze Land zusammen mit den alten patrizischen Familien, die alle Ämter unter sich aufgeteilt hatten. Der Herzog als alter Militär, der der dauernden Invasionsgefahr der Franzosen mit einem Heer begegnen wollte, brauchte sofort Geld. Weil die Landstände immer bremsten, hat er den Süß geholt, um Geldquellen zu erschließen.

Machen wir mal einen historischen Sprung. Was haben die Nationalsozialisten aus diesem Fall gemacht und warum haben die so gerne daran angeknüpft?

Der Süß war in der deutschen Geschichte eigentlich mausetot. Völlig vergessen. Er ist erst wieder groß bekannt gemacht worden. Er war auch nicht dieser märchenhaft reiche Mensch, das ist alles die Erfindung späterer Zeiten. Wilhelm Hauff hatte eine Geschichte über ihn geschrieben, die aber auch wieder schnell vergessen wurde. Erst Lion Feuchtwanger hat die Gestalt wieder erweckt. Mit seinem Roman. Die Biografie von Selma Stern war kaum wahrgenommen worden. Feuchtwangers Roman und sein Theaterstück wurden in England aufgegriffen, recht schmalzig alles. Diese Aufmerksamkeit nahm Veit Harlan zum Anlaß, den Süß als Prototyp des Juden darzustellen, wie schlimm doch alles sei. Der Film wurde im Jahr 1940 fertig, von Goebbels selbst in Auftrag gegeben und beaufsichtigt. Für den Film wurde viel Geld aufgewandt bis zu aufwendigen Außenaufnahmen in Prag, wo man die Prager Juden, kurz bevor man sie nach Theresienstadt deportiert hat, als Komparsen spielen ließ. Veit Harlan sah in seinem Film eine Chance den Antisemitismus, der zum Teil ja ungeheuer plumb war und intellektuell gebildetere Kreise wenig begeistern konnte, viel raffinierter in einem herrlichen Kostümfilm nahezubringen. Mit einem Großaufgebot an Juwelen, Kronleuchtern, tollen Festen, Tanzsälen und schmachtvollen Liebesszenen. Es wird richtig im Gefühl gewalkt.

Dabei ist eigentlich jede Information über den Süß im Film historisch falsch.

Jede?

Es fängt damit an, daß der Film den Jud Süß, wenn er mit einem anderen jüdischen Geschäftsmann Handel treibt, jidisch reden läßt und zwar jenes übertriebene, karikierende jidisch. Das ist falsch, weil sich Süß immer betont ferngehalten hat von dieser Sprache. Er wollte kein Jude sein, er wollte ein feiner Herr sein, der sich nicht unterschied und respektiert würde. Erst kurz vor dem Tod hat er sich umbesonnen, aber das ist eher als eine Protesthandlung gegen seine Verfolger zu werten. Das nächste ist, er hätte sich nach Stuttgart "reingeschlichen" - das steht auch schon

in Paul Kornfelds Theaterstück aus Prag in den 30er Jahren. Dabei kam er offiziell mit dem Paß des Herzogs, er wurde aufgefordert zu kommen, er bekam Aufträge usw. Er soll - so steht es bis heute in Geschichtsbüchern - Münzvergehen begangen haben, aber das wurde von drei, vier Kommissionen geprüft und hat sich als falsch herausgestellt. Die Württemberger wollten natürlich auch von außerhalb eine solche Bestätigung erhalten und haben verschiedentlich angefragt, doch Darmstadt, Mannheim und der Kaiser haben ihn nicht beschuldigt, Münzvergehen begangen zu haben.

Waren diese Falschinformationen auch schon bei Feuchtwanger vorhanden?

Bei Feuchtwanger ist alles barockartig, ein Kostümroman, der relativ harmlos wirkt. So denkt man zunächst, aber inzwischen bin ich erschrocken, wenn ich sehe, was für eine Gehässigkeit über das Süß-Bild schon existierte. Natürlich sieht man dies heute unter dem Eindruck des Veit Harlan-Films schärfer, aber trotzdem. Übrigens haben sechs der wichtigsten Schauspieler, u.a. die Hauptfigur des Süß, des Herzogs etc., bevor sie bei Veit Harlan unter der Hakenkreuzfahne ohne Probleme mitmachten, diese Rollen in Lion Feuchtwangers Theaterfassung gespielt!
Feuchtwanger hat im übrigen keinerlei Quellenstudien gemacht, denn in den Benutzerlisten, die Anfang der 20er Jahre beginnen, sind vor mir nur 5, 6 Namen enthalten, sein Name taucht niemals auf). Er brauchte aber Quellen, er wollte ja keine beliebige Geschichte, also nahm er die gesamte, gehäßige, falsche, einseitige widerliche württembergische Geschichtsschreibung. Es ist hie und da ein Name richtig und der von Jud Süß, wobei schon nicht stimmt, daß sich Süß nie als "Jud Süß" bezeichnet hat sondern immer als Joseph Süß Oppenheimer und zu Zeiten als er Macht besaß in Stuttgart, hat auch niemand gewagt, ihn mit Jud Süß anzusprechen. All dies gehässige Material hat Feuchtwanger genommen. Man könnte jetzt sagen, er konnte nichts dafür, weil er nichts anderes gefunden hat, aber er hat dieses Material in seinen Aussagen noch verschlimmert. Er hat den Süß noch raffinierter, noch dreckiger, noch hinterlistiger gemacht als er in den württembergischen Quellen schon war! Und seine Rückbesinnung zum Judentum am Ende der Haft, seine Trotzreaktion gegen die Pfaffen, hat Feuchtwanger als Konversion zum wahren Glauben völlig überhöht, so daß er das schwarze schwärzer gemacht hat, um das weiße weißer (als ein Erzengel sein kann) erscheinen zu lassen. Eine völlig verrückte Konstruktion. Nicht nur historisch falsch sondern politisch gefährlich. Schon die Einführung des Süß im Buch, er schwitzt, er ist fett und gefräßig und das geht noch bis in die Haftzeit, wo es wirklich peinlich wird. Denn die Zelle war ungeheizt und schon drei Monate vor der Hinrichtung fielen ihm die Fesseln ab, die Handfesseln an die er geschmiedet war und der Kommandant der Festung schreibt händeringend nach Stuttgart, daß er keine engeren habe, das seien die engsten gewesen. Das eine ein Hieb mehr in die Gehässigkeit, das ist kein Mensch mehr, nur eine Fratze und das Ende ist dann völlig unglaubwürdig und auch uninteressant, wenn eine große umstrittene historische Persönlichkeit am Gebetbuch endet.

Wie wurde Veit Harlans Film eingesetzt? Du hast von Goebbels als Auftraggeber gesprochen.

Der Film hatte seine Wirkung. Heute erinnern sich noch alte Leute an ihn. Und in Prozessen, z.B. im Auschwitzprozeß 1964 in Frankfurt und in späteren Prozessen, hauptsächlich gegen Mitglieder des SD, der Polizeitruppen in Litauen und Lettland, kam in mehreren Zeugenaussagen heraus, daß ihnen hauptsächlich vor Pogromen, bei denen sie am nächsten Tagen mit Maschinenpistolen in die Menschenmenge reinhalten sollten, - sozusagen zur Schulung - der Film immer wieder vorgeführt wurde. Davon wollte Veit Harlan später nichts wissen.

Der war in der Nachkriegszeit auch weiterhin Regisseur in Deutschland.

Ja, zuerst hatte er ein paar Jahre Berufsverbot, aber das wurde aufgehoben. Er wurde dann als Mitläufer eingestuft.

Warum sind die Cineasten bis heute dem "Meisterwerk" Veit Harlans recht hilflos ausgeliefert?

Ja, das habe ich auch schon erlebt. Sie gehen immer noch von dem Briefaustausch aus, den es gab zwischen Veit Harlan und Lion Feuchtwanger. Dieser Briefaustausch ist dokumentiert und wird debattiert. Die Frage also, ob der Film gut ist, ob er zutreffend ist, ob der Süß verheerend gezeichnet ist, wird auf die Weise geklärt, daß ein Briefwechsel zweier Ignoranten herangeholt wird. Denn der Feuchtwanger weiß nichts vom historischen Süß und Veit Harlan weiß noch weniger. Das Hauptargument von Feuchtwanger gegen Harlan bezeichnenderweise nicht die historische Verfälschung, da konnte er ja auch gar nichts sagen, sondern die ästhetische Umsetzung. 1941 oder 1942 schrieb er in einem Offenen Brief: "Wenn ich zurückkomme aus dem Exil werde ich als größte Strafe für sie, Herr Harlan, mit ihnen in diesem Film sitzen, gnadenlos, und sie müssen anschauen, wie widerlich dieser Film ist." Auf dieser Schiene schauen sich die Cineasten diesen Film als Kunstwerk an, zwar ein von den Nazis mißbrauchter Film, aber als herrlichen Buntfilm.

Außen vor bleibt die Absicht der Verfälscher

Das geht schon gleich los. Bei allem was in Wüttemberg Problematisches und Erschwerendes gegen die Bevölkerung gemacht wird, wird dem Süß die Schuld gegeben. Es gibt niemand im Regierungsapparat, niemand im Patriziat wird tangiert. Das sind alles arme Leute und tapfere Verteidiger des Vaterlands. Und der Herzog ist ein gutmütiger Kerl, aber vom Süß, dem Juden, raffiniert verführt.



Wenn bereits in Württemberg die Ablenkungs- und Sündebockabsicht so klar wird, was kann man da als Feuchtwangers Absicht deuten, diese Tendenz noch zu verschärfen?

In Diskussionen mit Juden habe ich die Meinung gehört, Feuchtwanger habe gegen seine jüdischen Eltern und deren Religion und Bankhaus, von dem er finanziell abhängig war, angeschrieben. Festzuhalten bleibt eigentlich nur, sein Roman ist als Werk um den historischen Süß oder das Judentum zu verstehen unbrauchbar, und es ist eine schlimme Verfälschung, die verheerende Folgen bei Veit Harlan hatte. Bis in die Gegenwart ist eigentlich dieses Bild dominierend.

Zuletzt wollte ich noch zu deinem Buch direkt kommen. Du hast die Version, die wir in dieser Ausgabe des SF abdrucken zuerst geschrieben und später ein ganzes Buch daraus gemacht. Wie ist dies entstanden?*

Die Erzählung schrieb ich nachdem ich die Akten so einigermaßen kannte. Daraus machte ich eine Radiosendung, die bekanntlich den Autor ernährt, was ein Buch nie schafft. Danach war ich unzufrieden, weil so eine sachbezogene Sendung doch nur einmal weitergegeben wird und nicht nachlesbar bleibt. Und dann bleiben viele Fragen, die einen als Erzähler interessieren unberücksichtigt, was hat der Häftling gefühlt, was hat er gedacht, als er eine oder zwei Stunden lang durch Stuttgart Spalier laufen mußte und angeschrien, beworfen wurde? usw. Da kam mir die Idee, es selber zu verlegen. Dazu habe ich einen jüdischen Maler gesucht, der es illustrieren würde. Überall, übers Leo Baeck-Institut, über den Landesrabbiner in Stuttgart oder einen Heidelberger Professor der Jüdischen Hochschule, aber wenig erfolgreich, sie waren vorsichtig bis ablehnend, weil sie niemand kannten oder mit meinem Erzählmotiv der "Rache" nichts zu tun haben wollten. Sie sahen das wohl auch als Religionspredigt, aber das war mir ja wurscht. Das ist eine Erzählung, keine theologische Aussage, daß Gott, den ich auch nicht kenne, da irgendwie eingreift. Schließlich habe ich Antwort aus Israel bekommen, von Jona Mach, einem alten Breslauer Juden, der meinte, er steht dazu und will es machen. Er schlug im Saarland eine katholische Bildungsstätte vor, in der das ganze auch ausgestellt werden könnte. Das kam zustande, ein klein wenig Lessing war schon dabei: ich der ehemalige evangelische Theologiestudent, der Jude aus Israel und die katholische Bildungsstätte und es ging um den Justizmord in Stuttgart. Dazu kam ein Kleinverleger aus dem Umfeld der Bildungsstätte, der das Buch machen wollte, aber den Umfang noch steigern wollte. Da hatte ich die Freiheit weiteres einzuarbeiten, Dokumente, Briefe.

Und die Zusammenarbeit zwischen den drei Polen lief problemlos?

Jein, das ist ganz vergnüglich. Bei der letzten Verhandlung, die Stimmung wurde schon besser, aber es war noch nicht klar. Dem Verleger haben die Zeichnungen nicht gefallen, er fand sie zu aggressiv. Er möchte sie etwas entschärfter haben, es sei die Fratze des Juden, ein wenig Stürmerstil und ich habe gesagt, das geht nicht, das hat der Jona Mach so gemacht und das ist seine Verantwortung und zum Text der letzten Stunden paßt es auch, ich kann mir dabei kein fröhliches Gesicht vorstellen. Aber dabei waren wir in einer Wirtschaft, haben etwas getrunken und gingen dann in die Galerie zurück und diskutierten vor den Bildern weiter, nach einer Stunde ungefähr ging der Verleger aufs WC. Du, sagte Jona zu mir, ich hätte Deiner Geschichte einen besseren Verleger gewünscht. Darauf ging ich nicht recht ein. Nach einer Weile ging der Jona Mach raus, da kam der Verleger auf mich zu und meinte: Du, ich hätte ihrer Geschichte einen besseren Illustrator gewünscht. Und da hab ich beschlossen, - und das war sozusagen der jüdische Witz daran -, heuteabend gehe ich nicht aufs Klo, sonst suchen die einen besseren Autor.

Anmerkungen:
* Joseph Süß Oppenheimers Rache. Erzählung. Mit Illustrationen von Jona Mach, *Gollenstein Verlag, PF 1109, 66431 Blieskastel*, 240 S., 39,80 DM

Hellmut G. Haasis arbeitet weiter am Thema: eine Biographie zu Jud Süß ist am Entstehen.

DIE RACHE DES JOSEPH SÜSS OPPENHEIMER

Erzählung

von Hellmut G. Haasis

Seit Stunden starrte er auf die rissigen Kalkwände des Armsünderstübchens. Seine Augen irrten über die Landschaften seines Lebens. Er hatte sie kaum kennengelernt. Im Eilwagen war er dahingeflogen, oft bei Nacht und bis zur Erschöpfung. Zwischen Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Darmstadt, Frankfurt, Mainz, Gießen, Köln, Paderborn. Geld, viel Geld gab es auf der Straße zu verdienen, nichts auf den mageren Böden des steinigen Württemberg.

Wer ihn jetzt hier sah, so ziellos, stumpf, ergeben, mußte glauben, der Gefangene sei wahnsinnig geworden. Josef Süß Oppenheimer war weit weg. Noch einmal brachte er eine Reise hinter sich, eine Reise seiner Erinnerung. Seine letzte, seine stärkste, schmeckte bitter.

***

Selbstsicher hatte er sich noch im ersten Gefängnis gegeben, auf der Festung Hohenneuffen bei Nürtingen. Überlegen, mit einem guten Schuß Spott, schüttelte er die bohrenden Verhöre der Untersuchungsrichter ab. Er verwies auf die Verträge, Rechnungen, Briefe, Wechsel, Quittungen, Bilanzen. Er fühlte sich unangreifbar wie hinter einem Gebirge, an das sich die Zwerge der Stuttgarter Regierung gewiß nicht heranwagten.

Auf dem Hohenasperg bei Ludwigsburg, dem zweiten Gefängnis, spielte Oppenheimer nicht mehr mit. In die Enge getrieben von gehässigen Richtern, feigen Regierungsbeamten und eingeschüchterten Zeugen, rettete er sich in die verschüttet geglaubte Tradition. Er nahm nur noch koschere Speisen und Getränke zu sich. Das war nicht viel: Tee, Eier, Brot.

So kam er zusehends herunter. Wenn morgens die Wache den Abgemagerten auf dem Bett leblos fand, zum Sprechen kaum mehr fähig, setzte es harte Schläge. Man wollte wissen, ob noch Leben in der vergessenen Leiche sei. Süß suchte einen Nagel, etwas Stoff für einen Strick, um sein Leben würdevoll zu beenden. Er fand nichts.

Sein Blick gewann an starrer Weite, sein einfallendes Gesicht an jüdischem Profil. Der einst stolz darauf gewesen war, nie für einen Sohn Palästinas zu gelten, näherte sich dem Bild, das die Judenfresser von ihm haben wollten. Erst die, die ihm den Tod an den Hals hetzten, machten ihn wieder zum Juden.

***

Das Klopfen an das Armsünderstübchen auf dem Stuttgarter Herrenhaus hört er nicht, den eintretenden Tübinger Lektor Christoph David Bernard sieht er nicht. Süß steht als junger Mann in einer Heidelberger Gasse, in den Schatten eines Hauses gedrückt. Gleich hinter der Universität. Fast schon gewohnheitsmäßig überfallen zwei Dutzende von Studenten im Schutz der Nacht einen jüdischen Trödlerladen. Die christlichen Händler lassen die jüdische Konkurrenz bestenfalls in den hintersten Gassen zu und auch dann nur in den oberen Stockwerken.

Angeheizt von reichlich Wein und Taschengeld, rammen die Raufbolde soeben mit wuchtigen Balken das Haustor ein. Die Fenster gehen zu Bruch, dann die Judenlampen. Der Hausrat fliegt auf die Straße. Gröhlen erfüllt die Gasse. Die halbe Nacht streifen die Burschen mit bloßem Degen umher. Über jedes jüdische Gesicht drohen sie ihre Klingen zu ziehen.

Die Bedrängten schreien um Hilfe. Doch die christlichen Nachbarhäuser bleiben verschlossen und dunkel. In aller Ruhe können die Nachbarn aus den Dachläden zusehen und haben doch nichts gesehen, wenn sie nachher gefragt werden. Später geht auch die Synagoge zu Bruch. Es herrscht Krieg, wie wenn die Franzosen wieder da wären.

Die jüdische Gemeinde schreibt auf machtlosem Papier an die kurpfälzische Regierung. Der Herr Zebaot, der Herr der schützenden Herrscharen, schweigt, bleibt untätig.



Illustrationen; Jona Mach

Solchem Jammertal wollte Süß entrinnen. Sein Stern begann aufzugehen, als er nach Mannheim übersiedelte. Eine freiere Stadt, übersichtlich gebaut, geplant von einem geometrischen Gehirn, das rechnen konnte. Hier wollte auch Süß rechnen, seinen Geldbeutel füllen. Aber ohne jüdisches Leben, ohne Tradition, den Kurpfälzern bis zur vollendeten Kopie angeglichen. So suchte er sich vor dem immer gegenwärtigen Judenhaß davonzustehlen.

***

Bernard schrak an der Türe zurück. War das überhaupt der gefürchtete Geheime Finanzrat, der märchenhaft glänzende Gastgeber, der galanteste Verehrer der Frauenwelt? Das war nur noch ein schwebender Totenkörper, bereits im Zerfallen. Schmerzen und Ängste hatten das Gesicht abgenagt. Entstellt sprang es scharfkantig aus dem dichten, schwarzen Bart heraus. Ein ergrauter Totenkopf, von verlebtem Moos umwachsen. Wo einst zwei flinke Äuglein alles beobachtet hatten, staken zwei erloschene Kerzen. Der Blick starr in die Erinnerung gerichtet, die Gefühlsregungen erstorben. Ein lange vor der Zeit zum Greis gewordener Sklave, der noch nie ein freier Mensch gewesen zu sein schien. Seine schon lange fällige Bestattung war offenbar vergessen worden.

Süßens Blick kehrte in die Todeszelle zurück. Der Lektor für orientalische Sprachen würde ihn zum Christentum nötigen wollen. Dieser einstige Rabbiner hatte seine Überzeugung und seine Herkunft verkauft, für eine Handvoll Brot an der Universität. Dafür kannte Süß nur Verachtung. Sein Innerstes wenigstens mußte man frei wählen und bewahren, selbst gegen Herzog und Kaiser.

Leben schoß in den wächsernen Körper zurück. Süß brauste auf. Dem Eindringling schleuderte er das hebräische Glaubensbekenntnis entgegen. *Schma Jisrael, Adonai Elohenu, Adonai Echad.* Höre Israel, der Ewige, unser Gott, der Ewige ist einzig! Süß wiederholte sich schier endlos. Dem Abgefallenen sollte der Mund verschlossen bleiben. *Schma Jisrael, Adonai Elohenu, Adonai Echad.*

Ein Wächter rief beide in den Gerichtssaal. Weit vorne thronten schwarz zwei Handvoll Vogelscheuchen. Das Urteil wurde heruntergeleiert. Süß kannte es. Die Nächte seiner Angst hatten es ihm auf die Zellenwände des Aspergs geschrieben. Keine Phantasien seines Geldes vermochten diese Schrift auszulöschen. Jetzt achtete der Hinfällige nur noch auf einzelne Worte: *von Gott anvertraute Justiz....., vor den Augen der Auswärtigen wie des ganzen Herzogtums....., wohlverdiente Strafe..., zum abscheulichen Exempel....., mit dem Strang vom Leben zum Tod.*

Süß Oppenheimer war mit einem Mal überwach. Er brüllte in den Saal hinein: *Mir geschieht Gewalt und Unrecht. Gewalt und Unrecht. Unrecht.*

Ein Aufseher wollte ihm den Mund zuhalten. Das Totengerippe versetzte ihm eine Ohrfeige. *Ich war nur der Diener des Herzogs. Ich bin kein Verbrecher und Landesverräter. Mein Blut komme über euch.* Zehn Soldaten rangen mit dem Schreienden, warfen ihn nieder, knieten schwitzend auf ihm, würgten ihn. Das letzte Wort *Rache* gurgelte im verdorrenden Hals.

***

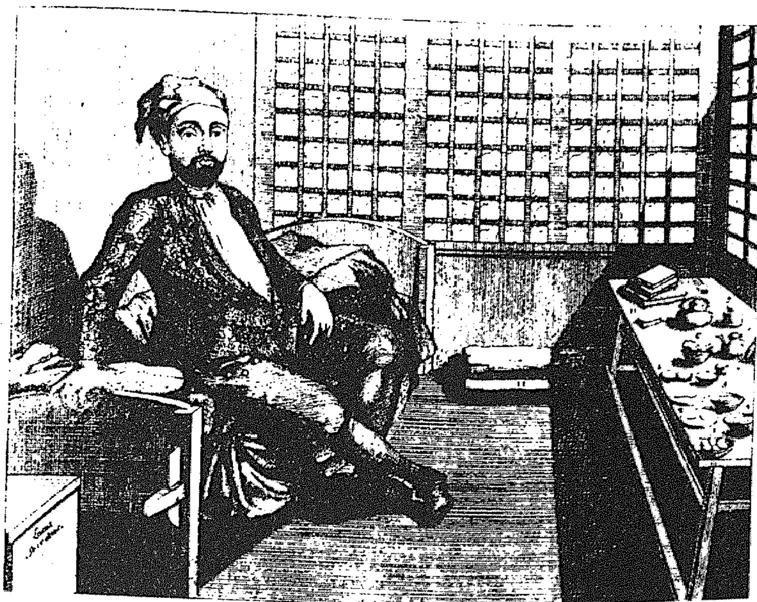
Derbe Hände zerrten den Widerstrebenden in die Stube zurück, stießen ihn zur Henkersmahlzeit. Süß rührte nichts an. Das Gericht ließ ihn die Treppe zum Marktplatz hinunterschleifen. Dort stand auf Tausenden von Gesichtern Schadenfreude geschrieben. Nach diesem Tag hatte sich die verkrüppelte württembergische Seele seit Jahren ausgestreckt.

Die Menge setzte zum Gröhlen an. *Seht, der König der Juden. Der Landesverderber.* Als Süß weithin zu erkennen war, brach das Geschrei ab. Der Platz wurde still. Ein riesiges Sterbezimmer. War das noch der verhaßte Feind, der Quälgeist des Landes, für den man ihn verschrien hatte? Lohnte sich da noch ein Strick? Der Verdorrte starb womöglich vor dem Galgen.

Unter Schlägen wurde Süß auf den Schinderkarren gehoben. Auf einem Thron aus ungehobelten Brettern banden sie ihn fest. Die Hände mit Schellen angekettet. Ein blindes Pferd zog den einachsigen Wagen.

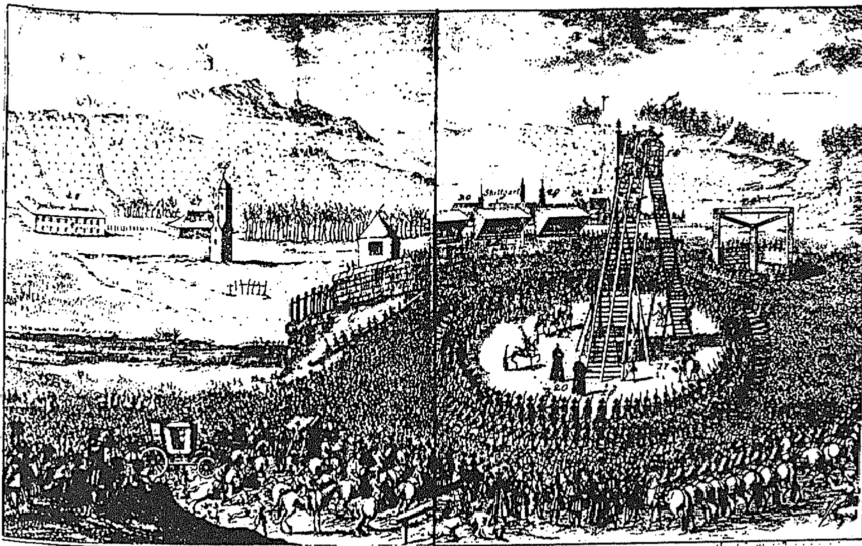
Josef Süß Oppenheimer trug seine schönste Kleidung: wunderbarer scharlachroter Samt, mit Gold reich bestickt, mit weißem, gekräuseltem Samt gefüttert. Dazu ein feines, blütenweißes Oberhemd, ganz neue weiße Strümpfe, hohe schwarze Schuhe, eine Perücke und einen samtenen Dreispitz. Das war seine Staatskleidung gewesen, so hatte er sich beim Hof melden lassen. So hatte er Feste gefeiert. Das Gericht hatte dieses Prachtkleid angeordnet, dem Hilflosen zur letzten Verspottung.

Der grausame Maskenzug setzte sich in Bewegung. Wohin der Blick reichte: Grenadiere mit aufgepflanzten Bajo-



Todeszelle in Stuttgart.

Kupferstich von Elias Baeck, genannt von Heldenmuth, vermutlich 1738. Gestochen, gedruckt und verlegt in Augsburg. 17,5 x 28,5 cm. Stadtarchiv Stuttgart.



netten. Zwölfhundert Soldaten hielten den Marktplatz besetzt. Den Weg zum Galgen säumten die Stadtreiter. Selbst sterbend verbreitete Süß Furcht.

Die Gaffer hatten den ersten Anblick bald überwunden. Johlend zogen sie hinter dem Todeskarren her. Wer konnte, warf einen faulen Apfel nach der erlöschenden Gestalt. Kinder und Enkel sollten einmal von einer Heldentat hören.

Bei der Stiftskirche schlug es zehn Uhr. Der Zug hielt an, wie wenn das Jüngste Gericht käme. Die mehr zu wissen meinten, glaubten zehn Raben um den Turm fliegen zu sehen.

Jud, die fressen dich bald auf.

Jud, deine Todesboten.

Jud, jetzt wird nicht mehr gestohlen.

Jud, endlich haben wir dich.

Süß Oppenheimer sah und hörte davon nichts. *Mir geschieht Gewalt und Unrecht. Rache für mein unschuldiges Blut. Eines Nachts wird diese Kirche in Flammen aufgehen, niemand will es gewesen sein.*

Die Grenadiere schrien ihn nieder. *Es lebe der Herzog! Es leben die Landstände!*

***

Oppenheimers Blick durchdringt die Mauern der Kirche. Drinnen sieht er einen Schwarzkittel mit Feuer hantieren, unter einem merkwürdig schrägliegenden, an den Enden abgewinkelten Kreuz. Einer der evangelischen Pfarrer, die ihn angesichts des Galgens zum Christentum herüberschwatzen wollen. Der sonst so liebreiche Geistliche erscheint in der Todeszelle mit mißtrauischem, verbissenem Gesicht. Bald steht Schaum auf seinem Mund. Seine Worte fallen wie ein Schwert über den Besiegten her. *Ich will Ihnen zur Erkenntnis der wahren Seligkeit verhelfen.*

Süß lacht schwach, voll Bitterkeit. *Das brauche ich nicht. Ich will ein unabhängiges Gericht, keine gekauften Fürstenknechte. Das sind alles nur meine geschworenen Feinde, seit Jahren.*

Der Pfarrer setzt ein hochnäsiges Gesicht auf. *Das ist mir wurst, das geht mich nichts an.*

Süß geduckt: *Was geht Sie überhaupt etwas an, mein Herr?*

- Die überirdische Erlösung durch den Messias. Ein irdisches Gericht kann da nichts ausrichten.

- Aber mir will es den Hals umdrehen. Verstehen Sie das nicht? Süß macht eine Pause. Er kann nicht weiter. Die Dreistigkeit verschlägt ihm den Atem. *Wollen Sie nicht verstehen?*

- Wir sind schon erlöst, wenn wir glauben.

- Durch wen denn? Der wahre Messias war noch nicht da. Eure Grausamkeit, eure Scheinheiligkeit, eure Kumpanei mit den hohen Herren der Welt schlagen jeden Tag dem Messias blutige Striemen ins Gesicht.

- Was wollen Sie von mir?

- Eine Audienz beim Herzog. Beim Gericht einen ausländischen, unabhängigen Verteidiger. Das Gutachten einer ausländischen Juristenfakultät über meinen Prozeß. Die Verhöre sind voreingenommen. Die Zeugen werden eingeschüchtert.

- Gott läßt die Unschuldigen nicht zuschanden werden.

- Nichts als schleimige Worte. Ihresgleichen marschiert eines Tages Arm in Arm mit den Brandstiftern, die die ganze Stadt und den halben Erdkreis vernichten werden. Ihr Pfaffen werdet ganz ungewollt mein Blut an eurer Stadt rächen.

- Hochmut spricht aus Ihrem Mund.

- Das ist nichts als die prophetische Gewißheit eines Sterbenden. Ich bin Jude, ich bleibe Jude. Ich werde kein Christ, selbst wenn man mich zum Kaiser von Wien machen wollte. Seine Religion, seine Überzeugung ändern, kann nur ein freier Mensch. Einem Gefangenen steht so etwas übel an, erst recht vor dem sicheren Tod.

***

Der grausige Leichenzug hatte sich dem Ludwigsburger Tor genähert, am Ende des Großen Grabens. Auf der Promenade wälzten sich Zinnsoldaten und Schreihälse vorwärts, umspülten den alle überragenden Gequälten. Nur unter Schmerzen konnte Süß sich vor dem Tor nach links weden. Er streifte noch einmal seinen Palast. Auch davor Wachen. Die Stadt trug fast an jeder Ecke ein angstvolles Gesicht.

Seine wieder erstarrten Augen holten die Erinnerung zurück. Hier, an diesem Tor, wird Süß nach seiner mißlungenen Flucht erstmals mißhandelt. *Stinkiger Saujud, dir geben wir's.* Ein Sauschwanz fetzt ihm ins Gesicht. Der kommandierende Oberst hetzt die Leute auf. Die meisten begnügen sich mit Schreien. Selbst da halten nicht alle mit. Einige sind entsetzt bis zur Sprachlosigkeit. Sie verschweigen ihr Leben lang, was sie hier gesehen haben. Für Süß bleiben sie hinter einer tobenden, prügelnden Mauer des Hasses versteckt.

Süß will sich lieber an die glänzenden Stunden seines Palastes klammern. Grazile Komplimente, feingesponnene Intrigen, siegreiche Liebesaffairen, triumphale Feste. Und immer der jüdische Hofbankier im Zentrum, der württembergische Resident in Frankfurt, der Großkaufmann, der Geheime Finanzrat, der Juwelier. Ein unwiderstehlicher Galan.

Und doch schmecken Süß diese Bilder nicht mehr. Manches Liebeserlebnis taucht ihm anders auf: getrübt durch gedemütigte Augen. Aber er war doch nie geizig. Seinen liebsten Gästen, den bezauberndsten unter den Frauen, verehrte er Edelsteine. Und manche, die er

liebte, bekam später eine Aussteuer, unerwartet.

Doch da stehen zwei verängstigte Gesichter vor ihm, einst hübsch, jetzt vergrämt. Sie lassen sich nicht wegwischen. Die eine junge Frau: Regina Margaretha Walter aus Steinheim. Wegen irgendeiner Denunziation warfen Gendarmen die Männer der Familie ins Arrestloch. Regina entschließt sich, beim mächtigen Finanzrat eine Bittschrift vorzubringen. Süß ist allein, bedrängt die Bittstellerin, droht mit Fortsetzung der Haft, verspricht baldige Befreiung und reichliche Entschädigung. Er trägt sie auf sein Bett, will ihr den Rock hochheben. Regina wehrt sich heftig. Süß kommt zu nichts. Doch nach Wochen muß sie noch einmal kommen, sträubt sich wieder. Sie wird aufs Bett geworfen. Im richtigen Augenblick stößt sie den Süß weg. Sein Samen ergießt sich aufs Bett.

Die zweite junge Frau: Christiana Dorothea Faber. Er vergewaltigt sie, als sie eine Bittschrift bringt. Später versteht sie es, sich ihm zu entziehen. Ist es ihm so nicht öfters ergangen? Nach außen strahlt er als der siegesgewohnte Liebesheld. Der Stadtklatsch erzählt: fast das ganze weibliche Stuttgart, natürlich nur das jüngere, sei durch sein Schlafzimmer gegangen. Sein Bett weiß, daß dem nicht so ist. Süß ist halt doch der Jude, der Ausgestoßene. Man läßt sich gerne von ihm hofieren, beschenken, verehren, verwöhnen. Doch Zuneigung findet er kaum jemals. So regiert bei dem Ausgeschlossenen Gewalt, wenn Geld und Glanz nicht zum Ziel kommen.

***

Der Todeszug passierte soeben das Ludwigsburger Tor. Süß sah einen gebrechlichen Kaftanjuden am Boden niedergeschlagen, umringt von knüppelnden Männern. Ein fremder Jude auf Handelsreise, mit einem Sack und einem elenden Maultier, mußte wieder einmal als Opfer herhalten. *Wir brauchen keine Juden! Württemberg ist judenfrei.*

Süß hatte auf solche Szenen nie geachtet. Wo er ging, hielt man sich zurück. Und mehr kümmerte ihn nicht. Warum blieben die jüdischen Händler auch so halsstarrig? Die Zeiten hatten sich doch geändert. Wer wollte, konnte gute Geschäfte machen, sich außerhalb des Gettos niederlassen, bei Hof vorankommen. Nur mußte man sich nicht weithin sichtbar als Jude geben und so den fanatischen Judenhaß der Württemberger reizen.

Nun aber gräbt sich diese Szene am Tor in Oppenheimers prophetische Angst ein. Für die Zeit nach seinem Tod, so befürchtet er, werde eine Pogromwelle einsetzen. Seit zwei Jahrzehnten in der Abwendung von seiner Herkunft versteckt, kehren ihm nun die unzählbaren Blutzeugen zurück: Erschlagene, Erstochene, Erwürgte, Ersäufte, Geräderte, Verbrannte, Aufgeschlitzte. Oder Gehenkte, wie bald auch er.

Warum trifft der orkanartige Haß eines ganzen Landes nur ihn? Warum nicht auch ein wenig den Herzog, der alles befohlen und unterschrieben hatte? Süß versteht: der tote Herrscher spricht noch aus dem Grab, durch den Mund seiner kriecherischen Untertanen. Samt und sonders Feiglinge. Der ganze Umsturz durch die Landstände nach dem plötzlichen Tod des Herzogs: nur ein feiges Unternehmen. Und auch die hohen Herren bei Hof und in der Regierung haben neben Süß nicht schlecht verdient. Das weiß keiner so gut wie der Buchhalter Süß. Und er sieht deutlich vor sich: deren Geld wird nicht angetastet werden. Die wenigen mit ihm Festgesetzten dürfen die Freiheit bald wiedersehen.

Den schneidenden Luftzug unter dem Stadttor spürte Süß nicht mehr. Ein trüber Tag, Anfang Februar. Und große Kälte. Die Weinberge am Rande des Talkessels waren heute nicht zu erkennen. Statt dessen sieht der Gefesselte, wie der Himmel sich verdunkelt. Er hat zu viel gelitten, um sein Gesicht verbergen zu wollen. Er weiß auch, daß niemand dem entrinnen kann, was er hier als erster sieht. Er allein und lange vor der Zeit.

Eine Heuschreckenplage überzieht den Horizont, wie einst in Ägypten. Vom Talboden des gefangenen Landes steigen Lichtbündel auf. Das dunkle Heer beginnt sich wie ein Vorhang über die Stadt zu legen. Kleine, längliche Schatten, nur schemenhaft auszumachen, stürzen sich wütend nach unten. Erdreich spritzt in die Höhe, fällt wieder zurück. Die Wolke erreicht die Stadt. Häuser fallen zusammen. Brandfackeln schießen hoch. Schreie werden vom Lärm zusammenkrachender Gebäude

Fahrt zum Galgen.

Kupferstich von Elias Beack. Vermutlich 1738. 17,3 x 28,4 cm. Graphische Sammlung der Landesbibliothek Stuttgart.

verschluckt. Die Stadt: ein Brandmeer. Die Nacht: taghell.

Die Heuschrecken brummen in endlosem Zug über diese Hölle hinweg. Menschen irren durch unpassierbare Straßen, werden von Wänden erschlagen, verbrennen vor verdorrten Wasserstellen. In den verschütteten Straßen erheben sich heiße Wirbelstürme, reißen Papier und Stoff mit sich fort. Diese Stücke versengender Erinnerung jagen über den Todgeweihten hinweg.

Die Soldaten in Reih und Glied, die johlende Meute: niemand bemerkte etwas. Für sie war heute alles gut. Endlich wurde ihre Wut gestillt. Da fühlte ihr Herz sich nach langem wieder einmal warm.

Josef Süß kann die Schreie der Verbrennenden nicht ertragen, vor allem nicht die der Kinder. Wenn er nur eines retten könnte. Das wäre, wie wenn er ein eigenes hätte. Rache muß sein - sie wird sein - aber auch Warnung an die, die nicht verstockt sind. Und so schreit er in die brennende Höllennacht hinein, was die Zufriedenen gar nicht verstehen können.

Die Blutrichter gegen mich sind die wahren Mörder. Ihr alle, die ihr nichts hören und nichts sehen könnt, seid wie Babylon. Ihr werdet untergehen wie Babylon. Unversehens bei Nacht wird der Gerichtstag über euch hereinbrechen. Eurem Land wird es gehen wie Sodom und Gomorrha. Feuer stürzt vom Himmel. Die Stadt verbrennt in einer einzigen Nacht. Wer sich herausschleppen kann, wird mit eiternden Gebeinen dahinsiechen. So wird jedes unschuldige Blut gerächt. Und diese Stadt wird noch viel unschuldiges Blut wie das meine vergießen. Ihr habt mir ein Gericht verweigert, das das Recht liebt. Ihr selbst werdet einst von mörderischen Gewalthabern geknebelt und geschunden.

***

Während dieses Gesicht auf Josef Süß fiel, war das klapprige Pferd zum Galgenberg gekommen: Ermüdet. Soldaten halfen dem Karren die Galgensteige hinauf. Oben erwartete Süß der Galgen, ein weithin blickendes Gerüst von zehn Metern Höhe. Auf einer Erhöhung mit der schönsten Aussicht für den grausigsten Zweck.

Josef Süß Oppenheimer sieht gepreßte Leute ihn anklagen. In der lärmenden Menge selbst hatte er sie gar nicht gesucht. Mit seinen erstarrten Augen hätte er sie doch nicht herausgefunden. Auf dem Boden des Schorndorfer Arrestlokals liegt der Hoflieferant Salomon Mayer aus Karlsruhe. Zusammengebunden. Mit lauernder Demut sieht der jüdische Händler an dem mächtigen Finanzrat hoch.

Was willst du von mir, Süß?

Deine Schulden.

Was? Ich? Schulden? Bei dir?

Du hast an der letzten Lieferung zu viel verdient. Her mit dem Gewinn.

Mayer senkt seine Stimme, mischt einen jammerwürdigen Unterton bei. *Ich hab' draufgelegt.*

Süß lacht kurz, aufreizend. *Das kenn' ich. So hab' auch ich geredet, selbst wenn mir ein Geschäft noch so gut gelungen ist.*

Wieviel? Salomon Mayer weiß, daß hier nur Zahlen gelten.

Eine gute Stange für des Herzogs

Kasse - und eine kleine für mich.

Mayer tut erstaunt. Hier ringen zwei miteinander, gleich gut als Geschäftsleute wie als Schauspieler. *Warum denn für dich? Bist du der neue Herzog?*

Süß streckt sich wohlig. Eine solche Verdächtigung schmeckt ihm wie ein verstohlenes Kompliment. *Nur für meine Bemühungen.*

Deine Bemühungen? Mayers Überraschung kann etwas Spott nicht ganz vertuschen.

Nun. Süß zeigt theatralisch auf den Boden mit dem Gefesselten. *Wenn du wüßtest, wie ich für dich spreche, beim Herzog und im Kabinett.*

Ich sehe, was daraus wird: Arrest.

Nur durch mich kommst du wieder raus.

Und wenn ich mich dem schreienden Unrecht nicht beuge?

Dann geht's ab auf den Hohentwiel. Eine schöne Festung. Bei gutem Wetter mit Aussicht auf die Schneealpen. Vor dir der glitzernde Bodensee.

Was willst du noch mit mir machen?

Das reicht. Nach einem Monat bist du erledigt. Als Großhändler für die Armee ohne Aufträge und damit ohne Kredit.

Zäh schlägt sich dieser Salomon Mayer. Gendarmen bringen ihn nach Stuttgart aufs Herrenhaus am Marktplatz, ins Arrestlokal. Auf der Reise seiner Erinnerung erschrickt Süß erst, als er im Armsünderstübchen nach Mayer schaut. Die Fenster soeben vernagelt, die Stube von einer Bürgerwache umgeben. Hier sitzt offenbar ein großer Übeltäter.

Der Herzog will dich auskochen.

Und du mich schächten, Süß. Mayer bleibt nichts schuldig.

Süß winkt mit einem herzoglichen Befehl. *Hier die frische Unterschrift. Der Herzog ist wütend. Deine Heulieferungen für die Truppen waren nicht einwandfrei. Entweder zehntausend Gulden oder Hohentwiel. So tobte er.*

Mayer windet sich lange. Er dringt dem Süß tief ins Zahnfleisch ein.

Glaubst du, Mayer, mir sei das früher anders ergangen? Beim Kölner Kurfürsten war ich einst der große Armeelieferant. Manchen vom Hof mußte ich schmieren, sonst liefen die Verträge nicht.

Aber dir ist doch was geblieben, Süß. Dein Reichtum stammt von dorther.

Stimmt. Aber wir Juden müssen einander leben lassen. Du kennst die Württemberger noch nicht. Das hier ist ein Land, wo man keinen Juden was verdienen läßt. Wer doch was gewinnt, den erleichtern sie wieder darum, bevor er das Land verläßt.

Salomon Mayer stellt sich, wie wenn er schwer begreifen würde. Süß wird wütend. *Ich kann dich stürzen, wie andere vor dir. Den Hals sollte man dir brechen. Das Beste wäre Auspeitschen, Rädern, Henken, Köpfen. Nicht bloß Festung.*

***

Von weitem kam der turmhohe Galgen in den Blick. Vor den Äckern der Prag stand er auf dem weithin sichtbaren Galgenberg. Hier sollte Süß im Namen des Herzogs und der christlichen Gerechtigkeit enden.

Der vorige Herrscher hatte den Josef Süß Oppenheimer wie einen Sklaven gehalten. Süß, der einst fast so prunkvoll gefeiert hatte wie der Landesfürst selbst, konnte bald nicht mehr über sein eigenes Geld verfügen.

Wer soll mir das glauben? Mir, dem Geheimen Finanzrat? In diesem Land will einfach keiner ein Geschäft mit einem Juden machen. Die meiden mich wie die Pest. Denen stinkt das Geld des Juden schlimmer als Jauche im Salon. Aber Frankfurt: ja da gibt's ganz andere Geschäfte. Dort findet man auch als Jude immer einen, dem man etwas leihen oder für den man einen Auftrag erledigen kann. Gegen gute Bezahlung. Gegen bessere als in diesem eingekerkerten Land.

Ein letztes Mal sieht sich der sterbende Süß vor dem nun schon toten Herzog. Er hat das Leben hier satt. *Wenn der Herzog Zahlungen befiehlt, wer ist dran schuld? Der Jud.*

Wenn ein Vergehen mit Geldstrafe belegt wird, wem schiebt man's in die Schuhe? Dem Jud. Wenn ein schönes Amt nur gegen Geld zu haben ist, wer steckt die Summe ein? Natürlich der Jud. Wenn der Herzog von den verlotterten Staatsgütern bei Strafe eine rasche und genaue Abrechnung verlangt, wer hat das ausgeheckt? Nur der Jud.

Der Herzog lacht. *Schau her, Süß, ich hab' viele Feinde, besonders bei den Landständen. Das sind nun auch deine Feinde. Mach dir nichts draus. Du stehst bei mir unter unbegrenztem Schutz.*

- Aber ich kann nichts mehr verdienen, niemand will mit mir zu schaffen haben, solange ich bei Hof etwas gelte. Deshalb bitte ich um meine Entlassung. Ich will nach Frankfurt zurück. Dort ist es im Getto besser als hier auf der Promenade.

Der Herzog wird weiß. Dann springt er auf und brüllt: *Du bist noch kaum aus der Stadt, da jagen dir schon meine schnellsten Reiter nach. Wenn du dennoch durchkommst, lasse ich dich im ganzen Reich für vogelfrei erklären. Dein Besitz fällt mir zu.*

Da erkennt Süß, daß er herzoglicher Leibeigener geworden ist.

***

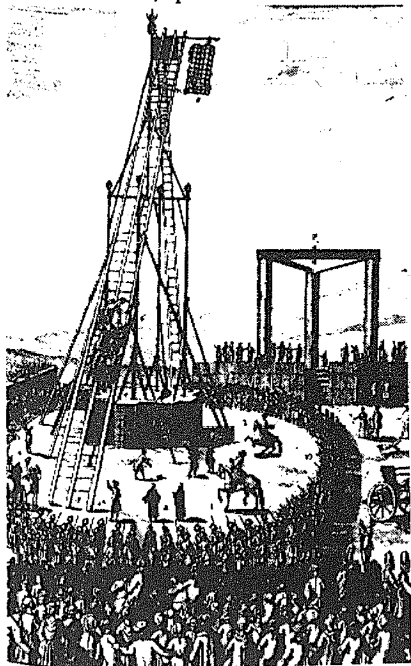
Auf dem Galgenberg begann ein Volksfest. Fast ganz Stuttgart war hierher gepilgert. Selbst aus Franken, dem Schwarzwald und Oberschwaben hatte der Tod Neugierige angezogen. Die Untertanen freuten sich, wie auf die Hochzeitsnacht. Eine merkwürdige erotische Spannung, gewürzt mit Leichengeruch, lag über der Menge. Die besseren Herrschaften saßen schon auf den eigens errichteten Tribünen. Sie hätten sich am liebsten in einen Ballsaal gestürzt, sich hinter aufreizenden Masken versteckt und gegenseitig genüßlich betastet. So herrlich orgastisch ließ sich die Erwartung an.

Zwei Kompanien Grenadiere begleiteten Süß die Steige herauf, eine dritte hatte seit dem frühen Morgen einen Kreis um den Galgen gebildet. Der Schinderkarren fuhr dort hinein. Süß wurde heruntergeholt. Er sollte die hohe Leiter hinaufsteigen. Bis zuletzt gab er sich nicht auf. Keinen Schritt tat er freiwillig. So wurde der fast schon Tote Sprosse für Sprosse von zwei Henkersknechten hochgezerrt. Der Meute schenkte er den Genuß nicht freiwillig. Zum Schluß noch einmal eine Vergewaltigung. Dieser Leibeigene war größer als der eingefleischte Judenhaß.

Angespannt unter der erotischen Gier, wurde den Voyeuren der Atem kürzer. Schon auf der ersten Sprosse erneuerte Süß sein Bekenntnis. *Schma Jisrael, Adonai Elohenu, Adonai Echad.* Die Grenadiere schlugen die Trommeln. Aber Süß wurde lauter. Über die keuchende Menge hinweg donnerte sein *Schma Jisrael, Adonai Elohenu, Adonai Echad.* Beim Raufen mit den fluchenden Schindern flatterten sein Dreispitz und seine Perücke zu Boden. Süßens letzter

Wunsch: auf jeder Sprosse wollte er sein *Schma Jisrael* hinunterschleudern. Zweiundfünfzig Sprossen hoch. Das war seine Jakobsleiter in einen neuen Himmel hinein. Unter ihm immer tiefer das ferne, im Dunst nur zu ahnende Stuttgart.

Innerlich war er ruhig und sicher geworden. Während äußerlich sein *Schma Jisrael* wütete, sprach er für sich einen



Psalm, unhörbar, mit den Lippen seiner Erinnerung.

Mimaqamakim keraticha Adonai.

Adonai schimqa bekoli. Tihejänah asnächa kaschubot lekol tachanunai.

Im qawonot tischmar Adonai, Adonai mi jaqamod!

Aus den Tiefen rufe ich zu dir, Ewiger.

Herr, erhöre meine Stimme, o daß dein Ohr achte auf die Stimme meines Flehens.

Wenn du die Frevel aufbewahrst, Ewiger, Herr, wer kann dann bestehen!

Als Süß oben in den mannshohen Käfig gestoßen wurde, in dem er erwürgt werden sollte, schluchzten viele Frauen. Die Männer schnauften eher wie erhitzte Tiere. Endlich zog der Henker die Schlinge zu. Lange harrte tief unten die Meute, ob sich etwas bewege. Sie erwartete Außergewöhnliches und begriff nicht, daß es schon geschehen war. Der nach außen so mächtige Jude hatte durch einen Justizmord geendet.

***

Der Käfig wurde mit schweren Schlössern versperrt. Die Württemberger befürchteten, die Juden würden ihren Toten abnehmen und ehrenvoll zu Grabe tragen. Der Leichnam hing nun im Wind. Die Hinrichtungskosten wurden dem Toten in Rechnung gestellt. Der Henker mußte monatelang immer wieder hinaufsteigen und prüfen, ob oben noch der Richtige hänge. So konnte er immer wieder dem Skelett Teile abschneiden und in der Stadt gegen gutes Geld verhökern.

Süß mauserte sich zu einer begehrten Ware. Abergläubisch, wie die verhetzten Württemberger nun einmal waren, ließ sich mit den gierig umklammerten Reliquien alles kurieren: Knochenbrüche, Krämpfe, Kröpfe, Geschwüre. Mit einem Knöchlein von Süß unter dem Kissen bekamen Gebärende gesunde Kinder, mit einem über der Stalltüre kalbte es sich besser. Stück für Stück gelangte auch Süßens verblichenes Staatskleid unter die Gläubigen.

Die Stuttgarter gewannen ihren Süß doch noch lieb. Eine Flut von Flugblättern und Broschüren schwappte über das judenhasserische Land. Süß war allgegenwärtig. Selbst die böseste Satire erhöhte noch einmal die Standhaftigkeit dieses Unbeugsamen. Wilde Träume schüttelten, wach oder im Bett, unbefriedigte Frauen wie Männer. Während der Kadaver vertrocknete und schrumpfte, wuchs sein Phallus unaufhaltsam, über den Käfig hinaus, den Galgenberg hinunter, in die Stadt hinein. Noch einmal steckte Süß seinen Kopf galant in Stuttgarts Betten. Die gequetschte Phantasie fand sich in einem Flugblatt wieder. Jede Nacht reite eine Hexe vom Rotenberg zum Galgen und bringe dem Süß einen glühenden Liebesbrief. Sie habe es mit ihm sogar im Käfig getrieben. Die Hexe wurde beneidet.

Auch das Theater griff nach dem Ermordeten. Hanswurst und Harlekin führten durch die Komödie einer Wandergruppe. Süß pflegte nur auf einer Sau über die Bühne zu reiten. Die Pausen zwischen den Akten verkürzte eine appetitliche Tänzerin.

Sechs Jahre nach der Hinrichtung befahl der Herzog dem Henker, das Skelett zu verscharren, direkt unter dem Galgen. Den Käfig ersteigerte ein Stuttgarter Patrizier, der ihn in ein Balkongitter seines neuen Hauses umschmieden ließ. Von hier aus hatte man bei guter Sicht den Galgen auf der anderen Seite des Talkessels vor sich.

***

Der ungeliebte Jude konnte aus Württemberg nicht mehr verschwinden. Zweihundert Jahre nach seinem Tod fiel sein Fluch über Stuttgart her. Es war die Zeit, die Süß hinter den Mauern der Stiftskirche gesehen hatte. Sie stand unter einem auffallend schiefliegenden Kreuz, das an allen vier Enden gekrümmt war. Die erdige Farbe des Galgenberges floß weit ins Land hinaus. Jud Süß beherrschte wieder einmal Bücher und Zeitungen. Ein schmachtender Film schenkte prickelnden Genuß. Niemand sprach von Justizmord. Die es hätten tun können, waren längst als Landesverderber vertrieben. Den Hauptdarsteller des Süß begrub fast eine Welle von Liebesbriefen.

Das war die letzte Ruhe vor der Rache des Josef Süß Oppenheimer. Auf den Monat genau zweihundert Jahre, nachdem der Vogelfreie unter dem Galgen verscharrt worden war, überzog ein Vorhang den Nachthimmel der Stadt. Scheinwerfer suchten die Dunkelheit ab. Eine fast nicht endende Luftflotte griff Stuttgart mit einer höllischen Bombardierung an. Erdreich spritzte in die Höhe, sank wieder zurück. Häuser fielen zusammen. Brandfackeln schossen hoch. Schreie wurden vom Lärm zusammenbrechender Gebäude verschluckt. Die Stadt: ein Brandmeer. Die Nacht: taghell. Das Patrizierhaus mit Süßens Käfigstäben ging gleich anfangs in Flammen auf. Das Grab unter dem Galgen blieb unversehrt. Damals war die Stadt wieder einmal stolz darauf, judenfrei zu sein.



Abschied von Biby Wintjes († 1995)

Wer hätte ihn nicht gekannt im Kreise derjenigen Autoren, die sich nach wie vor Gedanken machten über das Leben unserer modernen Gesellschaft, über die Tag für Tag sich verengenden, persönlichen Freiräume, über allseitige Zwänge, denen jeder Mensch unserer Tage unterworfen ist und das wirkliche Leben, so wie er es sah, in geradezu unerträglicher Weise nicht nur beeinträchtigte, sondern verunmöglichte: Der Kampf gegen diese 'Gitter des Alltags' war und blieb ihm stets die große und nicht endende Aufgabe seines Lebens!

Seine geistige Heimat war in der aufmüpfigen 68er-Bewegung zu suchen, im Schrei der jungen Menschen nach mehr 'Menschlichkeit im Alltag', ihrer Forderung nach weitestgehenden Verzicht auf Bevormundung und Unterdrückung von Menschen durch Menschen, dem Ruf nach einer doch möglichen Ausweitung von Freiräumen, einer so dringlich gewordenen Einschränkung der bestehenden Paragraphenwelt, einer stets sich erweiternden Verbeamtung des Alltags, eines Zauns an Vorschriften, die allmählich jedes freie Leben, jede Selbstentscheidung über eigene Vorstellungen unmöglich werden ließ und dafür nur noch einen Einheitsbrei zu bieten vermochte, der eigene und selbst erworbene Vorstellungen zu ersticken suchte: Was ihm vorschwebte, war der innerlich freie Mensch in einer Gesellschaft, die diese Freiheit zuließ!

Sehr schnell hatte er verstanden, daß derartigem Verlangen jedes bestehende System in Gegnerschaft gegenüberstehen würde, daß es eines eigenen Mediums bedurfte, um diese gemeinsamen Denkweisen der Jugend an die Öffentlichkeit zu tragen: Genau diese Erkenntnis führte ihn zur Gründung eines eigenen Verlags und einer Versandbuchhandlung, einer Art Gegen-Initiative gegen die bestehende 'mediale Bevormundung' durch Presse und Funk, der er sich nicht zu unterwerfen gedachte.
Seine Antwort war sein 'Ulcus Molle', ein Klein-Journal, das sofort einen enormen Leserkreis fand und über viele Jahre hinweg zum Sprachrohr der Szene wurde.

Die Belegschaft dieses Verlags plus Vertriebs bestand aus Biby Wintjes sowie dessen Frau, die als Krankenschwester tätig war und deren Einkommen ebenso in diesem Klein-Unternehmen verschwand wie die - zumeist ja doch recht zögerlich eintreffenden - Zahlungen der Abonnenten: Größerer, finanzieller Erfolg war zwar nie erwartet worden, doch die über Jahre andauernde Knappheit führte letztlich dann doch zum familiären Bruch, zur Trennung von Frau und Kind.
Dieses End-Ergebnis seiner Ambitionen hat Biby nie verwunden, beirrte ihn jedoch in keiner Weise in seinem Vorsatz, jungen Autoren als Sprachrohr zu dienen, jeden von ihnen zu unterstützen, wo immer ihm das möglich war - nach wie vor blieb er den Überzeugungen und Idealen treu, die er als für ihn einzig gültige Wahrheiten erkannt hatte und von denen er auch dann nicht ließ, als er in großer Trauer bemerkte, wie dieser und jener seine Turnschuhe gegen Lackstiefel eintauschte und ehemalige Ideale mit bedauerndem Achselzucken über Bord warf...ihn selbst führten diese Erfahrungen lediglich dazu, über die Korrumpierbarkeit des Menschen nachzusinnen und über einen Weg, diese Fehlentwicklung als solche sichtbar zu machen.
Diese Unbeirrbarkeit in seinem Glauben erinnert an die Geschichte jenes Alexis Sorbas; ebenso wie seine nicht zu brechende Lebenskraft, sein unerschütterlicher Lebensmut geradezu faunisch wirkte - die immer wieder aufbrechende, geradezu jugendliche und vulkanische Lebensfreude, die immer wieder sichtbar wurde: Der Umgang mit seinem eigenen Leben, seinen Erwartungen schien ihm eher nebensächlich - QUALITÄT stand bei ihm in höherem Ansehen denn Quantität!

Und so nehmen wir Abschied von einem Mann, der als Beispiel dafür gelten kann, daß es auch zu unseren Tagen Menschen gibt, die wahrhaft nicht zu ersetzen sind - wir haben Abschied zu nehmen von einem Menschen, der ebenso selbstverständlich und von uns allen unbemerkt sein LEBT WOHL flüsterte - der aber ganz gewiß auch noch in vielen Jahren da und dort hörbar sein wird: Hörbar als Beweis dafür, daß gelebte Menschlichkeit tiefe Spuren hinterläßt und letztlich unvergeßlich bleibt!

-Ernst Umbach-

(für die Burgschreiber-Gesellschaft, die Zeitschrift 'Molli', G&GN-Institut, die Zeitschrift SUBH)

LeserInnen-briefe

btr. diverse SF zum Thema NGO, "3. Welt"

Liebe KollegInnen,

gewiß ist es wichtig, sich kritisch mit Dritte-Welt-Arbeit und der Solidaritätsbewegung auseinanderzusetzen. Soli-Bewegungen und Entwicklungshilfeorganisationen haben grundverschiedene historisch-organisatorische Entstehungsbedingungen, Zielsetzungen bzw. Aufgaben und Möglichkeiten. Ein paar Bemerkungen hierzu von jemandem, der sich seit einem Vierteljahrhundert bis zum Verlust der Tropentauglichkeit und damit zusammenhängender Jobs in beiden Szenen bewandert ist/war:

Entwicklungshilfeorganisationen sind als Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) direkt als ausführendes Organ der Bundesregierung aber auch als Nichtregierungsorganisation (NGO), wie die kirchlichen Organisationen wie Misereor oder Brot für die Welt, oder das Aussätzigenhilfswerk, Terre des Hommes, medico international, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und natürlich der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) etc. in die regierungsoffizielle Politik eingebunden. Sie betreiben bundesdeutsche Außenpolitik. NGO's werden hierzu mit zum Teil Millionenbeträgen aus Steuergeldern über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BmZ) oder die EG-Komission bezuschußt. Und zwar immer dann, wenn die Zielsetzung Regierungs- bzw. Bündnisinteressen fördert. Umgekehrt wird der Entzug der öffentlichen Mittel auch als Sanktionierung empfunden und gefürchtet. Die meisten dieser NGO's lassen sich als Regierungsagenturen auf eigenes Risiko beschreiben.

Als die Somoza-Clique in Nicaragua vertrieben war, sprach die Bundesregierung NGO's an, von denen zu erwarten war, daß sie Kontakte zu den neuen Machthabern hatten und benutzte diese gezielt als Entrée. Offene Kontakte zur gleichen Bewegung ein paar Monate, Wochen vorher, und die Opposition hätte einen Skandal inzeniert. Aber Stunden nach der Machtübernahme charterte die Bundesregierung großzügig Rosinenbomber, Geld lag plötzlich für alle möglichen Projekte in Hülle und Fülle bereit. Die NGO's dienten ganz offen als Trittbrett. Die BRD-Regierung bot sich als außenpolitischer Partner an und bundesdeutsche Politik funktioniert in engster Abstimmung mit den Verbündeten. Für die neuen Machthaber in Nicaragua waren damit die richtigen Freunde da, mit Macht, mit Geld, Know-how... Ein paar Jahre später brauchte sich kein Reaktionär mehr über die Sandinisten ernsthaft zu grämen. Politisch hatten die im eigenen Land weitgehend abgewirtschaftet.[1]

Unterscheiden kann man NGO's eigentlich nur nach ihrer politischen Integrität: Ob sie ausschließlich Projekte abwickeln, die zur Hälfte oder drei Viertel mit sogenannten öffentlichen Mitteln bezuschußt sind, oder auch Maßnahmen durchführen, die ausschließlich den Geldbeutel der eigenen SpenderInnen belasten.

So versuchte z.B. medico international zum Zeitpunkt des Machtwechsels in Nicaragua wieder einmal Zuschüsse für Nahrungsmittelhilfe und eine Impfkampagne in der Westsahara in Zusammenarbeit mit der Polisario zu beantragen und kontaktierte SPD-Repräsentanten etc.. Die Westsahara war völkerrechtswidrig von Marokko annektiert worden. Der damals zuständige SPD-Häuptling Ben Wisch erklärte, daß in dieser Region französische Interessen berührt wären und denen werde sich die Bundesregierung beugen. Egal wie segensreich die Maßnahme für die Bevölkerung auch ist. Medico international machte mit eigenen Mitteln und in Kooperation mit anderen NGO's weiter.

Ganz anders das Deutsche Rote Kreuz: Hinter dem DRK versteckt sich die Bundesregierung besonders gern. Das DRK ist überall dabei, wenn es der herrschenden Politik nützt und ein humanitäres Aushängeschild vorzuschieben ist. Wird eine Katastrophe in einer Region, die die Bundesregierung aus welchen Gründen auch immer interessiert, publik, ist das DRK garantiert schon vor Ort. Da werden hochspezialisierte Kardiologen oder Kinderpsychiater aus bundesdeutschen Kliniken von heute auf morgen per Vertrag zu hochbezahlten Katastrophenärzten, die - sagen wir mal, gelegentlich - keine Ahnung von ihren spezifischen Anforderungen, den international üblichen Techniken und Methoden, von Public Health, von Basisgesundheitsdiensten, von Präventivmedizin oder der Organisation von Maßnahmen gegen eine Choleraepidemie in einem Flüchtlingslager haben. Woher auch. Denn bei der nächsten Kampagne werden wieder neue Teams zusammengestellt für andere Länder, und mittelfristige Standby-Verträge, Aus- und Weiterbildung war im DRK-Etat zu meiner Zeit wohl nicht vorgesehen. Da wünscht sich der Kardiologe von der Logistik ein Röntgengerät, als ob dies bei zum Skelett abgemagerten oder wegen Eiweißmangel aufgequollenen Kinder, erschöpften und durch Minenexplosionen verletzten Patienten vorrangiges Interesse sein kann. Außerdem müßte natürlich ein entsprechend leistungsfähiger Generator eingeflogen werden. Dazu wird dann ein Techniker gebraucht, die entsprechende Laboreinrichtung, eine MTA - und hübsch soll die sicher auch sein...

Hungersnot in Äthiopien: Während des sogenannten Tages für Afrika Mitte der 80er waren rund 17.000.000.- DM auf das Spendenkonto geflossen. Geld, das die Spender eingesetzt sehen wollten. Und zwar sofort. Trotz aller Not, waren in einigen Regionen Äthiopiens Überschüsse geerntet worden. Bedarf bestand vor allem an ein paar Dutzend LKW's, um diese Überschüsse im Land zu transportieren. Aber das hätte Äthiopien, seiner Bevölkerung, aber auch seiner Regierung genutzt und nicht dem ausländischen Katastophenmanagement. Also wurden Schiffsladungen mit europäischem und nordamerikanischem Überschußgetreide in Assab auf dem Kai gestapelt, und lagen dann da. Nahlungsmittelüberschüsse als Katastrophenhilfe - vom Steuerzahler hinlänglich bezahlter Müll. Und nicht zu vergessen: Geschenktes Getreide ruiniert sofort die inländischen Getreidepreise, den inländischen Markt. Aber darum geht es ja im Kern.

Als die Äthiopier um Mittel für Maßnahmen gegen Erosion, Trinkwasserversorgung etc. baten - schließlich lag eine Menge Geld auf dem Konto, das irgendwie verbraten werden mußte, um die sogenannte Öffentlichkeit zu beruhigen -, da erschien der damalige DRK-Präsident spontan erst 'mal erstaunlich zugeknöpft:

Maßnahmen, die Katastrophen vorbeugen, sind nicht das klassische Betätigungsfeld des DRK!

Die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik entstand Anfang bis Ende der siebziger Jahre. Damals wurde mehr und mehr erkennbar, daß sich die politischen Verhältnisse in der BRD kaum oder gar nicht bewegen lassen. Mit Berufung auf Marx, Mao, Hodscha, Che und Fidel oder gar Lenin sind in diesem unserem Land keine Mehrheiten zu gewinnen.

Die Revolution ist nicht machbar. Die bundesdeutschen Massen folgen nicht. Dazu geht es der Mehrheit eben doch viel zu gut. Auf jeden Fall sind links herum keine Ministerposten zu erobern.

Nach einer kurzen Blütezeit politischen Fortschritts nach der Großen Koalition setzte das Establishment konsequent wieder da an, wo es eine Legislaturperiode lang vielleicht aufgehalten worden war. Aber das ist auch schon ein Vierteljahrhundert her. Die regierende SPD-FDP-Koalition verweigerte die im BAF.Gesetz alle zwei Jahre vorgeschriebene Anpassung der Förderbeträge, was Mitte der Siebziger schon 'mal 40.000 StudentInnen nach Bonn lockte.

Die Revolution war zur Blütezeit von K-Gruppen, GIM, später auch der sogenannten Spontis und natürlich der DKP in der Heimat längst gescheitert. Denen, die es halbwegs ernst meinten, drohte ab 1972 das Berufsverbot, oder - und das sollte nicht vergessen werden -, ein weniger karrierehinderlicher Nebenjob für die Staatssicherheit. Für ernst gemeinte revolutionäre Energien war jedenfalls wenig Bewegungsspielraum im eigenen Land.

Die sogenannte Dritte Welt tauchte prompt als Projektionsfläche für nicht-realisierbare Sehnsüchte auf:

Aufbau- und Spezialisierungs-Studiengänge wurden kreiiert:

Soziologen mutierten zu Entwicklungssoziologen - mit Blick auf das, was sie für Entwicklung halten - irgendwo, möglichst weit weg.

Politisch frustrierte Pädagogen beschäftigten sich nach Abschaffung des Bildungsrates anstelle mit der in der BRD sträflich vernachlässigten Vergleichenden Pädagogik, die detaillierte Landes- und Fremdsprachenkenntnise erfordert mit sogenannter Entwicklungspädagogik, mit Wirkung nach innen - wie erzähl ich's den Kindern - und selbstherrlicher Geste nach außen - wie hat Schule auszusehen.

Die revolutionären Begriffe stimmten weiterhin, die Ikonen konnten bleiben, die Heiligen auch.

Wer die Augen aufmachte, dem boten sich von Vietnam und Kambodscha über Portugal bis Chile und natürlich rund um das südliche Afrika genügend Betätigungsfelder zur Abfuhr revolutionärer Energien an. Dort existierten politische Bewegungen jeglicher Coleur. Längst gescheiterte politische Träume ließen sich vortrefflich projiezieren.

Aktion, Politik, Moral, fremde Länder, Sprachen - für jeden Geschmack etwas. Wem die Waffen - z.B. für El Salvador - nicht paßten, der sammelte Brillengestelle, überalterte Medikamente etc.

Touristische Aspekte waren bei dieser Soliarbeit nicht ausgeschlossen - und das zu einer Zeit als die spießige Verwandtschaft mit Diaserien und Super-Acht-Filmchen vom weltweiten Neckermann-Pauschalurlaub langweilte.

Schließlich, und - das sollte nicht unterschätzt werden - die schmerzhaften Konsequenzen jedes herrschaftskritischen Engagements wurden von den Wenigsten der hiesigen Soli-Aktiven körperlich erfahren. Den besagten Kopf hielten letztendlich dann doch andere hin.

Solidarität ist spannend und relativ risikolos.

Das Dritte-Welt-bezogene-Engagement lebte von Anfang an von der politischen Regression, von Flucht vor dem frustierenden Alltag in diesem unserem Land. Soweit die politisch motivierte Linie.

Um dem Engagement auch die politisch korrekte Richtung und das Ziel zu weisen, entstanden Koordinierungsbüros je nach politischer Orientierung, wie das Antiimperialistische Solidaritätskommittee (ASK), die Liga gegen den Imperialismus, das Informationsbüro Nicaragua e.V. in Wuppertal etc. Jede dieser Zusammenschlüsse organisierte Bewegungen aus einem bestimmtem politischen und oft konkurrierendem und/oder mehr karritativen Spektrum.

Im Rahmen einer breit angelegten, regierungsamtlichen Popularisierungskampagne wurde seit Anfang der siebziger Jahre nicht zufällig vor dem Hintergrund der Vietnam-Solidarität die sogenannte Dritte-Welt-Thematik popularisiert. Staatliche und kirchliche Organisationen förderten relativ großzügig die Herausgabe von entwicklungspolitischer Literatur.[2]

Die Veröffentlichung des Pearson Berichtes, die bald erscheinende Flut an Buch- und Zeitschriftenpublikationen, die längst vergessene Fernsehserie[3] von Zwei Welten im Zeugenstand, Tribunal 1982, auch Epplers sympathisch klingende Vorstellung von Entwicklungshilfe als Weltinnenpolitik und ihre Neukonzeption als langfristige Außenpolitik, das zu Zeiten der SPD/FDP-Koalition offiziell verkündete Eingeständnis, daß ein Jahrzehnt nach der sogenannten Entkolonialisierung die wirtschaftliche Entwicklung in den ehemals abhängigen Gebieten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas immer noch keine wirtschaftliche Entwicklung vergleichbar dem bundesdeutschen Wirtschaftswunder als damaliges Aushängeschild des Westens an der Nahtstelle zum sogenannten Ostblock erkennbar wurde, erschloß einer breiteren bislang politisch bislang kaum engagierten, bürgerlich geprägten Öffentlichkeit Ansatzpunkte für Engagement.

Es entwickelte sich bald eine eher moralisch orientierte Solidaritätsbewegung. Bald gab es kaum eine Kirchengemeinde ohne Dritte-Welt-Gruppe. Auch hier waren Probleme am anderen Ende der Welt näher als die Obdachlosen vor Ort. Da wird angeblich fair gehandelter Kaffee verkauft, wobei die Fairness von den Händlern und nicht von den Bauern oder Landarbeitern beurteilt wird.

Die moralisch orientierte Solidaritätsbewegung zielte von vornherein nicht auf eine Änderung der Verhältnisse im eigenen Land. Bürgerlichen Freiheiten werden auch für Bürger anderer Länder gefordert. Aber im eigenen Land ist die Mehrzahl der Aktivisten völlig angepaßt und politisch unauffällig.

Jedes - ernsthafte - Engagement fördert irgendwann die Politisierung von Einzelpersonen und/oder Gruppen. So daß Bündnisse sich entwickeln, Erkenntnisse über Zusammenhänge und Begründungen entstehen, Formen und Ziele des Engagements sich angleichen und verändern werden. Zur Beurteilung und Einschätzung von Engagement ist der individuelle Hintergrund ein Ausgangsfaktor, in der Konsequenz und Wirkung aber unwesentlich.

Für politisch notwendig halte ich allerdings die Diskussion der entwicklungsorientierten Ablenkung von politischen und sozialen Problemen im eigenen Land und der eigenen Region. Wieso sind Menschen über Probleme in Übersee, in Somalia, Nicaragua, Ruanda angeblich besser informiert, als über die Armut und das Elend im eigenen Stadtviertel?

Dankbarkeit gibt es nicht in der Soli-Arbeit. Da ist ein riesiger Unterschied zur heimischen Nikolaus/Weihnachtsmann-Tradition.

Denn was meinten die Repräsentanten von praktisch allen Bewegungen, die sich zur Solidarität anboten, anbieten und die ich kenne, in ehrlichen Momenten, abseits jeglicher Deklamation?

Macht Eure Revolution zuhause, ändert die Herrschaftsverhältnisse bei Euch in Europa, in den USA, der BRD etc., das nützt Euch und das nützt auch uns. Ansonsten schickt Geld, laßt uns kaufen und machen, was wir für richtig halten und haltet Euch im Übrigen raus.

Jürgen Gottschalk, Bielefeld

Anmerkungen

1 bezüglich des Beispiels Mocambique siehe das Büchlein von Jürgen Lichtenberger: Z.B. Nahrungsmittelhilfe, Göttingen 1989 (Lamuv Verlag)

2 Auch das oben genannte Büchlein konnte der Autor schreiben, weil ein paar tausend DM aus einem kirchlichen Topf ihn für kurze Zeit von anderen Erwerbsaufgaben freistellte.

3 Fritz Puhl: Zwei Welten im Zeugenstand, Tribunal 1982, Nürnberg 1972 (Laetare/Imba-Verlag)

btr. Zuschrift aus Chile

Mapuche-Demonstration in Chile



Das Foto zeigt eine Mapuche-Demonstration, die sich gegen ein Treffen von US-amerikanischen und chilenischen Regierungsvertretern wandte, das vom 27.-29.7.95 in Temuco, IX. Region stattfand und den eventuellen Beitritt Chiles zur NAFTA behandelte.

Dagegen fanden zwei Demonstrationen statt. Am 27.7. demonstrierten die Mapuche des »Consejo de Todas las Tierras«. Die marxistischen Gruppen und Parteien hätten deren Demonstrationsaufruf unterstützt, wenn sie die Führung hätten übernehmen dürfen. Das lehnten die Mapuche natürlich ab. So demonstrierten sie alleine (ca. hundert Personen) und am nächsten Tag demonstrierten die Damen und Herren der "Linken".

Erwin, z.Zt. Chile

btr. Social Beat

Abgesehen davon, daß der Autor Michael Schönauer Gelegenheit bekommt, mannigfaltig auf die Produkte des Verlegers Michael Schönauer (sind ganz tauglich: Einblick etc.) hinzuweisen, stellt sich die LeserIn die Frage: Was ist ein Literaturanarchist? Inwiefern ist das Feuilleton generell (ob links, ob rechts, ob bürgerlich- es wird ja nicht eingegrenzt) unverständlich? Ist es gleichbedeutend mit 'zeitgemäß' und 'Qualität', ein (Imaginäres?) Publikum von Huren, Säufern und Mestizzen zu haben? Was heißt das: "SB setzt auf tuwas - Moment und 'Scheißt was' auf den aalglatten Konsumbetreib, ist engagiert & authentische Kunst"?
Jetzt müssen O-Töne her. Engagiert in etwa wie dieser:

"... die schönen italienischen Frauen, lange Beine, braune Haut, dunkle Augen, zarte Lippen, lose Brüste unter weiten Hemden, duftende Schöße, umwickelt von bunten Röcken, aaah, was für ein Anblick, und ich spüre, daß ich Mann und Mensch bin, kann das alles kaum fassen." (SB-Auto 'Frank Festa')

Oder authentisch wie dieser:

"...Sie streckte ihm ihre Arme entgegen, hatte sich ihm in jeder Beziehung geöffnet. Das Blut, das bisher eine nicht zu übersehende Rötung in seinem Gesicht verursacht hatt, verlagerte sich nun schlagartig in den Genitalbereich. Binnen Sekunden hatte er sie sich gegrabscht, mit Haut und Haaren. Das Vorspiel beschränkte sich weitestgehend darauf, daß er ihr den Rock hochschob, bzw. sie ihm die Hose runterriß. Er gab alles, versäumte es jedoch nicht, ihr im Anflug eines wohllüstigen Schreis die Hand auf den Mund zu pressen." (SB-Autor 'Oliver Bopp')

'Tu was' wie dieser:

"Meine Augen heften sich an ihre großen Brüste und wandern ihren Körper hinab (...) O.K. Baby denke ich, aber spätestens nach dem achten Bier wird sich meine Stimmung lockern, und dann bin ich einer von denen, die dir mit anzüglichen Bemerkungen in den Hintern kneifen. Selbst auf die Gefahr hin, daß du mir eine runterhaust, ist es mehr, als mir anderswo geboten wird." (SB-Autor 'Hartmuth Malorny')

Oder 'heftige Dichtung' wie diese:

"Dann spürte ich es kommen. Ich wollte die Notbremse ziehen, wollte es zurückhalten und noch ein paar Stöße in ihr Inneres jagen, aber sie preßte sich an mich, gönnte mir keine Ruhe. Sie stöhnte zu mir herüber: 'Laß Dich gehen, komm einfach; gib mir den Kick, wenn ich dich in mir kommen spüre!' Dann sprühte meine Latte Funken. Der Hoden explodierte und gab den Schleim von sich. Sie schrie auf(...)" (SB-Autor 'Tuberkel Knuppertz')

Oder nehmen wir den Wind in den schlaffen..naja:

"Der Wind zog zwischen ihren Schenkeln durch und freute sich. Sie betrachtete ihre hochgeformten Brüste (...) Ihre blutrotlackierten Fingernägel eilten kraulend und kratzend duch das pechschwarze Schamhaar. Sie zupfte einen Büschel mit einem Ruck heraus und schrie." (SB-Autor 'Gustav Jacobson')

Vielleicht noch etwas 'Volxkunst aus dem gesellschaftlichen Leben'?:

"Sie hatte immer noch steife Nippel, Brüstwarzen meine ich. Für 'ne Tote ganz schön merkwürdig. Was heißt 'Spaß gemacht'. Ich habe ihr eben die Titten abgeschnitten schließlich. So 'was hab' ich noch nie gemacht. Es war irgendwie. Ich weiß nicht, irgendwie schwabbelig, die abgeschnittenen Dinger in der Hand zu halten. Nein, viel geblutet hat es dann nicht mehr. Ich glaube, sie war da auch schon tot. jedenfalls bewegte sie sich nicht mehr großartig." (SB-Autor 'Rainer Scholz')

Angesichts von soviel 'scheiß was' geraten wir zu glühenden VerfechterInnen des sterilen Kulturbetriebes und jubeln mit der CDU, daß es nun auch Gesetze gib, die die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe stellen.

Drum: Es soll nicht behauptet werden daß alle SB-Autoen (weibliche gibt es kaum) mit diesen willkürlich herausgegriffenen Zitaten (bei Interesse senden wir Euch gerne noch mehr) abzuqualifizieren wären - aber drum halten wir jede undifferenzierte Behandlung des Social-Beat für den SF untauglich - und möchten sichergehen, daß ihr über die andere Seite dieser Literatur der Löwen, Panther und Nashörner überhaupt wißt - wenn es hoffentlich bald wieder heißt: ".. möchten wir weiterhin Gängiges & Abwegiges abseits des etablierten Feuilletons und der Medienkonzerne unseren LeserInnen vorstellen." Nicht böse sein!

Mit lieben und streng solidarischen Grüßen,

Eure mollis!, Bochum



Jochen & Angelika, Libertad-Verlag,
Mainzer Minipressenmesse 1995
Photo: Wolfgang Haug

btr. Rocker-Artikel in SF-55

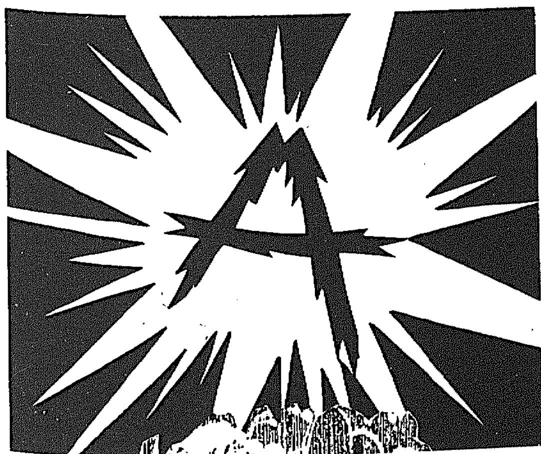
... Mit Interesse habe ich in SF-4/95 Deinen Beitrag über Leben und Werk von Rudolf Rocker gelesen. Verwundert hat mich dann allerdings doch die folgende Passage: *"Rudolf Rocker ist in Deutschland nahezu völlig vergessen. Seine Schriften sind lange vergriffen und das wenige, was heute noch greifbar ist stammt aus den späten 70er und frühen 80er Jahren und wurde vom Verlag Freie Gesellschaft, Frankfurt wiederveröffentlicht, der - und das paßt ins Bild - finanziell liquidiert werden mußte und dessen Verleger vor einigen Jahren mittellos als Vagabund verstorben ist."*

Ich hoffe, ich muß nicht erst als mittelloser Vagabund sterben, bevor die Publikationen des Libertad Verlages auch in einem solchen Zusammenhang mal erwähnt werden. Z.B. daß wir **Rockers Most-Biographie** neu aufgelegt haben (die ja wohl neben "Nationalismus und Kultur" zu seinen herausragenden Schriften gehört). Es wäre nicht nur nett, sondern auch notwendig gewesen auf dieses Werk hinzuweisen. Schließlich ist seine Most-Biographie immer noch das Standardwerk zur Entstehungsgeschichte der deutschsprachigen anarchistischen Bewegung. Und du kannst auch nicht sagen, daß Du nichts von der Neuerscheinung gewußt hast. Ich habe Dir das Buch in Mainz (Minipressenmesse, Mai 1995, Anm. W.H.) gegeben, und bereits das ganze Jahr über machen wir für diesen Titel der Archivreihe Werbung im SF.

Jochen Schmück, Libertad-Verlag, Berlin

Erklärung: Sicherlich hat Jochen Schmück recht und die LeserInnen fragen sich, wie es zu einem solchen Satz dann kommen kann? Der Beitrag über Rocker wurde von mir 1993 als Vortrag auf der Erich Mühsam-Tagung in Malente gehalten und für jetzigen Abdruck im SF (leider!) nicht gründlich genug überarbeitet. Mir ist die Most-Biographie natürlich bekannt und ich hoffe, daß Jochen, Günther und Angelika noch lange die Mittel haben, solche - im übrigen sehr gut gebundene - Bücher zu veröffentlichen.

Wolfgang Haug, Grafenau



Register/Gebundene Jahresbände

Das **SF-Register** ist inzwischen erschienen. Es umfaßt 72 Seiten, alle Beiträge wurden unter der jeweiligen Ausgabe aufgenommen, dazu enthält es ein Autoren-, Photographen- Orts- und Schlagwortregister. Das ganze kostet nur 10.-DM zzgl. Porto. Wer das Register als Word-Datei (für DOS) oder als Pagemaker-Datei (für MAC) auf Diskette haben will, kann dies ebenfalls für 10.-DM bei uns bekommen.

Die **rot (mit schwarzer Prägung) gebundenen Jahresbände des SF** können für jeweils 50.-DM pro Jahr incl. Register bezogen werden. Bei uns sind derzeit die Jahrgänge 1989-1994 bestellbar. Etwas längere Lieferzeiten müssen einkalkuliert werden, weil wir uns keine Vorräte anlegen, sondern direkt nach Bestelleingang binden lassen.

Alte SF-Nummern, viele mit zeitlos interessanten Beiträgen, im 8er-Paket billiger!

Wir bieten gegen Rechnung drei Pakete zu je 10.- DM (zzgl. 5,50 Päckchenporto pro Einzelpaket, alle 3 Pakete zzgl. 7.- Paketporto) an:

Paket 1 (enthält die Nummern 24-31, u.a. mit:) Künstler und Gesellschaft (Patriarchatskritik v. Stefan Schütz), Bewegung 2.Juni (v. Ralf Reinders), Patriarchatskritik (v. Rosella di Leo), Interviews mit M.Bookchin, P. Parin, M.Foucault, der CNT; IWF (v. Detlef Hartmann), Kulturkritik (v. Herby Sachs), Medienkritik (v. Jörg Auberg), Panik und Politik (von Agentur Bilwet), Leiharbeit in der BRD (v. Thomas Schupp)

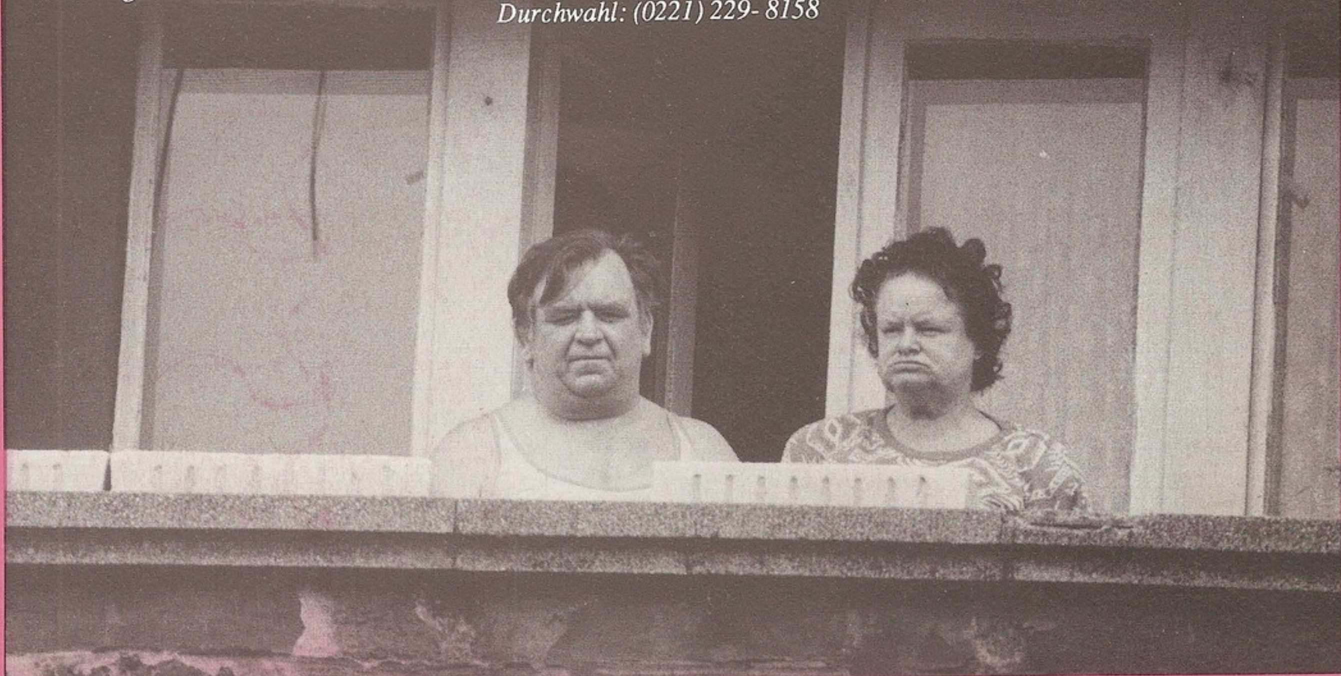
Paket 2 (enthält die Nummern 32-39, u.a. mit:) Sextourismus und Frauenhandel (v. Anita Wilmes), Nationalismusdiskussion, Subsistenz (v. Veronika Bennholdt-Thomsen), Sozialer Ökofeminismus (v. Janet Biehl), Nationalismus und Befreiung - Kurden (v. Roland Ofteringer), Gegenöffentlichkeit (v. Jörg Auberg), Doitschstunde (v. LUPUS), Krieg u. Geschwindigkeit (v. Ulrich Bröckling)

Paket 3 (enthält die Nummern 40-47, u.a. mit:) Pogrome beginnen im Kopf (v. Wolfgang Haug), Desinformation u. d. Golfkrieg (v. Noam Chomsky), Interviews m. Jutta Ditfurth, Otto F. Walter, Noam Chomsky, Libertärer Kommunalismus (v. Murray Bookchin), Kriegstreiberdiskurs (v. Klaus Schönberger), Staatlichkeit als Okkupation (v. Michael Wilk), Medienrandale (v. AFRIKA), Eurozentrismus (v. Karl Rössel), Kulturchauvinismus (v. Herby Sachs), Das Jahr 501 (v. Noam Chomsky), Ökofaschismus (v. Peter Bierl), Frauenpolitik im Kleide der Herrschaft (v.Encarnación G. Rodriguez), Libertäre Tage, ZEGG (v. Louis Lerouge), Frauen-KZ-Ravensbrück (v. Ilse Schwipper)

Paket 3 (Nr.40-47), (wenn die Nr. 44 vergriffen ist, wird dieses Paket mit 48 aufgefüllt.)
Ein viertes Paket mit den Nummern Nr.49-53 & 22 ist nun auch bestellbar!



Foto: Dirk Wilhelmy



Die Demonstration "Für eine politische Lösung in Kurdistan" am 18.11 in Köln wurde verboten, weil die Polizeibehörde erfahren hätte, daß sich *der Teilnehmerkreis nicht mehr ausschließlich aus Deutschen zusammensetzt...* Daß hinter all dem gewaltbereite Kurden stecken, weiß die Polizei seit *in den Räumlichkeiten des Kurdistan Zentrums in Bonn an einem Brett, an dem üblicher Weise Veranstaltungshinweise bekanntgegeben werden, ein Plakat mit einem Aufruf für die Demonstration am 18.11.1995 in Köln angeschlagen ist.*

Kursiv gedruckte Stellen sind aus der Verbotsverfügung des Polizeipräsidiums Köln. *Auskunft erteilt Frau Friedrich, Durchwahl: (0221) 229- 8158*

Postvertriebsstück * E 9860 F * Entgelt bezahlt * Trotzdem-Verlag, PF 1159, 71117 Grafenau